

# Forum Umwelt & Entwicklung



## Gender und Nachhaltigkeit Geschlechtergerechtigkeit als unerfüllte Aufgabe

Träger des Forums

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen (VENRO)





# GENDER UND NACHHALTIG- KEIT

## GESCHLECHTERGERECHTIG- KEIT ALS UNERFÜLLTE AUFGABE

### Impressum:

Herausgeber:  
Projektstelle Umwelt & Entwicklung  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn  
Telefon: 0228-35 97 04  
Fax: 0228-923 993 56  
E-mail: info@forumue.de  
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier  
Redaktion: Monika Brinkmüller  
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2004.

# INHALT

Editorial - <i>Jürgen Maier</i>	2
<b>Schwerpunktthema: Gender und Nachhaltigkeit</b>	
❑ Wo laufen sie hin? Internationale Frauenbewegungen auf der Suche – <i>Christa Wichterich</i>	3
❑ Frauen und Umwelt - Was läuft derzeit in internationalen Prozessen – <i>Minu Hemmati</i>	4
❑ Ist der Naturschutz auf dem "Gender-Auge" blind? – <i>Juliane Grüning</i>	6
❑ Mehr Gender in den Greenstream – <i>Christine Katz</i>	8
❑ Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel – <i>Doris Hayn/Gudrun Seltmann</i>	11
❑ Lokale Agenda 21 - nachhaltige Stadtentwicklung fällt nicht vom Himmel – <i>Elisabeth Stiefel</i>	12
❑ Fortschrittsbericht mit Rückschritten - Berichtsentwurf zur Nachhaltigkeitsstrategie ignoriert Genderaspekte – <i>Anja Becker</i>	13
❑ Erneuerbare Energien und Gender - Möglicher Beitrag zur Armutsbekämpfung – <i>Monika Brinkmüller</i>	15
❑ Auf dem Weg in eine Giffreie Zukunft – <i>Sylvia Altamira</i>	17
❑ Schauplatz Honduras - Land in Sicht für die Frauen vom "CURLA-Fall" – <i>Renate Schüssler</i>	19
<b>Aus den Arbeitsgruppen</b>	
❑ Multistakeholder Review von Privatisierungserfahrungen im Wassersektor – <i>Danuta Sacher/Monika Scheffler</i>	21
❑ Wie sicher ist die Biosicherheit? – <i>Rudolf Buntzel-Cano</i>	23
❑ Biologische Vielfalt und Welternährung – <i>Bernd Nilles</i>	24
❑ Der illegale Holzhandel geht weiter – <i>László Maráz</i>	25
<b>Weitere Berichte</b>	
❑ Aktionswoche für globale Gerechtigkeit vom 09.-16. April 2005 – <i>Antje Schultheis</i>	26
❑ Kein Sieg für den Multilateralismus! Die WTO lebt und wandelt sich - ein bisschen – <i>Daniel Mittler</i>	27
❑ Vierzig Jahre und kein bisschen Leise - Gelungener Abschluss der 11. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung – <i>Jürgen Knirsch/Brigitta Herrmann</i>	31
❑ Russland und Erneuerbare Energien – <i>Vladislav Larin</i>	33
❑ CO <sub>2</sub> -Abscheidung und -lagerung - Ein Beitrag zum Klimaschutz? – <i>Manfred Treber/Renate Duckat</i>	35
Veranstaltungen / Publikationen	36



## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

Es gibt Themen, für die es im Deutschen offenbar so sperrige Begriffe gibt, dass sich die englischen Bezeichnungen gleich als »neudeutsche« Lehnworte einbürgern. Ein Beispiel dafür ist Gender. Gender steht für die gesellschaftlich konstruierte »soziale« Geschlechterrolle, nicht zu verwechseln mit dem biologisch bestimmten Geschlecht. Dieses ist im Gegensatz zur Gender-Rolle nicht veränderbar. Ein Schwerpunktheft zu Gender ist ausnahmsweise mal keinem »Fach-Thema« gewidmet, sondern stellt sich einem Querschnittsthema.

Christa Wichterich beschreibt in ihrem Artikel, wie noch in Rio 1992, auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 und auf den anderen Weltkonferenzen der 90er Jahre »vereinte globale Schwesternschaften« die Interessen der Frauen vertraten und durchaus erfolgreich dafür sorgten, dass die Geschlechterfrage in dem vermeintlich weitgehend geschlechterblinden Komplex der Nachhaltigen Entwicklung zum Thema wurde.

Heute bestimmen andere Herangehensweisen das Bild. Es ist klar, dass sich mit den unbestreitbaren Erfolgen der Frauenbewegungen heute manches anders darstellt. Auf der formalen Ebene ist die Zahl der Frauen, auch in führenden Positionen, in manchen Ministerien oder Parlamenten heute durchaus höher als in vielen Umwelt- oder Entwicklungsorganisationen. Brauchen wir also mehr Geschlechtergerechtigkeit in den NGOs? Dieser Frage geht der Artikel von Juliane Grüning nach.

»Mehr Gender in den Greenstream« fordert überschreibt auch Nina Katz ihren Beitrag. Eines der Kernprobleme ist damit jedoch auch beschrieben: die plakativ eingängigen Forde-

rungen nach Frauenquoten u.dgl. tragen der Gender-Dimension nur noch sehr eingeschränkt Rechnung. »Die Klammern und gemeinsamen Nenner sind weniger offensichtlich« (Christa Wichterich).

Zwar hat die Bundesregierung in einem Kabinettsbeschluss 1999 ihre Absicht des »gender mainstreaming« – also die Integration von Gender-Aspekten in alle Politikbereiche – festgehalten. Anja Becker stellt jedoch in ihrem Beitrag fest, dass die gleiche Bundesregierung offenbar nicht in der Lage ist, in ihrer Umsetzung einen Bezug zur Nachhaltigkeitsstrategie herzustellen.

Gering sind auch die Fortschritte, wenn es um die Gender-Dimension geht. Das fängt bei eher banalen Dingen an – versuchen Sie mal, Kinderbetreuungskosten gegen die Hüter und durchaus auch Hüterinnen von »Allgemeinen und Neben-Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung« geltend zu machen. Dieses Problem trifft formal zwar Männer und Frauen gleichermaßen, aber eben nur formal. Aber diese Gender-Blindheit ist auch in der »großen Politik« weitverbreitet: Nina Katz und Anja Becker verweisen in ihren Beiträgen auf eine Reihe von Beispielen: Wissenschaft, Bildung, Verkehr, Landwirtschaft, Energie usw.

Ein kleiner Mini-Schwerpunkt dieses Heftes ist außerdem noch die Handelspolitik: nach der WTO-Teileinigung kommt wieder Bewegung in die Verhandlungen, während die NGO-Welt bisher aber noch nicht viel darauf geantwortet hat. Einer der Autoren, Daniel Mittler, war übrigens bis zu seinem kürzlichen Wechsel vom BUND zu Greenpeace der erste männliche Gender-Beauftragte eines deutschen Umweltverbandes...

Jürgen Maier





# Wo laufen sie hin?

## Internationale Frauenbewegungen auf der Suche

**Wo immer internationale Frauenorganisationen und -netzwerke sich in diesem Jahr zur strategischen Planung von Aktivitäten treffen, wird der neunziger Jahre mit Wehmut gedacht: sie waren ein goldenes Zeitalter internationaler Frauenpolitik, eine Erfolgsdekade.**

Als die Vereinten Nationen (UN) das Global Governance Regime durch eine Serie von Konferenzen aushandelten, profilierten Frauennetzwerke sich als handlungsfähige Akteurinnen und mischten sich erstmalig bei allen globalen Themen und Problemen ein. Ihr eigener Internationalismus beruhte auf einer transnationalen Mobilisierung und einer pragmatischen „strategischen Verschwisterung“ („Wir Frauen“) über innere Differenzen und nationalstaatliche Grenzen hinweg.

### Erfolgsgeschichte der 90er Jahre

Im Rückblick scheint das Zusammenpassen von vier Faktoren die Erfolgsgeschichte möglich gemacht zu haben: 1) Die UN-Konferenzen boten sich zivilgesellschaftlichen Organisationen als Einstiegsterrain für politische Einflussnahme an, 2) transnationale Frauennetzwerke traten als kompetenter Handlungstypus auf, 3) sie agierten auf Grundlage eines Zielkonsenses, nämlich unter Bezug auf das Menschenrechtskonzept Frauenrechte in allen Politiken geltend zu machen, 4) Partizipation, Lobbying und Gender Mainstreaming waren die richtigen Strategien am richtigen Ort.

Genau diese Kombination brachte den Frauenvertreterinnen Anerkennung, öffnete ihnen Teilnahmemöglichkeiten an Verhandlungsrunden und Fortschritte auf der sprachlichen Ebene, nämlich in UN-Abkommen und Konventionen. Es gelang, die Geschlechterblindheit internationaler Politik ansatzweise zu korrigieren. Doch zeitgleich stieß die „globale Frauenlobby“ auf wachsende inhaltliche Blockaden zum einen durch verschiedene Fundamentalismen, zum anderen durch die wirtschaftliche Globalisierung. Hauptanliegen der Lobbyistinnen war am Ende des Jahrzehnts, die zu Beginn erkämpften frauenrechtlichen Fortschritte zu verteidigen.

Sie machten die bittere Erfahrung, dass mehr Partizipation nicht schon automatisch ein Mehr an Einfluss und Entscheidungsmacht bedeutet. Die Fortschritte auf UN-Ebene setzen sich keineswegs geradlinig in Handlungsdruck auf die Regierungen und noch weniger in eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen um.

### Ernüchterung

Die große Mobilisierungswirkung der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking an der Basis verpuffte recht schnell. Die Veränderung des politischen Handlungsszenarios zeichnete sich bald in der Debatte um eine weitere Weltfrauenkonferenz ab. Weder die konferenzzüden Regierungen noch Frauen-NGOs machen sich für eine 5. Weltfrauenkonferenz im Jahr 2005 stark, weil sie fürchten, dass die bei der Bevölkerungskonferenz in Kairo und in Peking erzielten Vereinbarungen bei weiteren Verhandlungen durch das konservative und fundamentalistische Rollback entscheidend geschwächt würden.

Im Jahr 2000 beteiligten sich die zunehmend professionalisierten Frauennetzwerke an der UN-Sondergeneralversammlung zu Peking plus 5 in New York, ohne dass gleichzeitig eine Mobilisierung an der Basis stattfand. Ihr hohes Engagement in New York hatte einen participationoverkill-Effekt: die Frauen-NGOs schafften es nicht, sich gleichzeitig auf die Millennium Development Goals zu beziehen. Zwei Jahre später beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg machten Frauen-Netzwerke eine schwache Figur und blieben positions- und bedeutungslos.

### Neue Perspektiven

Frauenaktivistinnen an der Basis setzten dagegen ein Signal für eine andere Form transnationaler Vernetzung und organisierten im Jahr 2000 in allen Kontinenten den Weltmarsch der Frauen. Sie eroberten dezentral die Straße als öffentlichen Ort für Frauenpolitik zurück und setzten ihre eigene Agenda: gegen Gewalt und Armut.

Deutlich ist, dass die Frauenbewegungen selbst sich im Laufe der politischen Prozesse bewegt und verändert haben. Sie sind vielfältiger geworden, auf unterschiedliche Identitäten orientiert und stärker durch Migration, Religion, Ethnie, so-

ziale Klasse oder sexuelle Orientierung bestimmt. Frauenbewegungen werden nicht mehr als „vereinte globale Schwesternschaft“ verstanden, sondern als „breites, diversifiziertes Spektrum von Akteurinnen“. Die Klammern und gemeinsamen Nenner sind weniger offensichtlich. Viele Frauen-NGOs arbeiten professionell und bieten ihre Expertise zum Gender Training und Gender Mainstreaming politischen Institutionen an. Frauenpolitische Beratungsbüros sind eine Wachstumsbranche, sodass statt Empowerment, Professionalität und Effizienz in den Vordergrund treten.

Bei der kürzlichen Jahrestagung von WIDE (Women in Development Europe) in Bonn brach eine Kluft auf zwischen den Frauen, die auf lokaler oder nationaler Ebene arbeiten, damit Frauen aus Armut und Chancenlosigkeit heraus und zu sozialen und ökonomischen Rechten und Ressourcen kommen, und denjenigen die an internationalen Runden Tischen sitzen und eine Genderperspektive in makroökonomische und makro-politische Verhandlungen einbringen.

Nicht nur Defizite in der Verknüpfung der unterschiedlichen Handlungsebenen sind offensichtlich. Auch in der Einschätzung von Strategien bestehen große Differenzen: sollen Frauen für ein Genderstelle in der WTO kämpfen? Was ändert es an den unfairen Regeln und der Machtungleichheit der Freihandelspolitik, wenn sie etwas gendersensibler wird? Mit welchen Strategien kann auf strukturelle Veränderungen hingewirkt werden?

### Herausforderungen

Wollen globale Frauenbewegungen weiter Einfluss auf Global Governance nehmen, so müssen sie sich neu aufstellen, neue politische Handlungsformen organisieren, neue Strategien und Instrumente erfinden. Drei Forderungen sind in jüngster Zeit für eine solche Reorganisation von transnationaler Frauenpolitik formuliert worden: sie muss wieder radikaler werden, sich auf die lokale Ebene rückorientieren und außerdem stärker bündnisorientiert handeln, wenn sie die derzeitige Schwäche und Ratlosigkeit überwinden wollen.

*Christa Wichterich*

Die Autorin ist Soziologin, freie Publizistin und im Vorstand des NRO-Frauenforums.



# Frauen und Umwelt

## Was läuft derzeit in internationalen Prozessen?

**„Frauen und Umwelt“ - das ist ein Themenkomplex, der in mehreren internationalen politischen Prozessen eine Rolle spielt, aber eben auch immer Gefahr läuft, unter die Räder zu kommen. Es gibt aber Anlass zu der Hoffnung, dass wir auf diesem Gebiet Fortschritte machen können, wenn wir das Jahr 2005 strategisch nutzen.**

Beispielsweise im Jahr 2000, als im Beijing+5-Prozess (Fünfjahresrückblick zur Frauenkonferenz von Beijing 1995) eigentlich auch Kapitel K. der Aktionsplattform von Beijing („Frauen und Umwelt“) thematisiert werden sollte, fielen die Beiträge von Regierungs- und NRO-Seite vergleichsweise gering aus: Viele der Fortschrittsberichte von nationalen Regierungen, aber auch Berichte von Frauennetzwerken, enthielten gar keine oder sehr wenige Angaben zu Strategien und Aktivitäten in diesem Bereich. Von vielen wurden die Frauen & Umwelt-Themen schlicht auf den laufenden CSD<sup>1</sup> – Prozess und die beginnenden Vorbereitungen auf den Johannesburg-Gipfel (Rio plus 10, 2002) verwiesen. Dort wiederum herrschte bei vielen der Eindruck vor, „Frauenthemata“ seien bei der CSW<sup>2</sup> und beim Beijing-Prozess aufgehoben.

Das Jahr 2005 bietet Chancen, dem Themenkomplex „Frauen und Umwelt“ in mehreren parallelen internationalen Prozessen eine breitere Plattform zu verschaffen und so Fortschritte in Politik und Umsetzung zu erzielen. Prominentes Beispiel sind die derzeitigen Aktivitäten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen.

### Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UNEP ist das führende VN Programm zu globalen Umweltfragen, und in nächster Zukunft gibt es hier mehrere relevante Konferenzen:

Global Women's Assembly on Environment: Fighting Poverty, Nairobi, 11.-13. Oktober 2004: UNEP hatte sich in den achtziger Jahren verstärkt bemüht, Frauen(organisationen) und Genderaspekte verstärkt in die

Arbeit der Organisation einzubeziehen. Im Anschluss an die UNEP Frauenkonferenz in Nairobi 1985 verschwand dieser Fokus aber langsam wieder. Im letzten Jahr wurde er wiederbelebt, und UNEP publizierte im Mai dieses Jahres „Women and Environment“, ein Buch, das im Hinblick auf einige zentrale Aspekte sowohl den Stand der Dinge als auch Handlungsempfehlungen erläutert. In diesem Zusammenhang entstand der Plan einer internationalen Konferenz, die das Thema „Frauen und Umwelt“, insbesondere in seinen Bezügen zu Armut und Entwicklung, wieder auf die internationale Agenda bringen soll. Circa 150 internationale Vertreterinnen werden in Nairobi erwartet, um Themen wie Frieden & Sicherheit, globale Umweltveränderungen, Verbesserung von lokal-globalen Verbindungen, Umwelt & Gesundheit, multi-laterale Vereinbarungen, sowie Führungsaufgaben von Frauen zu diskutieren, sowie ein Manifest, konkrete Projektvorschläge, und weitere Empfehlungen zu erarbeiten.

Diese sollen sowohl in den Review der Millenniumsziele, in den Beijing+10 Review sowie das UNEP Governing Council, 2005 eingespeist werden.

„Network of Women Ministers of the Environment“: Parallel zur und gemeinsam mit der Global Women's Assembly wird in Nairobi auch ein Treffen des globalen Umweltministerinnen-Netzwerks stattfinden. Das während der Vorbereitungen zum Johannesburg-Gipfel gegründete Netzwerk, zunächst von Finnland, zur Zeit von Schweden betreut, war kürzlich auch beim UNEP Governing Council in Südkorea (März 2004) sicht-

bar aktiv und scheint an Einfluss zu gewinnen.<sup>3</sup>

UNEP Governing Council, Nairobi, Februar 2005: Beim 'Governing Council' treffen sich die Mitgliedsregierungen der UNEP, sowie VertreterInnen internationaler Organisationen, Zivilgesellschaft und Unternehmen, um die weitere Arbeit der UNEP und das Budget zu verabschieden. Das Thema „Frauen und Umwelt“ wird im Februar 2005 auf der Tagesordnung stehen, und es sollen diesbezüglich Beschlüsse zur Arbeit von UNEP, aber auch zum Gender Mainstreaming innerhalb der Organisation gemacht werden. Letzteres ist bei UNEP genauso notwendig wie bei anderen VN-Organisationen - es fehlen Frauen in Führungspositionen, es fehlen Gender-Kenntnisse bei MitarbeiterInnen und es fehlt an einer konsequenten Gender Mainstreaming Strategie.

All diese Aktivitäten gehen auf jahrelange harte Lobby-Arbeit von Frauenorganisationen zurück, wie zum Beispiel WEDO (Women's Environment and Development Organisation, New York), WECF (Women in Europe for Our Common Future, Niederlande), der Frauen-AG bei der CSD, aber auch jüngeren, themenspezifischen Frauennetzwerken wie ENERGIA (Internationales Netzwerk zu Gender & Energie, Niederlande) oder GWA (internationale Gender & Water Alliance, Niederlande).

### Zehn-Jahres-Rückblick zur 4. Weltfrauenkonferenz (1995) – BEIJING+10

„Eigentlich“ hätte 2005 die nächste, fünfte Weltfrauenkonferenz auf dem internationalen Kalender gestanden. Mit

Blick auf die derzeitige global politische Situation, und die schmerzhaften Erfahrungen im Jahr 2000 (Weltfrauenkonferenz/ Beijing+5, Sozialgipfel/ Kopenhagen+5) und anderswo waren sich die NROs allerdings schnell weitgehend einig, dass ein solcher Gipfel mehr Risiken als Chancen birgt. Die Befürchtung war (und ist), dass ein hochrangig-

### Web-links:

- CSD: [www.un.org/esa/sustdev](http://www.un.org/esa/sustdev)
- CSW: [www.un.org/womenwatch/daw/csw/](http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/)
- ENERGIA: [www.energia.org](http://www.energia.org)
- Global Women's Assembly on Environment: Fighting Poverty: [www.unep.org/DPDL/cso/GWAE\\_background.asp](http://www.unep.org/DPDL/cso/GWAE_background.asp)
- GWA: [www.genderandwateralliance.org](http://www.genderandwateralliance.org)
- Infos über das „Network of Women Ministers of the Environment“: [www.ourplanet.com/imgversn/152/liswood.html](http://www.ourplanet.com/imgversn/152/liswood.html)
- Millennium Development Goals: [www.un.org/millenniumgoals/](http://www.un.org/millenniumgoals/)
- UN Millennium Project: [www.unmillenniumproject.org/html/about.shtm](http://www.unmillenniumproject.org/html/about.shtm)
- UNEP: [www.unep.org](http://www.unep.org)
- WEDO: [www.wedo.org](http://www.wedo.org)



ges Treffen zum Thema Frauen(politik) und die vorlaufenden Verhandlungen dazu führen könnte, dass man(n?! ) hinter die Beschlüsse von Beijing zurückfällt und die fortschrittliche Aktionsplattform von 1995 unterminiert werden könnte. Die derzeitige globale Lage ist schlichtweg zu sehr geprägt von wachsendem religiösen und politischem Fundamentalismus, wachsender Gewalt gegen Frauen in kriegesischen Auseinandersetzungen, und der Feminisierung der negativen Auswirkungen von Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung.

Die Meinung teilen auch zahlreiche Regierungen und internationale Organisationen, weshalb eine mögliche fünfte Weltfrauenkonferenz nun für die Jahre 2007 bis 2010 avisiert, aber nicht beschlossen ist. Trotzdem wird es einen Rückblick auf die Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing geben. Wie in anderen Nachfolgeprozessen der großen VN-Konferenzen üblich, sind die Regierungen aufgefordert, Berichte zur Umsetzung aller Kapitel der Aktionsplattform vorzubereiten, möglichst unter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Da letzteres den einzelnen Regierungen überlassen bleibt, planen einige Frauenorganisationen und -netzwerke sogenannte ‚Schattenberichte‘, die Fortschritte aus ihrer Sicht dokumentieren. So sind auch WEDO, WECF, und in Deutschland, LIFE e.V. mit der Erstellung solcher Berichte, oder Beiträgen dazu, befasst.

Die CSW im Februar/März 2005 fungiert als Vorbereitungstreffen für eine Sondersitzung der Generalversammlung im Herbst 2005. Die Kommission wird sich daher auf die Umsetzung seit 1995 sowie auf derzeitige und zukünftige Herausforderungen konzentrieren.

### Millennium Summit +5

2005 ist auch das Jahr des ersten größeren Rückblicks auf die Umsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Zu diesen ehrgeizigen acht Zielen hatten sich beim Gipfel im September 2000 in New York 191 Regierungen verpflichtet. Die meisten Millenniumsziele beziehen sich auf Zieldaten im Jahr 2015. Alle auf werden bei einem Gipfel der VN zu Beginn der Generalversammlung im Herbst 2005 auf Fortschritte hin überprüft. Hierzu werden nationale Regierungen Berichte vorlegen müssen; ebenso ar-

beiten alle VN Organisationen in einer zentral koordinierten Kampagne an aktuellen Daten, sowie Informationen zu Erfolgsstrategien und Barrieren.

Zwei dieser Ziele sind unmittelbar für Frauen- und Umweltthemen relevant:

- Ziel 3: Geschlechtergleichstellung und Frauen zu fördern (primäre und sekundäre Bildung für Mädchen und Frauen)
- Ziel 7: Nachhaltigkeit sicherstellen (Verlust von natürlichen Ressourcen umkehren; sauberes Trinkwasser zur Verfügung stellen; Lebensbedingungen von SlumbewohnerInnen verbessern).

Der Millennium+5 Gipfel bietet also eine wichtige Gelegenheit, Frauen- und Umwelt-Themen zu forcieren.

Ein Teil dieser Themen wird auch bei der 13. Sitzung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) im April/Mai 2005 auf der Tagesordnung stehen, wenn die Themen Wasser, Hygiene (Sanitation), und Städte verhandelt werden.

Die Mischung der oben genannten und weiterer Prozesse und Aktivitäten gibt Anlass zur Hoffnung, dass wir auf dem Gebiet ‚Frauen und Umwelt‘ international Fortschritte machen können, wenn wir das Jahr 2005 strategisch nutzen. In diesem Zusammenhang muss es auf nationaler Ebene auch darum gehen, die verschiedenen beteiligten Ministerien (BMU, BMFSFJ, BMZ, AA) an ihre Berichtspflichten zu erinnern - d.h. die hierzulande gemachten Erfahrungen international zu teilen -, sie zur Zusammenarbeit untereinander anzuregen, und sie aufzufordern, die Beteiligung deutscher Frauenorganisationen und -netzwerke aktiv zu unterstützen.

Es gibt aber auch Themengebiete, die von Seiten aller, die im Bereich Frauen und Umwelt aktiv sind, mehr Aufmerksamkeit verdienen. Zwei Beispiele seien abschließend genannt:

Zum einen geht es in der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte, spätestens seit Johannesburg, vielfach um die sogenannten „Partnerschaften zur Nachhaltigen Entwicklung“. Damit sind nicht nur Public-Private-Partnerships gemeint, die von vielen NROs zu Recht sehr kritisch gesehen werden, machen viele Regierungen doch trotz gegenteiliger Beteuerungen den Eindruck, öffentliche Entwicklungsarbeit durch private Investitionen ersetzen zu wollen. „Partnerschaften“ sind auch solche zwischen NROs und Regie-

rungen, NROs, Unternehmen, und Gewerkschaften, und viele andere Kombinationen. Davon gibt es mehr als die meist polarisierte Debatte annehmen lässt. Frauenthemen oder Genderaspekte tauchen dort, wo immerhin viele Regierungen erhebliche Fördermittel investieren, bisher kaum auf. Dabei sind Frauen häufig direkt betroffen, wenn auch seltener entscheidend beteiligt.

Zum anderen wächst die Debatte um Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility u.ä.) sowie Verantwortlichkeit und Rechenschaftsstrukturen von Unternehmen, und Nicht-Regierungsorganisationen („Accountability“). In beiden Bereichen sind Frauen direkt betroffen, aber zu wenig als Frauen und aus Gender-Perspektive aktiv beteiligt.

Zwar dürfen wir uns nicht von wechselnden Debatten und ‚modischen‘ Themenentwicklungen derart beeinflussen lassen, dass wir die zentralen und immer noch gültigen Ziele der Frauenumweltbewegung vernachlässigen. Andererseits ist es wichtig, dass die Themen dieser Bewegung, ihre Kenntnisse und Anliegen, auch in den Debatten auftauchen, die gerade die meiste Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Mit anderen Worten: Der ‚Tropfen‘ muss ‚steif‘ sein: überall, innerhalb und außerhalb der bürokratischen Organisationen, immer wieder, immer aktuell, und konsistent. Es bleibt zu hoffen, dass wir dafür genügend Kapazität haben. Und dass in der Tat der ‚Stein gehöhlt‘ werden kann...

Minu Hemmati

*Die Autorin ist Beraterin und Projekt-Koordinatorin; in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen, Regierungen, VN Organisationen, Unternehmen; meist auf internationaler Ebene.*

*Kontakt: Prenzlauer Allee 176; 10409 Berlin; Email: minush@aol.com; Website: www.minuhemmati.net*

<sup>1</sup> CSD, United Nations Commission on Sustainable Development = Kommission zur Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Kommission, die unter dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der VN angesiedelt ist, ist mit jährlichen Sitzungen und einem ständigen Sekretariat mit der Begleitung der Umsetzung der Beschlüsse von Rio und Johannesburg betraut.

<sup>2</sup> CSW, Commission on the Status of Women = Kommission zum Status der Frauen der Vereinten Nationen. Ebenfalls unter dem Wirtschafts- und Sozialrat angesiedelt, betreut die CSW u.a. die Umsetzung der Beijing-Beschlüsse.

<sup>3</sup> Die deutsche Staatssekretärin Wolf gehört auch zu den Eingeladenen des Netzwerktreffens - wie überhaupt das BMU die Frauen-Konferenz in Nairobi unterstützt. In einer dort vorzustellenden Broschüre werden beispielsweise die deutschen Erfahrungen zum Gender Mainstreaming im Umweltbereich international bekannt gemacht.





## Ist der Naturschutz auf dem „Gender-Auge“ blind? Mehr Geschlechtergerechtigkeit gefordert

**Medizin aus Rhinozeroshörnern zur Potenzsteigerung und das Pelzmäntelchen für die Theatergala - das sind zwei Extrembeispiele dafür, dass z. B. Artenschutz nicht geschlechtsneutral ist. Naturverständnis, Verhalten in der Natur, Sicht auf die Natur... all dies ist gesellschaftlich geprägt, von Menschen gemacht und insofern hochpolitisch. Wer entscheidet, was schützenswert ist? Wer bestimmt, wie Naturschutzpolitik gemacht wird? Wer engagiert sich wo und mit welchem Einfluss im gesellschaftlichen Umfeld? Viele Fragen rund um den Themenkomplex „Gender und Naturschutz“, um die es in der Veranstaltung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) während des Deutschen Naturschutztages in Potsdam ging.**

Etwa 20 Teilnehmer/innen aus den unterschiedlichsten Institutionen hatten sich am 27. Mai 2004 im Kongresszentrum am Templiner See in Potsdam zur Werkstatt „Gender und Naturschutz“ eingefunden. Die anwesenden Männer und Frauen diskutierten über Geschlechterfragen in der Naturschutzarbeit und forderten, dass Geschlechtergerechtigkeit in die Arbeit von Natur- und Umweltschutzorganisationen integriert werden muss. Denn wer die vielfältigen Lebenswirklichkeiten von Männern und Frauen, Mädchen und Jungen nicht berücksichtigt, kann keine gute, gesellschaftsfähige Politik machen, die den Namen Nachhaltigkeit auch verdient.

Wie Aktivitäten hierzu in der Praxis in Verbänden, Behörden und der Forschung und Netzwerkarbeit für Nachhaltigkeit aussehen, stellten die vier Podiumsteilnehmerinnen vor. Dr. Angelika Zahrnt (BUND bzw. Rat für Nachhaltige Entwicklung), Dr. Jonna Küchler-Krischun (Bundesumweltministerium), Ulrike Röhr (genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit) und Dr. Christine Katz (Institut für Umweltplanung der Universität Lüneburg) diskutierten über Aktivitäten, Hintergründe und Strategien bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming Prozessen und der Integration von Geschlechtergerechtigkeit in ihren Institutionen.

Während Angelika Zahrnt u.a. vom „produktiven Ärger“ der BUND-Frauen berichtete, der die Gründung einer Frauen-Arbeitsgruppe und die Ausgabe eines Frauen-BUND-Magazins zur Folge hatte, verwies die Vertreterin des Bundesumweltministeriums, Jonna Küchler-Krischun, auf die interministerielle Arbeitsgruppe der Bundesregierung zum Thema Gender Mainstreaming und Pilotprojekte im Strahlenschutzbereich. Ulrike Röhr erläuterte die Arbeit der Leitstelle genanet, die für die Integration von Geschlechtergerechtigkeit in den Nachhaltigkeitsdiskurs streitet und Christine Katz unterfütterte die Diskussion mit Erkenntnissen aus der feministischen Naturwissenschaftsforschung.

### **Von ökologischen Hausmütterchen, Verantwortung und moderner Umweltpolitik**

Warum Geschlechtergerechtigkeit in die eigene Arbeit einbezogen werden sollte, ist nach den Ergebnissen dieser Werkstatt einfach zu beantworten.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ heißt es im Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz. Außerdem gibt es einen Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip anzusehen und durch die Strategie des Gender Mainstreamings aktiv zu fördern ist. Nicht zuletzt verlangt die Agenda 21 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen. Für die Verbände bedeutsam ist, dass die Integration von Genderaspekten bei Projekten inzwischen eine Anforderung bei der Verbändeförderung ist. Aber die finanzielle Seite kann höchstens ein Argument sein, denn – so war zu hören – Frauen haben es satt, als „ökologische Hausmütterchen“ Umweltreparaturen vorzunehmen, während umweltrelevante Entscheidungen auf höherer Ebene von Männern getroffen werden. Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen muss auch in den vielfach verkrusteten Entscheidungsstrukturen der Institutionen herrschen. Unabhängig von einer konsequenten Genderpolitik bleibt aber auch Frauenförderung wichtig, um Ungerechtigkeiten und die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen auszugleichen.

Geschlechtergerechtigkeit als Werkzeug für innovative Lösungen ist aber

auch ein Zeichen für eine Modernisierung der Umweltpolitik und dient zudem zur Realisierung von Nachhaltigkeit. Die Genderperspektive ist auch unter Marketinggesichtspunkten und zur Kommunikationsförderung unerlässlich, um unterschiedliche Zielgruppen ansprechen zu können. Die Integration von Genderaspekten gilt zudem in vielen anderen Branchen inzwischen als Qualitätsmerkmal bei der Organisationsentwicklung.

Durch die Einbeziehung von mehr Personengruppen in die Naturschutzpolitik können die Vielfalt der Lebenswirklichkeiten sowie die Beiträge und Interessen beider Geschlechter besser berücksichtigt werden. Könnte umweltfreundliches Verhalten wie z.B. ökologisches Gärtnern nicht gesteigert werden, wenn auf unterschiedliche Bedürfnisse von Männern und Frauen, Jungen und Mädchen eingegangen wird?

Auch das Engagement lässt sich dadurch steigern und eine neue Quelle der Aufmerksamkeit für Natur(schutz) erschließen. So verwies einer der anwesenden Männer auf positive Erfahrungen, wenn gerade er als Mann sich zu Geschlechtergerechtigkeit äußert und damit einen „Überraschungseffekt“ erzielt. Mehr Bewusstheit mit sich selber und im Umgang mit der Mit-Welt erreichen, kann ebenso ein Effekt von der Beschäftigung mit Genderaspekten sein.

### **Warum der Weg zu einer geschlechtergerechten Organisation nicht ganz einfach ist**

„Aber wir haben doch sowieso alle schon so viel zu tun!“ seufzt es regelmäßig in den Organisationen. Oft gemachte Erfahrung der Teilnehmer/innen ist, dass Gender „nervt“ und Forderungen und Anregungen in dieser Richtung strategisch gut dosiert werden müssen, damit überhaupt etwas herauskommt. Häufig wird die Problematik von Vorgesetzten oder Kolleg/innen abgewertet, was oftmals nicht einmal dann Konsequenzen hat, wenn eigentlich Vereinbarungen getroffen worden sind. Es kann den Prozess auch ausbremsen, wenn ausschließlich über Formales wie die Berücksichtigung der weiblichen Sprachform in Pressemitteilungen oder Broschüren debattiert wird, aber die viel wichtigeren inhaltlichen Sachverhalte übergangen werden. Fragen rund um (Un-)Gerechtigkeiten



und Geschlechterverhältnisse sind so persönlich und subjektiv, dass oftmals ganz andere Ebenen als nur die sachliche betroffen sind. Da gibt es verborgene Ängste vor Macht- und Imageverlust, Ignoranz und Unverständnis, die Männer und Frauen zu Bremsern und Verhinderern werden lassen. Hinzu kommt, dass es so wenig positive Vorbilder gibt. Die traditionelle Verbändelandschaft, der beruflichen sowie amtliche Natur- und Umweltschutz weisen hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit und der Rollenverteilung viele strukturelle Barrieren auf.

Dabei ließen sich durch die Verankerung von Geschlechtergerechtigkeit neue Perspektiven auf die (Um)Welt und die Naturschutzarbeit erschließen! Die Teilnehmer/innen der Werkstatt kamen gleich auf rund ein Dutzend Themen, die sich mit der Genderperspektive positiv erweitern ließen, darunter die Naturschutzkommunikation, Flächenverbrauch/„Gigantismus bei Bauvorhaben“ und das Chemikaliengesetz. Warum wird das Thema Flächenverbrauch z.B. nicht mehr aus Dienstleistungsperspektive betrachtet und Wohnungstauschbörsen organisiert oder neue Wohnformen etabliert, die neben den ökologischen auch soziale Effekte hätten? Wer weiß, wie viele alleinstehende ältere Personen (das sind übrigens mehr Frauen) es gibt, die gern eine kleinere, leichter zu pflegende Wohnung hätten, aber den Umzugsaufwand nicht allein bewältigen können? An allen Ecken fehlen Daten, die solche Überlegungen unterstützen könnten. Warum werden Chemikalien so wenig auf ihre Auswirkungen überprüft und wenn, warum werden so selten geschlechterbezogene Daten gesammelt? Wer anfängt, aus der Genderperspektive zu denken, stößt auf viele offene Fragen.

Konkret erarbeitet wurden während der Werkstatt in zwei Gruppen Forderungen für den nächsten Deutschen Naturschutztag (DNT) und Anregungen rund um das Thema „Erweitertes Selbstverständnis im/von Naturschutz“.

### „Mehr Gender in den Deutschen Naturschutztag“

Der Titel des nächsten DNT: „100 Jahre amtlicher Naturschutz“ sollte durch einen Untertitel ergänzt werden, wie z. B. „engagierte Frauen und Männer im Naturschutz“. Generell sollte es mehr Themen mit Genderperspektive geben und die Gender-Werkstatt fortgesetzt werden. Die lange Dauer des DNT und die fehlenden Strukturen für Familientätige macht es für ehrenamtlich Aktive schwieriger und kostenintensiver teilzunehmen. Die Kommunikation und Kooperation zwischen amtlichem, privatem und ehrenamtlichem Naturschutz wurde als verbesserungswürdig eingestuft. Auch sollten neue Veranstaltungsformen eingeführt werden, die auch andere Zielgruppen ansprechen: nicht nur reine Informationsdarbietung („Naturschutz zum Abheften“), sondern auch alternative Lehr- und Lernmethoden sind gefragt. In der Planung, Vorbereitung und Durchführung des nächsten DNT sollen die Prinzipien des Gender Mainstreaming bereits bei der Auswahl der Themen, Veranstaltungsformen, Kommunikationsmedien etc. berücksichtigt werden.

### Erweitertes Selbstverständnis im/von Naturschutz

Deutlich wurde in diesem Gedankenaustausch, dass derartige Diskussionen um das Selbstverständnis im Alltagstrotz meistens viel zu kurz kommen, aber der Bedarf, darüber nachzudenken, was Natur für einen selbst bedeutet und was demzufolge Naturschutz sein kann, darf oder sollte, sehr groß ist. Und so gibt es einige Denkanstöße und Anregungen: der Naturschutz muss sich der Gesellschaft und gesellschaftlichen Themen öffnen, damit er breiteren Rückhalt in der Bevölkerung bekommt. Folglich müsste der Naturschutzbegriff erweitert werden hin zu einem „Alltagsnaturschutz“. Denn Arten- und Biotopschutz bzw. Kulturlandschaftsschutz etc. sind zwar wichtig, aber zu sehr im Expertenwissen verankert (warum sind die meisten Arten- und Biotopschutzexperten eigentlich männlich? Und was bedeutet dies für den Umgang mit Natur/schutz?). Den Teilnehmer/innen schwebt dabei eine Vision von einer Naturschutzkonzeption, die verschiedene

Formen von Naturschutz integriert, vor. Außerdem sollte untersucht und hinterfragt werden, wie die Mittelverteilung bei den einzelnen Teilzielen des § 1 BNatSchG<sup>1</sup> gestaltet wird: für welches Ziel wird aus welchen Gründen wie viel Geld ausgegeben und ist dieses Ziel eigentlich für Männer und Frauen gleichermaßen wichtig? Man sollte erforschen, inwieweit sich Maßnahmen auch auf besiedeltes (städtischer, alltäglicher Naturschutz) oder auf unbesiedeltes Gelände beziehen und warum da evtl. ein Ungleichgewicht herrscht. Gefragt wurde auch, wie es mit der Wertigkeit innerhalb der Umweltthemen aussieht: Warum „zählt“ bspw. Klimaschutz mehr als Naturschutz? Wer entscheidet das und warum? Gibt es eine „männliche Prioritätensetzung“?

Klar wurde, dass diese Überlegungen nur ein Anfang sein können, um die Verbindung zwischen Geschlechterverhältnissen und Natur(schutz) gedanklich und organisatorisch zu erschließen. Genderfragen müssen zu einem Querschnittsthema werden und im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung sowie inhaltlicher Gestaltung Eingang in die Naturschutzarbeit finden. Damit lässt sich Naturschutzpolitik professionalisieren, die Akzeptanz von Maßnahmen erhöhen und die Lebensqualität verbessern, weil mehr und unterschiedliche Lebenswirklichkeiten, Sichtweisen und Stärken von Frauen und Männern einbezogen werden. Das kann unserem Planeten nur gut tun!

Juliane Grüning

*Die Autorin zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und Europafragen in der Berliner Geschäftsstelle des DNR. Das ausführliche Protokoll zur Werkstatt kann bei ihr angefordert werden.*

*Kontakt: Juliane Grüning; Deutscher Naturschutzring; Grünes Haus; Prenzlauer Allee 230; 10405 Berlin; Tel: 030/ 44339181; Fax: 030/ 44339180; juliane.gruening@dnr.de*

<sup>1</sup> 1. Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, 2. Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, 3. Tier- und Pflanzenwelt einschl. ihrer Lebensstätten und Lebensräume, 4. Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie Erholungswert von Natur und Landschaft





## Mehr Gender in den Greenstream?! Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz

**Dass Frauen und Männer unterschiedlich sind, unterschiedlich agieren, in unserer Gesellschaft nicht die gleichen Berufs-, Bildungs- und Einkommenschancen haben sowie mit verschiedenen Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen betraut sind, ist ein Allgemeinplatz. Dies gilt auch für den Umwelt- und Naturschutzbereich, wenn gleich die Frage danach, wie sich das denn nun konkret in Arbeitsinhalten und Schutzmaßnahmen niederschlägt oftmals nicht ganz einfach zu beantworten ist.**

A tmen wir etwa nicht die gleiche schlechte Luft, fällt der saure Regen nicht gleichermaßen auf Frauen und Männer und ist es für den Schutz der Kröte nicht egal, wer sie über die Straße trägt? Wir sind doch alle sowohl an der Verschmutzung und „Vernutzung“ von Natur und Umwelt beteiligt als auch von den damit einhergehenden Folgen beeinträchtigt!

Das ist zwar einerseits richtig, genauer betrachtet sind Männer und Frauen jedoch andererseits weder gleichermaßen für umweltrelevante Entscheidungen verantwortlich noch von ihren Auswirkungen in gleicher Weise betroffen. Im Gegenteil ist es in unserer Gesellschaft trotz ihrer demokratischen Grundordnung, in der Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit festgeschriebene und verbindliche Eckpfeiler darstellen, noch immer so, dass es vorwiegend Männer sind (dies gilt im übrigen auch für die meisten Umweltverbände!), die in den entscheidungsrelevanten Institutionen umweltpolitische Weichen stellen und ihre Vorstellungen zum Ressourcenschutz mit hohem „High-

Tech“-Aufwand angehen. Den Frauen verbleibt demgegenüber – appellierend an ihre „hausfraulichen Tugenden“ wie Sauberkeit, Aufräumen, Sparsamkeit, Resteverwertung, Pflegen und Fürsorge – die Kleinarbeit an der Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt. Für dieses implizite und explizite Delegieren von Umweltverantwortung an die (wenig machtvollen) Privathaushalte – für die dort anfallenden Aufgaben sind i.d.R. bis heute hauptsächlich Frauen zuständig – und/oder direkt an Frauen, wurde in der Gender-Forschung der Begriff der „Feminisierung von Umweltverantwortung“ geprägt (vgl. Schultz und Weiland 1992, Wichterich 1994). Ausgangspunkt dafür war die „Frauen und Müll“-Studie von Irmgard Schultz und Monika Weiland, in der das im Rahmen politischer und wirtschaftlicher Umweltmanagementstrategien fraglose Einplanen der (garantierten) Bereitschaft von Frauen, etwas (unbezahlt) für die Umwelt zu tun, kritisch in den Blick genommen wurde.

Ein wesentlicher Grund für die Widerstände gegenüber Genderaspekten im Natur- und Umweltschutzbereich ist im Selbstverständnis der dafür erkenntnisleitenden Wissenschaften zu suchen. So hält sich in den Natur- und Umweltwissenschaften hartnäckig die eingeschliffene Vorstellung, dass ihre Sichtweisen, Theorieansätze, Grundannahmen, Methoden und Erklärungsansätze objektiv, wert- und damit auch geschlechterneutral seien. Da aber der wissenschaftliche und politische Nachhaltigkeitsdiskurs in Deutschland trotz des Anspruchs auf eine gleichberechtigte Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Belange bis heute von Umweltthemen bestimmt ist und auch in den Natur- und Umweltschutzverbänden natur- und um-

weltwissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter/innen dominieren, liegen die Schwierigkeiten, Geschlechterverhältnisse als integralen Bestandteil umweltrelevanter Arbeitszusammenhänge mit denken zu können bzw. zu wollen, auf der Hand.

### Umweltprobleme sind nicht geschlechtsneutral

Weil der soziale Hintergrund, die Erziehung und die kulturelle Einbettung unsere Sicht auf die Dinge beeinflussen, wirkt er selbstverständlich auch darauf ein, wie wir Natur wahrnehmen und erfahren, welche Umweltprobleme als dringlich angesehen und welche Lösungsstrategien bevorzugt werden. Unser Umgang mit Natur und Umwelt kann daher nicht losgelöst vom soziokulturellen Kontext, d.h. von dem für die Gesellschaft gültigen Regelwerk an moralischen Setzungen und Werten, an kulturellen und historisch überlieferten allgemeingültigen Erfahrungen und Errungenschaften, betrachtet oder gestaltet werden. In der Art und Weise, wie wir unser Verhältnis zu Natur und Umwelt begreifen und organisieren, sind damit auch immer Geschlechteraspekte mit enthalten, allerdings meist ohne dass sie augenfällig oder reflektiert würden. Was deren Nichtbeachtung für den Natur- bzw. Umweltschutzbereich bedeuten kann, will ich kurz an zwei Beispiele illustrieren:

1. Seit den 1980er Jahren weiß man aus der Bildungsforschung, dass Bildungschancen, Bildungsinhalte und deren Vermittlungsmethoden nicht geschlechtergerecht sind, d.h. Mädchen/Frauen und Jungen/Männer nicht gleichermaßen zur Verfügung stehen bzw. ansprechen. In der Umweltbildung oder Naturpädagogik mit ihrem Anspruch, auf das Umweltbewusstsein und -handeln zukunftsverträglich einzuwirken, setzt sich diese Erkenntnis nur sehr zögerlich durch. Wird jedoch weder bei der Themenauswahl noch bei der Durchführung von Bildungs- oder Informationsmaßnahmen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse, Interessen, Naturzugänge und -wahrnehmungen von Männern und Frauen bzw. Jungen und Mädchen geachtet, werden nicht nur einseitige Sichtweisen auf Natur- und Umweltprobleme (re)produziert, sondern auch spezifisch weibliche oder männliche Erfahrungshintergründe bei

### Wie sieht es in unserem eigenen Verband aus?

Ein paar kritische Fragen, denen sich alle Natur- und Umweltschutzverbände im Zuge einer kritischen geschlechtersensiblen Selbstüberprüfung stellen sollten:

- Wer arbeitet bzw. engagiert sich bei uns, wer fühlt sich wodurch angesprochen und motiviert?
- Wer ist wie in die Gestaltung unserer Natur- und Umweltschutzarbeit eingebunden?
- Wie werden Probleme wahrgenommen und aufgegriffen? Welche Lösungsstrategien werden von wem bevorzugt? Wem sind dabei welche Rollen und Aufgaben zugeordnet?



der Lösungssuche ausgeblendet. Die Natur- und Umweltschutzverbandsarbeit ist davon in zweifacher Weise berührt: Über das verbandseigene Bildungsangebot und über das Werben um ehrenamtliche Mitarbeit. Wenn es nicht gelingt, Männer wie Frauen anzusprechen und ihre unterschiedlichen Erfahrungshintergründe und Lebenswirklichkeiten bei der Problembeschreibung und ihrer Bewältigung angemessen zu berücksichtigen, laufen sowohl die Bemühungen um die Veränderungen von Natur- und Umwelverhalten als auch um eine effizientere Breitenwirkung der Natur- und Umweltschutzarbeit sowie um eine Vergrößerung der aktiven Mitgliedsbasis ins Leere.

2. In unserer Gesellschaft nehmen nicht alle gleichermaßen und mit den gleichen Verkehrsmitteln am Mobilitätsgeschehen teil. Die Wahl des Verkehrsmittels ist geschlechtsspezifisch unterschiedlich und abhängig von den jeweiligen individuellen finanziellen, beruflichen und sozialen Verhältnissen. Frauen - vorwiegend für die Familien- und Haushaltsfürsorge zuständig und meist weniger finanzkräftig als Männer - nutzen häufiger öffentliche Verkehrsmittel, das

Fahrrad oder gehen zu Fuß, während Männer - i. d. R. vollerbstätigt - vorrangig den PKW wählen. Frauen sind nicht per se die umweltverträglicheren Verkehrsteilnehmerinnen. Mit solchen Aufgaben betraute Männer verhalten sich entsprechend ebenso umweltfreundlich wie Frauen. Nicht die Zugehörigkeit zum biologischen Geschlecht entscheidet demnach mit über das Umwelverhalten, sondern die soziale Rolle und der damit verbundene Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich (soziales Geschlecht). Mobilitätsrelevante Planungen und Entscheidungen (z. B. zum Verkehrswegebau und damit zum bevorzugten Verkehrsmittel) treffen mehrheitlich allerdings diejenigen Personen (und das sind in der Mehrzahl Männer), die Vollzeit berufstätig sind und/oder in beruflichen Kontexten stehen, die nicht von familiären Erwägungen oder Bedürfnislagen, sondern von Wirtschaftseffizienz geprägt sind. Entsprechend ist die Verkehrsplanung und -führung sowie unser Umgang mit Mobilität vornehmlich an der „männlichen Norm“ ausgerichtet.

Es scheint demnach auch für Umwelt- und Naturschutzverbände nicht nur in-

haltlich sinnvoll, sondern dringend angeraten, sich mit den Geschlechtermerkmalen bzw. -aspekten der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ auseinander zu setzen. Im Folgenden sind die vier wesentlichen Gründe zusammengefasst.

#### **Vier gute Gründe, sich mit Geschlechteraspekten zu befassen!**

1. *Wer „geschlechtsblind“ ist, trägt unter Umständen zu einer Verschärfung ökologischer Probleme bei*

Unsere Gesellschaft besteht aus unterschiedlich sozialisierten Männern und Frauen und beinhaltet eine Vielfalt an Lebensentwürfen und -biographien sowie verschiedene soziale und kulturelle Rollen (engl. gender). Diese Vielfalt zeigt sich auch in unserem Handeln im Allgemeinen, in unseren perspektivischen Überlegungen und beruflichen Entscheidungen und auch in der Weise unseres individuellen, bzw. gesellschaftlichen Umgangs mit Natur. Eine Berücksichtigung der Geschlechterbezüge ist also aus Gründen der „inhaltlichen Angemessenheit“ (bezogen auf die Problemdefinition und gewählte Lösungsstrategien) angezeigt. Ohne das soziale Beziehungsgefüge und gesellschaftliche Machtstrukturen im Auge zu behalten – und also auch die Geschlechterdimension mit einzubeziehen – treffen wir unter Umständen Entscheidungen, die zu einer Verschärfung ökologischer Probleme und zur Verfestigung von Ungleichbehandlungen beitragen.

2. *Es lebe die Vielfalt! Neue Perspektiven und Lösungsansätze in Sicht*

Ein zweiter guter Grund bezieht sich auf die Wirksamkeit und Reichweite natur- und umweltschutzverbandseigener Aktivitäten. Wenn der thematische Zugang und die Durchführungsformen auf der beruflichen und Ehrenamtsebene den Lebenswirklichkeiten und Erfahrungen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht würden, eröffneten sich zum einen neue Perspektiven auf Natur- und Umweltprobleme und deren Lösungsansätze. Zum anderen fühlten sich Frauen oder diejenigen, die sich in „weiblichen Lebenssphären“ bewegen ausreichend repräsentiert und wären entsprechend stärker motiviert, ihre Kenntnisse und Sichtweisen aktiv mit



einzubringen. Last but not least dient die aktive Einbindung der Genderdimension in die Verbandszusammenhänge durchaus der Profilierung. Das weiß man von Organisationen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand, denen die institutionalisierte Berücksichtigung von Gender als Aushängeschild gilt und einen modernen Organisationstypus symbolisiert.

3. *Alles, was Recht ist: Gesetzliche Grundlagen und die Frage der Gerechtigkeit*  
Ein dritter guter Grund hat etwas mit der Erfüllung eines im Grundgesetz festgeschriebenen rechtlichen Gleichheitsgebotes zwischen Männern und Frauen zu tun. Die Gleichstellung von Männern und Frauen als durchgängiges Leitprinzip anzuerkennen und diese Aufgabe mittels Gender Mainstreaming (siehe unten) zu fördern, wurde von der Bundesregierung im Juni 1999 beschlossen. Die Entwicklung einer Organisations- und Arbeitsstruktur, mit der die Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die Mitgestaltungs- und Entscheidungsmacht zwischen Männern und Frauen gerecht verteilt werden können, erscheint daher auch für Natur- und Umweltschutzverbände mit ihren gesellschaftskritischen Wurzeln als eine notwendige Voraussetzung, um dem Gerechtigungsgrundsatz zu entsprechen.

4. *Das liebe Geld – die Fördermittelvergabe ist an Geschlechtergerechtigkeit geknüpft*  
Ein vierter guter Grund steht in Zusammenhang mit der Teil-Abhängigkeit natur- und umweltschutzrelevanter Verbandsaktivitäten von öffentlichen Gel-

dern. Denn die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten spielt bereits bei den Förderinstitutionen eine wesentliche Rolle als ein Entscheidungskriterium für oder gegen finanzielle Förderung.

#### **Gender Greenstreaming: Ein neues Projekt des DNR**

Seit Juli 2004 ist der DNR vom BMU/UBA mit einem neuen Projekt „Gender Greenstreaming – Geschlechtergerechtigkeit im Natur und Umweltschutz“ beauftragt: Unter der wissenschaftlichen Begleitung der Universität Lüneburg (Institut für Umweltstrategien, Fachgebiet Umweltplanung) sowie in enger Kooperation mit den Verbandsmitarbeitern/innen sollen

- die geschlechterspezifischen Merkmale in den Arbeitsverhältnissen, -strukturen und -inhalten der Natur- und Umweltschutzorganisationen sichtbar gemacht,
- in ihrer Bedeutung kritisch reflektiert, und
- es sollen Ansatzpunkte für ihre Integration in die verbandsspezifischen Arbeitszusammenhänge genutzt bzw. weiter entwickelt werden.

Das Projekt baut auf Ergebnissen einer Vorstudie auf, welche die Universität Lüneburg (Umweltplanung) 2003 im Auftrag des DNR erarbeitet hat (DNR 2003). Ihr Ziel war es, einen ersten Bestand darüber zu ermitteln, welche Relevanz Geschlechteraspekten in den Arbeitszusammenhängen von im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbänden und Organisationen überhaupt bisher zugewiesen wird und welche Hindernisse und Blockaden einer Integration von Genderfragen dabei im Wege stehen (können).

Während also die Vorstudie vorwiegend unter dem Sondierungsmotto „Relevanz ermitteln. Potenziale erkennen“ stand, ist das Nachfolgeprojekt mehr der Umsetzung verpflichtet im Sinne von „Geschlechterverhältnisse berücksichtigende strukturelle und inhaltliche Innovationen initiieren, nutzen und weiterentwickeln“.

Die Vorhaben sind als Maßnahmen im Zusammenhang mit einem zumindest im deutschsprachigen Raum relativ neuen Konzept zur (Um-)Gestaltung von Geschlechterverhältnissen zu verstehen, dem Gender Mainstreaming. Es wurde 1997 auf europäischer Ebene im Amsterdamer Vertrag verankert und 1999 per Kabinettsbeschluss als verbindliches Leitprinzip von der Bundesregierung verabschiedet. Als Top-Down-Prinzip stellt sich Gender Mainstreaming gegen das häufig vertretene Alltagsverständnis, das Prozesse und Strukturen in Organisationen als geschlechtsneutral ansieht. Es geht dabei nicht nur um die Zielgruppe Frauen, sondern auch um die Einbeziehung von Männern und derjenigen Rahmenbedingungen, die zur Verstärkung der bestehenden Geschlechterverhältnisse beitragen. Grundsätzlich ist der Ansatz des Gender Mainstreaming daraufhin angelegt, vielfältigen zielgruppenspezifischen Interessenslagen und Situationen gerecht zu werden und stereotype Zuschreibungen und Vorannahmen zu vermeiden.

Bei den Natur- und Umweltschutzverbänden wurden Gender Mainstreaming Aktivitäten bisher lediglich vereinzelt initiiert. Es findet sich jedoch eine Vielzahl an Instrumenten und Aktivitäten, die dem Bereich der klassischen Frauenförderung zuzuordnen sind und an die das DNR Projekt anknüpfen kann.

*Christine Katz*

#### **Literatur:**

Schultz I. & Weiland M. (1992): Frauen und Müll. Frauen als Handelnde in der kommunalen Abfallwirtschaft. Studie im Auftrag der Stadt Frankfurt a.M. unter Mitarbeit v. E. Schramm, Frankfurt a. M.

Wichterich C. (1994): Pragmatikerinnen des Überlebens. Über den Zusammenhang zwischen Nutzungsrechten und Fürsorgeverantwortung. Politische Ökologie, Sonderheft 6, S. 44-46

DNR (2003): Gender Mainstreaming - Relevanz und Herausforderung für Natur- und Umweltschutzverbände. Vorstudie zur Erarbeitung von Grundlagen für ein umfassendes Gender Mainstreaming, erstellt von Univ. Lüneburg (E. Brouns, J. Grüning, C. Katz, M. Mayer, T. Mölders), Bonn

*Die Autorin arbeitet an der Universität Lüneburg und ist Mitglied der AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung.*

*Kontakt:  
Deutscher Naturschutzring:  
Helga Inden-Heinrich (stellvertr. Generalsekretärin)  
Juliane Grüning  
E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de,  
juliane.gruening@dnr.de*

*Universität Lüneburg:  
Dr. Christine Katz, Dipl. Soz. Päd./Sozialarbeiterin  
Marion Mayer und Anja Thiem, M. A.  
E-Mail: gendergreen@uni-lueneburg.de*





# Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel

## Ein praktisches Anwendungsbeispiel

**Frauen und Männer, Mädchen und Jungen haben unterschiedliche Einstellungen und Bezüge zur Natur, unterschiedliche Interessen an Naturerlebnissen und -erfahrungen. Doch welche Bildungsangebote interessieren diese unterschiedlichen Zielgruppen und wie sollten diese gestaltet sein? Wie kann darüber hinaus die Idee und Zielsetzung eines Nationalparks gender- und zielgruppengerecht kommuniziert werden? Und wie ist es möglich, diese Punkte in der alltäglichen Arbeit eines Nationalparks zu berücksichtigen?**

Der Nationalpark Eifel will gemeinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) mit dem Pilotprojekt „Einführung des Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel (speziell Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit)“ praxistaugliche Antworten auf diese Fragen finden. Das Augenmerk liegt dabei jedoch nicht nur auf den unterschiedlichen Interessen an Naturerlebnissen und -erfahrungen, sondern auch auf sprachlicher und bildlicher Gleichbehandlung, auf gendergerechter Ansprache, differenzierten Angeboten und Methoden, Einflussmöglichkeiten und genderspezifischer Mediennutzung. „Wir erhoffen uns von diesem Pilotprojekt, dass wir durch die gezielte Ansprache mehr Frauen und Männer erreichen und Angebote passgenauer gestalten können, weil wir ihre spezifischen Bedürfnisse besser herausfinden und zufriedenstellen können,“ resümiert Frau Köth-Jahr, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen“. Dabei dient die Wahrnehmung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern auch als „Eye-opener“ für die Berücksichtigung anderer zielgruppenspezifischer Bedürfnisse, z.B. von Besucherinnen und Besuchern mit Kindern, von Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder Senioren und Seniorinnen.

### Gender Mainstreaming

Im November 2002 hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Gender Mainstreaming als durchgängiges

*Mit genderkompetenten Rangern den Nationalpark erleben.*



Quelle: Nationalparkforstamt Eifel

Leitprinzip beschlossen, um so die Gleichstellung der Geschlechter gezielt und konsequent umzusetzen. Die Umsetzung umfasst geschlechterdifferenzierte Statistiken sowie die Sensibilisierung der in den Ministerien Beschäftigten anhand von Schulungen. Darüber hinaus sollen die verschiedenen Ressorts anhand der Durchführung eines Pilotprojekts „Gender Mainstreaming“ exemplarisch umsetzen. Der Nationalpark Eifel bietet sich in vielfacher Hinsicht als Pilotprojekt an: er weist einen hohen Praxisbezug auf und bietet aufgrund seiner erst kurze Zeit zurückliegenden Eröffnung die Chance, Genderaspekte von Anfang an in die Strukturen und die alltägliche Arbeit zu integrieren. Außerdem erfährt er zur Zeit viel Aufmerksamkeit durch die Medien, was dazu beiträgt den Gender-Mainstreaming-Gedanken einer breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen.

### Genderkompetenz

So nehmen nun auch alle Beschäftigten des Nationalparks, von den vorrangig männlichen Rangern über die Waldführerinnen und Waldführer bis hin zur Gleichstellungsbeauftragten an Schulungen zur Genderkompetenz teil. Ziel ist es, die Wahrnehmung für Genderaspekte zu schulen, und diese in die tägliche Arbeit und insbesondere in den Umgang mit der Öffentlichkeit einzubringen. Außerdem sollen von Anfang an alle grundlegenden Texte (z.B. Newsletter, Broschüren und Flyer) Männer und Frauen sprachlich und bildlich gleich behandeln. Die Angebote sollen so gestaltet werden, dass sie so-

wohl den Interessen von Frauen als auch denen von Männern gerecht werden. Um die Arbeit und Außenwirkung auch langfristig gendersensibel zu gestalten, wird das ISOE für den Nationalpark praxistaugliche Instrumente erarbeiten. Dazu gehören die Entwicklung eines Leitfadens für eine gendersensible Gestaltung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und eines geschlechtergerechten Bildungskonzepts sowie ein Leitfaden zur Berücksichtigung von Genderfragen für die sozialwissenschaftliche Forschung. Diese sollen es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, Genderaspekte dauerhaft in ihre Arbeit zu integrieren.

### Pilotprojekte

Bei Gender-Mainstreaming-Pilotprojekten sehen sich die Beteiligten mit einem neuem Thema konfrontiert, einem Thema dem nicht alle gleichermaßen offen gegenüberstehen. Gleichzeitig unterliegt die Umsetzung finanziellen und zeitlichen Restriktionen. Der Einstieg in Gender Mainstreaming ist damit eine Gratwanderung zwischen Anspruch und Möglichkeiten, und macht eine pragmatische und nicht dogmatische Vorgehensweise notwendig: immer mit dem hochgesteckten Ziel alle Bereiche langfristig zu „gendern“.

*Doris Hayn/Gudrun Selmann*

*Die Autorinnen sind Mitarbeiterinnen beim Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH*

Weitere Informationen finden Sie unter:  
[www.isoef.de/projekte/nrwgender.htm](http://www.isoef.de/projekte/nrwgender.htm)  
[www.nationalpark-eifel.de/](http://www.nationalpark-eifel.de/)  
<http://www.munlv.nrw.de/>



## Lokale Agenda 21 – Nachhaltige Stadtentwicklung fällt nicht vom Himmel

**Unter Agenda-Aktiven hat es noch nie Zweifel daran gegeben, dass der Begriff Nachhaltigkeit mit der Dimension Umwelt nicht abgedeckt war. Seit dem Erdgipfel in Rio war klar, dass die Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbunden und ineinander verschlungen sind. Der Bereich der sozialen Nachhaltigkeit ist jedoch bisher in vielen Diskussionsprozessen zu kurz gekommen. Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 bietet vielfältige Möglichkeiten, neue Überlegungen zu diesem Bereich von Nachhaltigkeit anzustoßen.**

Einer der nachhaltigsten Impulse sind die Leitbilder, mit denen viele Städte Strategien und Potenziale ihrer Zukunftsplanung in Übereinstimmung bringen wollen. Agenda-Initiativen waren fast überall an der Erarbeitung dieser Leitbilder beteiligt, an einigen Orten wurde der Prozess von ihnen angestoßen. .

### **Gleichstellung von Männern und Frauen**

Einige Städte bekennen sich in ihren Leitbildern zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Dies ist insofern bemerkenswert, als es bisher nicht üblich war, im Ungleichgewicht des Geschlechterverhältnisses einen Hemmschuh für eine zukunftsfähige Entwicklung zu sehen. Familienunterstützende Maßnahmen, z.B. bei der Kinderbetreuung, betrachtete man weniger als Investitionen in die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens denn als Zugeständnis an die Mütter. Bis heute gilt selbst die vielberufene Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf kaum als das Interesse von Männern und Frauen oder gar als Voraussetzung für eine nachhaltige Zukunft, sondern als großzügiges Angebot an Familienfrauen. Sie sollen nicht umsonst viel Geld und Zeit in ihre Berufsausbildung investiert haben.

### **Frauenerwerbstätigkeit im globalen Markt**

In Zeiten der Agenda 2010 zur Reform von Arbeitsmarkt und Sozialsystem zeugt diese Sicht von bemerkenswertem Zaudern, sich mit der Dynamik der industriellen Wirtschaftsweise auseinander zu setzen. Allerorten, z.B. in den Ländern der

EU, gehört die Anhebung der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit zu den vorrangigen Zielen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Verheiratete Frauen erhöhen mit ihrem Verdienst nicht nur das Pro-Kopf-Einkommen und damit das Wohlstandsniveau der Volkswirtschaften. Ihr eigenes Geld senkt die Anforderungen an die Sozialsysteme, und die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder oder auch der EU als Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Weltmarkt steigt. Darüber hinaus schafft die Abwesenheit erwerbstätiger Frauen und Mütter von Heim, Herd und Kinderstube flexible (und niedrig entlohnte) Arbeitsplätze im Privathaushalt, mit deren Hilfe andere Frauen das Einkommen ihrer Ehemänner aufbessern bzw. ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können.

Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit sind damit in einen Bereich vorgedrungen, der von denselben Akteuren im Namen industriewirtschaftlicher Effizienz und hoher Männerlöhne einmal der (verheirateten) Haus- und Familienfrau zugeacht gewesen ist. Als unbezahlte Expertin für Familie und Soziales leistete sie am Rande der Marktgesellschaft umfassende Betreuungs- und Versorgungsarbeit. In Erscheinung trat sie erst, wenn der private Familienunterhalt ausblieb.

### **Familie und Soziales dürfen nichts kosten**

Dank der Mehrfachfunktion der Frauen sind Familie und Soziales auch auf der kommunalen Ebene immer als zweitrangig angesehen worden. Allzu leichtfertig wurde unterstellt, dass Investitionen in den weiblichen Aufgabenbereich unterbleiben konnten, wenn das Geld knapp war. Ohnehin lassen sich soziales Wohlbefinden und Lebensqualität nicht wie diejenigen Funktionen gesellschaftlicher Wohlfahrt quantifizieren, die in ökonomischen und ökologischen Begriffen zum Ausdruck kommen. In der Dreidimensionalität von Nachhaltigkeit ist der Bereich des Sozialen bis in die jüngste Vergangenheit merkwürdig leer geblieben. Mangelerscheinungen, die sich zuerst im lokalen und zwischenmenschlichen Bereich bemerkbar machen, mochte man keineswegs auf die strukturelle Schiefelage des Geschlechterverhältnisses zurück führen.

Die Lücke, die im Schatten der unbeleuchteten Mehrfachfunktion der Frauen

lange keinen öffentlichen Namen besaß, gewinnt jedoch zunehmend Gestalt. ÖkologInnen diagnostizieren eine Krise der Reproduktion, Ökonomen schmieden Begriffe wie Sozial- und Humankapital, Entwicklungspolitiker thematisieren wachsende Frauen- und Kinderarmut, Bevölkerungspolitiker rufen nach Steuerungsinstrumenten für den demographischen Wandel, Stadtsoziologen beklagen Entsolidarisierung und Anonymität, Statistiker zählen immer weniger Köpfe in den Haushalten, Sozialexperten beklagen das Schwinden von sozialem Zusammenhalt.

### **Nachhaltige Familienpolitik**

Erwartungen richten sich u.a. an eine nachhaltige Familienpolitik, und einzelne Kommunen haben bereits Stabsstellen eingerichtet, um wenigstens den Bevölkerungsschwund in Grenzen zu halten. Man sucht nach Mitteln und Wegen, um auch solchen Frauen die Familienrolle wieder näher zu bringen, die mit dem Familienverständnis vergangener Zeiten nichts mehr im Sinn haben. Nach wie vor wenig ausgeprägt ist bisher ein öffentliches Ansinnen an die Männer, eigene Orientierungen zu überdenken oder gar tiefer greifende strukturelle Veränderungen zu Gunsten des Sozialen (z.B. Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeit) in Betracht zu ziehen. Doch viele Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die Bewusstseinslage politischer Akteure zu ändern begonnen hat.

### **Leitbild der Stadt Köln**

Positive Zeichen setzt z.B. das Leitbild der Stadt Köln. Mit seinem Bekenntnis zu sozialer Verantwortung und zur Familienfreundlichkeit möchte es sehr bewusst einen Kontrapunkt zu gesellschaftlichen Trends gesetzt wissen. Das Leitbild betrachtet die Kölner Familien- und Kinderfreundlichkeit als zentrale Standortvorteile in einem immer stärker konkurrierenden Markt. Mit solchen Positionen werden Schnittstellen der Zukunftsfähigkeit sichtbar, die schon immer vorhanden waren, jedoch erst in der jüngsten Vergangenheit Kontur gewinnen.

Es versteht sich fast von selbst, dass bisher auch in Köln vor allem Einrichtungen der sozialen Infrastruktur den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind. Auch dort, wo Kürzungen scheinbar neutral erfolgen und scheinbar alle Gruppen in glei-



cher Weise betroffen sind, erweist sich bei genauerem Hinsehen eine deutliche Schlagseite zu Lasten von Frauen und Kindern. Dies ist z.B. das sehr eindeutige Ergebnis eines gender audit der Sparmaßnahmen gegenüber Volkshochschule und Stadtbibliothek, das vom FrauenForum der KölnAgenda durchgeführt worden ist. Ge-

rade NRO's und die ihnen nahe stehende Forschung haben die Aufgabe, jenseits vertrauter Zuständigkeiten und Abgrenzungen Systemzusammenhänge kenntlich zu machen, die der öffentlichen Diskussion neue Impulse geben. Auf welchen Art sie dies tun können, hängt von den lokalen Gegebenheiten ab. In Köln, z.B., hat

eine kleine Gruppe aus Agenda-Aktiven, Mitarbeitern der Stadtverwaltung und WissenschaftlerInnen mit der Erarbeitung von Indikatoren begonnen, die dazu dienen werden, die Umsetzung des städtischen Leitbilds zu begleiten.

*Elisabeth Stiefel*

*Die Autorin arbeitet und publiziert in Zusammenhängen der Feministischen Ökonomie*

## Fortschrittsbericht mit Rückschritten Berichtsentwurf zur Nachhaltigkeitsstrategie ignoriert Genderaspekte

**In diesen Wochen überarbeitet die Bundesregierung ihren Entwurf des ersten Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. So jedenfalls lautet der Zeitplan, damit im Herbst 2004 der fertige Bericht dem Bundestag und der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann. Doch ist der Berichtsentwurf ein großer Schritt nach vorne? genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit – nimmt Stellung.**

**G**ilt es eigentlich als sehr optimistisch, sich mit der Nachhaltigkeitsstrategie zu befassen? Welchen Anteil an politischen Entscheidungen hat eine solche Strategie in einer Zeit, in der mit heißer Nadel Konzepte für Einsparungen im Sozialbereich gestrickt werden, in der jede Wachstumsprognose den Hauptteil der Nachrichten füllt? In der der einzige der Schlüsselindikatoren für Nachhaltigkeit, der wirklich im Gespräch ist, jener zur Beschreibung des wirtschaftlichen Wohlstandes ist – anhand der Entwicklung des Bruttosozialprodukts?

Doch auf der anderen Seite: Brauchen wir nicht doch eine über der alltäglichen Politik stehende Strategie, war dies nicht eine der zentralen Forderungen von Umwelt- und Entwicklungsverbänden und auch der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung? Wäre es nicht unverantwortlich, die Hoffnung aufzugeben und nicht immer wieder dafür zu kämpfen, dass Nachhaltigkeit als roter Faden auch der aktuellen (Reform)Politik erkennbar wird? Dies bedeutet auch, sich für die Strategie selbst einzusetzen und dafür,

dass sie weiterentwickelt wird im Hinblick darauf, ökonomische und ökologische und soziale Ziele zu erreichen. Heiße Nadeln und scheinbar unaufschiebbare finanzpolitische Notwendigkeiten sind schlechte Ratgeber, wenn Nachhaltigkeit gestaltet werden soll. Vielmehr geht es „um einen grundlegenden Perspektivenwechsel und einen erweiterten Blick. Eine Gesellschaft, in der Versorgungs- und Erwerbsarbeit und folglich Einkommen, Zeitbudgets, Entscheidungsbefugnisse und Machtverhältnisse, Verantwortlichkeiten und Lebenschancen geschlechtsspezifisch ungleich verteilt sind, kann keine nachhaltige Gesellschaft sein.“<sup>1</sup>

### **Strategie als gesellschaftlicher Prozess: Akteure ja, explizite Genderexpertise nein**

Seitdem im Jahr 2002 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) erstellt wurde, will die Bundesregierung alle zwei Jahre über die Umsetzung der Nachhaltigkeits-Ziele Rechenschaft ablegen. Dabei soll auch die Strategie selbst überprüft und weiterentwickelt werden. Seit Beginn dieses Jahres ist „die Öffentlichkeit“ einbezogen: In einer ersten Konsultationsphase war ein Konsultationspapier über die „neuen“ Schwerpunkte vorgestellt worden, „gesellschaftliche Akteure“ waren in den Konsultationsprozess einbezogen, zu Kanzleramtsrunden und Konferenzen eingeladen. Internet-Chats waren um Teilnahme, Stellungnahmen konnten eingereicht werden. Seit die Bundesregierung im Frühsommer ihren Entwurf des Fortschrittsberichts vorgestellt hat, läuft nun eine zweite Konsultationsphase. Jedoch: GenderexpertInnen und -organisationen waren sowohl in den Dialog-

phasen zur Formulierung und Konkretisierung der NHS wie auch zum Fortschrittsbericht der NHS eher zufällig involviert und nicht dezidiert als solche zu den Gesprächen im Bundeskanzleramt eingeladen.

Zwar ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung ihre Politik unter Nachhaltigkeitsaspekten bilanziert, aus der Genderperspektive besteht jedoch erheblicher Verbesserungsbedarf. Die Bundesregierung kommt im jetzt vorliegenden Entwurf dem eigenen Anspruch, die Gleichstellung von Frauen und Männern bei allen politischen Maßnahmen zu fördern, nicht nach. Entsprechend dem Grundsatz des Gender Mainstreaming müsste viel konsequenter für alle Kapitel des Berichts geprüft werden, ob und in wie weit Frauen und Männer aufgrund ihrer sozialen Rollen unterschiedlich von politischen Planungen betroffen sind bzw. welche Auswirkungen die entsprechenden Entscheidungen auf die Geschlechterverhältnisse haben. Doch der Entwurf enthält lediglich sehr vereinzelte Hinweise auf Geschlechterbezüge.

Um nicht nur auf Leerstellen in der bisherigen Nachhaltigkeitsstrategie hinzuweisen, sondern auch Eckpunkte einer geschlechtergerechten Strategie zu formulieren, hatte genanet, z.T. in Kooperation mit der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung, zu Beginn des Konsultationsprozesses zwölf Positionspapiere verfasst, die die einzelnen Themenfelder der NHS aus der Geschlechterperspektive unter die Lupe nehmen:

([www.genanet.de/20.0.html#240](http://www.genanet.de/20.0.html#240)). Außerdem befasste sich eine von genanet organisierte Tagung im Februar 2004 mit den „neuen“ Schwerpunktthemen der





Strategie. Auch von Seiten des BMU wurde im Konsultationsprozess kritisch auf die bisher mangelhafte Reflexion der Geschlechterverhältnisse hingewiesen und deren dringende Berücksichtigung eingefordert.

### **Genderperspektive: Ein Beitrag zu mehr Querschnittsorientierung und Verknüpfung der drei Nachhaltigkeitssäulen**

Die Perspektive der Geschlechterverhältnisse kann einen sinnvollen Beitrag leisten, um die Bezüge zwischen den einzelnen Themenfeldern herauszuarbeiten. Denn trotz des Eingangs in der Strategie erwähnten Anspruchs der Bundesregierung, ökonomische, ökologische und soziale Belange der Nachhaltigkeit integriert zu behandeln, ist dies in der NHS selbst und im Fortschrittsbericht an zentralen Stellen nicht erreicht. Als eines der aufgestellten 21 Ziele und Schlüsselindikatoren orientiert sich der Indikator zur Beschreibung des wirtschaftlichen Wohlstandes nicht an den ökologischen und sozialen Belangen der Nachhaltigkeit und steht so einer nachhaltigen Entwicklung entgegen, um nur ein Beispiel zu nennen. Bisher stehen viele Themen unverbunden nebeneinander, z.B. korrespondieren die Ziele beim Thema Flächeninanspruchnahme nicht mit einer entsprechenden Verkehrspolitik im Bereich Mobilität, die es ermöglichen würde, die Flächenziele auch zu erreichen. Eine weiterentwickelte Nachhaltigkeitsstrategie, die querschnittsorientiert auf die Geschlechterverhältnisse fokussiert, würde andere Fragestellungen und Perspektiven ins Blickfeld rücken, die für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind, bislang aber nicht oder nur am Rande beachtet werden.

### **Indikatoren und Ziele: Handlungsbedarf aus Sicht der Geschlechtergerechtigkeit**

Dass die Einkommensverhältnisse als Prüfkategorie herangezogen werden, um die Fortschritte in der Gleichberechtigung zu prüfen, ist ein notwendiger, aber nicht ausreichender Schritt. Zwar werden beispielhaft eine Reihe struktureller Gründe für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aufgeführt, die grundsätzliche Misere der geschlechterhierarchischen Aufgabenteilung wird dabei jedoch nicht angesprochen. Drin-

gen müssten jedoch die (meist) weiblichen Lebensrealitäten, die häufig vorsorge- und fürsorgeorientiert sind und maßgeblich zur Aufrechterhaltung gesellschaftlichen Lebens und Wirtschaftens beitragen, gleichberechtigt in die NHS einbezogen werden. Nicht nur die Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit gilt es zu fördern, sondern auch die Teilhabe von Männern an den außerhalb der Erwerbsarbeit zu leistenden Tätigkeiten. Nur so rückt „das Ganze der Arbeit“ in den Blick und kann unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten adäquat bewertet werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist z.B. eine Erhöhung der Erwerbsarbeitszeit strikt abzulehnen.

### **Geschlechterbezüge in die Bilanz! Drei Themenbeispiele**

Der oft „genderblinde“ Blick im Fortschrittsbericht ist beim Thema Demographischer Wandel besonders auffällig. Wie selbstverständlich orientiert sich die Beschreibung der Ausgangslage an der männlichen Normal-Erwerbsbiographie. Hingegen sind vor allem Frauen schon lange mit dem Problem konfrontiert, dass ihre äußerst flexiblen und heterogenen Biographien, die eine Mischung von Erwerbsarbeit und „lebensphasenspezifischen Aufgaben“ beinhalten, eben nicht unterstützt werden – was sich u.a. in ihren geringen Renten niederschlägt.

Aber auch die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern im ländlichen Raum wird nicht berücksichtigt. Das Potenzial nachhaltiger Landwirtschaft wird nur aus der Sicht der „Einkommensalternativen“ genderorientiert gesehen, indem in den Branchen Tourismus, alternative Energien und Produktion und Vermarktung regionaler Spezialitäten Frauen Arbeitsplatzchancen geboten würden. Tatsächlich existieren diese Chancen bislang kaum, und diesbezügliche Ansätze verharren meist in konventionellen Rollenmustern, innerhalb derer Arbeitsplätze für Frauen eher als „Nischen“ und Zusatzverdienstmöglichkeiten angesehen werden. Für die Fortführung der NHS wäre es darüber hinaus dringend erforderlich, die gesamte Agrar- und Ernährungspolitik bzw. Ernährungswirtschaft genderspezifisch zu analysieren, da Frauen und Männer in der Landwirtschaft als Resultat gesellschaftlicher Arbeits- und Ressourcen(zu)teilung noch immer sehr unter-

schiedlich bewertete Aufgaben wahrnehmen.

Im Bereich Energie/Klimaschutz formuliert die NHS zwei Ansatzpunkte: Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien. Beide Bereiche werden im Fortschrittsbericht ausschließlich von ihrer technischen Seite betrachtet, einzig der Hinweis auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Ausbau Erneuerbarer deutet darauf hin, dass es dabei auch einen sozialen Faktor gibt. Aufgrund der hohen Genderrelevanz dieses Faktors sollte im Fortschrittsbericht klar herausgestellt werden, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien sozial gerecht gestaltet wird, d.h. dass flankierende Maßnahmen durchgeführt werden, die den Anteil von Frauen in diesem Bereich langfristig erhöhen, dass aber auch kurzfristig gezielt Frauen in alle Entscheidungen zum Ausbau Erneuerbarer einbezogen werden.

Die endgültige Fassung des Fortschrittsberichts steht (vielleicht) noch nicht. Noch könnten Änderungen aufgenommen werden, und spätestens im Fortschrittsbericht 2006 sollte es an der Zeit sein, die Genderdimension bei der Überprüfung aller inhaltlichen Schwerpunkte zu integrieren. Um dies innerhalb der kommenden Berichtsperiode zu erreichen, wäre es hilfreich, anhand von Leit-Projekten zu verdeutlichen, welche (anderen) Fragestellungen mit der Genderperspektive ins Blickfeld rücken, und wie die Genderperspektive bisher getrennte Themenbereiche verknüpft. In der Hoffnung und mit dem Ziel, nicht nur Geschlechter-, sondern auch soziale-, Umwelt-, Generationen- und Nord-Süd-Gerechtigkeit grundsätzlich in die Strategie zu integrieren und vor allem den Einfluss auf die tägliche Politik zu vergrößern. Nur so kann auch die Glaubwürdigkeit der Nachhaltigkeits-Botschaft erhöht werden.

Anja Becker

*Die Autorin ist Mitarbeiterin von genanet - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, LIFE e.V.*

*Die Stellungnahme sowie weitere Informationen zur Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive finden Sie unter: [www.genanet.de/20.0.html#341](http://www.genanet.de/20.0.html#341)*

<sup>1</sup> Hofmeister, Sabine; Weller, Ines (2004): Nationale Nachhaltigkeitsstrategien - „blinde Flecken“ aus und für Genderperspektiven. In: Biesecker, Adelheid; Elsner, Wolfram; Grenzdörffer, Klaus (Hrsg.): Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie. Bremen.



## Erneuerbare Energien und Gender Möglicher Beitrag zur Armutsbekämpfung

**Energie stellt eine Möglichkeit dar, Menschen aus der Armut zu herauszuholen: durch die Erhöhung ihres verfügbaren Einkommens, durch Steigerung der Energieeffizienz in Kleinstunternehmen oder dadurch, dass Energie neue unternehmerische Möglichkeiten eröffnet. Anders gesagt sind erneuerbare Energien das Herz eines Auswegs aus der Armut. Aber profitieren Männer und Frauen gleichermaßen von den Vorteilen?**

Sowohl Männer als auch Frauen beschäftigen sich mit produktiven Tätigkeiten, die den Einsatz von Energie erfordern. Die Hauptlast der Energiebeschaffung für den Haushalt liegt normalerweise bei den Frauen. Der Zugang zu modernen Energieträgern, wie saubere Brennstoffe oder und Elektrizität, betrifft sowohl Männer als auch Frauen - allerdings auf unterschiedliche Art und Weise und auch abhängig von den Energiearten, die sie am häufigsten nutzen. Trotzdem beruhen die meisten energiepolitischen Diskussionen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu Energiepreisen, Energiepolitik für den ländlichen Raum oder Energietechnologie auf einem genderneutralen, oder wie manche sagen würden, einem gender-blinden Ansatz, in dem Sinne, dass Energiepolitik weiterhin nicht die unterschiedlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten von Frauen und Männern anerkennt.

### **Männer und Frauen profitieren unterschiedlich**

Energietechnologien haben das Potenzial schwere Arbeit erträglicher zu machen, Freizeit zu schaffen und die Produktivität zu steigern. Diese Tatsache ist allgemein bekannt. Sie gilt im besonderen für Technologien, die auf erneuerbaren Energien basieren, die im ländlichen Süden im Überfluss vorhanden sind. Aber die Vorteile der Energieversorgung sind nicht automatisch gleichmäßig verteilt. Zum Beispiel erfüllen Solar Home Systems zwar sehr gut die männlichen Bedürfnisse nach Unterhaltung (z.B. Fernsehen) aber überhaupt nicht die Anforderungen der Frauen beim Kochen. Männer und Frauen profitieren vom Zugang zu Energie durch vermehrte Nahrungsmittelprodukti-

on, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, und sauberes Wasser; alles Faktoren, die langfristig zur Armutsbekämpfung und der Reduzierung von Hunger beitragen. Für Frauen und Mädchen entstehen voraussichtlich zusätzliche Vorteile - durch Arbeits- und Zeitersparnis beim Wasserholen und Feuerholzsammeln oder durch verbesserte Gesundheitsbedingungen, vor allem durch die Verwendung sauberer Brennstoffe.

Ein großer Teil der Diskussion um "Gender und Energie" scheint sich auf "Frauen und Energie" zu konzentrieren. Warum ist das so? Von den 1,3 Mrd. Menschen, die in Armut leben sind 70% Frauen; ungefähr ein Drittel der ländlichen Haushalte haben weibliche Haushaltsvorstände. Viele dieser Frauen sind stärker benachteiligt als Männer in ähnlichen Umständen. So ist z.B. der Zugang zu und die Kontrolle von Ressourcen wie Land, Geld und Darlehen für Frauen wesentlich eingeschränkter als für Männer.

### **Gender-Analyse**

Wenn Sektor der erneuerbaren Energien zur Entwicklung beitragen will, muss er eine ganzheitliche Sichtweise einnehmen. Ein guter Anfang wäre die Verwendung von Gender-Analysen, um ein Verständnis für die Energiebedürfnisse und die Zusammenhänge, in denen sie vorkommen, zu erreichen. Gender-Analyse bedeutet besser zu verstehen, wie Gesellschaften aus der Perspektive des Verhältnisses zwischen Männern und Frauen funktionieren. Gender-Interessen sind nicht immer offensichtlich. Das gleiche gilt für mögliche Einflüsse von Energie-Projekten. Manchmal finden völlig unpassende Eingriffe/Interventionen statt, die auf falschen Voraussetzungen basieren. Die Ergebnisse von Gender-Analysen können genutzt werden, um Lösungen mit den Gemeinschaften selber zu entwickeln. Durch das Einbeziehen von Gender-Fragen können nachhaltigere Lösungen gefunden werden. In diesem Zusammenhang ist das Sammeln von geschlechterdifferenzierten statistischen Daten dringend notwendig.

### **Erneuerbare Energie ermöglicht Entwicklung**

Moderne Energieformen werden als notwendiger (wenn auch nicht einziger) Input für eine wirtschaftliche Entwicklung

und die Beseitigung von Armut angesehen. Besonders nötig ist es, die menschliche Arbeitskraft zu ersetzen, um einen großen Teil der schweren Arbeit zu verringern und das Wohlbefinden zu erhöhen. Energie kann wie schon gesagt Menschen aus der Armut helfen. Dabei müssen aber die besonderen Herausforderungen erkannt werden, denen sich Frauen im Vergleich zu Männern stellen müssen: dem fehlenden Zugang zu Krediten und dem eingeschränkten Wissen über (und damit Vertrauen zu) neuen Technologien.

### **Die Last der Frauen erleichtern**

Diskussionen zu Haushaltsenergie konzentrieren sich meist auf Frauen, da diese normalerweise für die Versorgung des Haushalts mit Energie zuständig sind.

Frauen tragen in physischer und metaphorischer Sicht die Last der Energieversorgung. In ländlichen Gebieten kann das bedeuten, dass sie mehrere Stunden am Tag Feuerholz sammeln - manchmal 20 Kg oder mehr. In Städten müssen die Frauen mit einem sehr kleinen Haushaltseinkommen jonglieren, um Holzkohle oder andere Brennstoffe zu kaufen. Viele ihrer Aufgaben sind sehr anspruchsvoll, was menschliche Energie und Zeit angeht. Dies beeinträchtigt die Gesundheit von Frauen im Vergleich zu Männern disproportional. Zum Beispiel ist das erhöhte Vorkommen von Lungen- und Augenkrankheiten bei Frauen im Vergleich zu Männern auf die längere Zeit zurückzuführen, die Frauen dem Rauch in der Küche ausgesetzt sind.

Es gibt viele Formen von (auch erneuerbaren) Energien, die dazu beitragen können die schwere körperliche Arbeit zu verringern, die mit diesen täglichen Hausarbeiten verbunden ist. Eine ganze Reihe von Aufgaben, wie z.B. das Zerkleinern von Hackfrüchten, könnten sehr viel leichter mit Hilfe von Maschinen erledigt werden, die von Dieselmotoren angetrieben werden. Daher muss die erneuerbare-Energien-Community mehr auf die Förderung von Bio-Treibstoffen wie Biogas und Pflanzenöl als Ersatz für herkömmlichen Dieselmotoren achten. Der ganze Themenkomplex, Zeit- und Kraftsparen für Frauen, erhält bisher scheinbar nicht die Aufmerksamkeit, die er verdient.

Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten mit modernen Energieträgern zu



kochen, jede mit ihren eigenen Vor- und Nachteilen. Erneuerbare Energie-Technologien (EE-Technologien) müssen in den Wettbewerb treten mit Biomasse, die gesammelt wird, ohne dass Kosten entstehen, oder mit Brennstoffen auf Erdölbasis, die den Vorteil haben, dass sie über gut etablierte Verteilungswege vertrieben und gekauft werden können.

Die Nutzung von Elektrizität z.B. ist nicht unbedingt die preiswerteste Art zu kochen, aber viele Köchinnen schätzen die Sauberkeit dieser Form von Energie. Sogenannte „solar home systems“ können allerdings zum Kochen nicht verwendet werden, da ihr Output zu niedrig ist. Interessanterweise scheint es Unterschiede geben, wie und warum Männer und Frauen Elektrizität schätzen. Eine Untersuchung über den Einfluss von Kleinwasserkraftwerken in Sri Lanka ergab, dass Männer in dem untersuchten Gebiet vor allem Vorteile in den Bereichen Freizeit, Lebensqualität und Bildung für ihre Kinder sahen, während Frauen die Elektrizität als eine Möglichkeit betrachteten, ihre Arbeitslast zu verringern, die Gesundheit zu verbessern und Ausgaben zu minimieren.

Der Gebrauch eines Solarkochers allerdings erfordert eine Änderung der Koch- und Sozialgewohnheiten, die unter Umständen schwer zu erreichen und zu erhalten ist. Biogas ist kontrollierbar und sauber. Die Kosten für den Konverter und die Anzahl der Tiere, die für die Gasproduktion nötig sind, liegen aber normalerweise jenseits von Haushalten mit niedrigem Einkommen. Das Heranschaffen des zusätzlich benötigten Wassers trägt beachtlich zur (vermehrten) Arbeitsbelastung der Frauen bei. Biomasse wird auf absehbare Zeit der einzige Brennstoff sein, der vielen Haushalten zur Verfügung steht. Daher ist es notwendig, effizientere Holz- und Holzkohleöfen zu produzieren, die auch modernen Sicherheitsstandards entsprechen (Rauch bei Holz und Kohlenmonoxid bei Holzkohle).

Alle Energieträger haben ihre begeisterten Anhänger und Kritiker. Dennoch sollten sich Lösungen, die Menschen aus der Armut helfen sollen, nicht auf Argu-

mente von Technokraten darüber konzentrieren, welche Technologie die beste für den Endverbraucher ist. Sie sollten Frauen die Entscheidung ermöglichen, welche Optionen ihren Bedürfnissen gerecht werden.

### Energie für Kleinstunternehmen

Zugang zu einem Einkommen ist ein Hauptgedanke von Strategien, die Menschen aus der Armut holen sollen. Die Rolle von Energie als Input-Faktor in die Nachhaltigkeit von kleinen Unternehmen ist bisher kaum untersucht worden. Manche Kleinstunternehmen von Frauen, die z.B. Lebensmittel verarbeiten verwenden gekaufte Brennstoffe wie Biomasse oder Öl. Wenn sie sehr brennstoffintensiv arbeiten, hängen ihre Entwicklungsfähigkeit und ihre Kosten sehr stark von der Verfügbarkeit und den Preise dieser Energieträger ab. Es wird geschätzt, dass die Energiekosten 20-25% des gesamten Inputs eines solchen Unternehmens betragen. Das würde bedeuten, dass technologische Neuerungen Energiekosten reduzieren helfen könnten. Unternehmerinnen wollen Technologien, die ihr Einkommen ebenso verbessern wie die Entwicklungsfähigkeit ihrer Unternehmen.

### Energie finanzieren

Um ein Unternehmen zu gründen oder ein bestehendes zu vergrößern und zu modernisieren braucht man Kapital. Frauen sehen sich bei der Kapitalbeschaffung Problemen gegenüber, die Männer nicht haben. Eine Möglichkeit sind traditionelle Sparvereine von Frauen. Dort könnten sie in einem Rotationsprinzip Geld aus einem Topf heraus nehmen, um EE-Technologien zu kaufen. Dies kann zu einer Solidarität unter den Frauen führen, die durch soziale Kontrolle verhindert, dass Männer sich die Darlehen aneignen. Spezialisierte Spargruppen hätten auch den Vorteil, zur einer Bewusstseinsweiterung beitragen zu können und Frauen zu befähigen, Möglichkeiten von EE-Technologien weitergehend zu nutzen.

### Frauen im Energiesektor

Frauen haben durch Nutzung von Technologien eine Menge Wissen und Erfahrungen angesammelt; mit dem klaren Be-

wusstsein dafür, was ihre Bedürfnisse erfüllt. Wenn man sich auf die Erfahrungen von Frauen bezieht und mit ihnen partnerschaftlich zusammenarbeitet um EE-Technologien zu entwickeln, wird man Ergebnisse erzielen, die einen nachhaltigen Nutzen haben. Gleichzeitig kann man so einen wachstumsfähigen Markt schaffen, da diese Technologien die Bedürfnisse der Nutzerinnen erfüllen, die dann bereit sind, ihr knappes Geld dafür auszugeben. Eine Frau kann unter Umständen viel effektiver an andere Frauen verkaufen, der Zugang zu potentiellen Kundinnen wird nicht durch soziale Zwänge verhindert.

### Bisher Gelerntes

Erneuerbare Energie kann eine wichtige Rolle beim Zugang zu modernen Energiedienstleistungen spielen, die u.a. Frauen von Hausarbeiten befreien, Weiterbildung und lesen erleichtern, den Zugang zu Medien und Kommunikation in Schulen und zu Hause ermöglichen, den Einfluss der Luftverschmutzung in Räumen auf Frauen reduzieren oder einkommensgenerierende Tätigkeiten ermöglichen. All diese Aktivitäten tragen zu mehr Gender-Gerechtigkeit bei.

Das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele wird nicht ohne Energie-Input stattfinden. Erneuerbare Energien werden hier zum Vorteil von Frauen und Männern eine wichtige Rolle spielen. Dennoch können Frauen potenziell mehr von dem verstärkten Energieinput profitieren als Männer, da ihre Arbeit leichter und weniger zeitaufwändig wird.

Monika Brinkmüller

*Dieser Artikel ist eine fokussierte Zusammenfassung des englischsprachigen Thematischen Hintergrundpapiers für die Internationale Konferenz zu Erneuerbaren Energien, von Joy Clancy, Sheila Oparaocha and Ulrike Röhr. Zusammenfassung: Monika Brinkmüller, Mitarbeiterin des Forums Umwelt & Entwicklung*

<sup>1</sup> Der Begriff „Gender“ wird anstelle von „Geschlecht“ absichtlich benutzt. Der Begriff „gender“ bezieht sich mehr auf die sozial konstruierten sozialen Rollen von Frauen und Männern als auf die biologisch determinierten Unterschiede.





## Auf dem Weg in eine giftfreie Zukunft? Chemikalien belasten Frauen und Männer unterschiedlich

**Die EU überarbeitet zur Zeit ihr Chemikalienrecht. Dadurch ergibt sich eine gute Chance, auf Regeln hinzuarbeiten, die in eine giftfreie Zukunft führen. Das neue Regelwerk soll bessere Regulierung ermöglichen und höhere Sicherheit von Chemikalien gewährleisten. Das Frauennetzwerk WECF beschäftigt sich intensiv mit diesem Thema, da Frauen auf besondere Art und Weise von giftigen Chemikalien betroffen sind.**

**W**ir leben in einer Gesellschaft, die von abertausenden, vom Menschen hergestellten Chemikalien überschwemmt ist. 1981 waren über 100.000 Chemikalien in der Europäischen Liste existierender chemischer Stoffe registriert. Eine große Zahl dieser Chemikalien ist dafür bekannt oder steht im Verdacht, umwelt- oder gesundheitsschädlich zu sein. Da diese Stoffe in vielen alltäglichen Produkten verwendet werden (Möbel, Teppiche, Spielwaren, Kleidung, Textilien, Kosmetik, Pharmazeutika, Baumaterialien, Computer, Fernseher, Lebensmittel, usw.), sind sie in der Umwelt allgegenwärtig und manche von ihnen reichern sich im menschlichen Körper an.

### Warum ist zivilgesellschaftliches Engagement so wichtig?

- Als Europäische Bürger, haben wir alle das Recht, mehr über den „Cocktail“ giftiger Chemikalien zu wissen, dem wir ausgesetzt sind und welche potentiellen Auswirkungen er auf die Gesundheit haben kann.
- Wir haben ein Recht auf Gesundheit und eine gesunde Umwelt.
- Die derzeit laufende Revision der EU-Chemikalien-Politik (REACH - Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals - Anmeldung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien) gibt uns die Möglichkeit, Europa für uns und die nachfolgenden Generationen sicherer zu machen.
- Derzeit fehlt der Schutz für besonders gefährdete Gruppen, wie Frauen und Kinder.

### Women In Europe for a Common Future (WECF)

WECF ist ein gesamteuropäisches Netzwerk von Frauen die gemeinsam zum Thema Gesundheit und Entwicklung arbeiten. Das Netzwerk umfasst Frauen aus den verschiedensten Disziplinen, wie z.B. Medizinerinnen, Wissenschaftlerinnen, Umweltschützerinnen, Lehrerinnen usw. Wir sind sehr beunruhigt über die unkontrollierbaren Risiken, die durch die heutigen Produktionsabläufe und die Benutzung von Chemikalien entstehen. Die bei



uns allen angestiegene Körperbelastung mit toxischen Chemikalien stellt eine reale Bedrohung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen dar.

Unser besonderes Augenmerk gilt jedoch der potentiellen Gefahr, dass solche Chemikalien den Hormonhaushalt, das zentrale Nervensystem und das Immunsystem von Frauen und Männern stören und der Bedeutung dieser Chemikalien für das Überleben zukünftiger Generationen.

### Ein paar Beispiele

Die Liste der bedenklichen Chemikalien und der Produkte, in denen sie gefunden werden, ist viel zu lang um in einem kurzen Artikel aufgeführt zu werden. Trotzdem lohnt es sich, einige besonders bedenkliche zu nennen. Zum Beispiel wird synthetischer Moschus mit Krebs und Entwicklungsstörungen bei Kindern in Zusammenhang gebracht<sup>1</sup>. Dieser Stoff findet Verwendung in Seifen, Deodorants, Body Lotions, Parfüms usw. Bromierte Flammschutzmittel können das Nerven-

und Immunsystem angreifen und Krebs verursachen.<sup>2</sup> Diese Flammschutzmittel werden in Computern, Kaffeemaschinen oder Fernsehgeräten verwendet. Phthalate, eine große Gruppe synthetischer Chemikalien, die mit sinkender Fertilität und reproduktiven Defekten in Verbindung gebracht werden, werden in vielen Kosmetika wie Parfüms, Haarspray, Nagellack und anderen Produktarten, wie z.B. Kinderspielzeug verwendet.<sup>3</sup>

### Kinder sind keine kleinen Erwachsenen

Kinder sind durch die nachteilige gesundheitliche Wirkung vieler giftiger Chemikalien am meisten gefährdet. Bei sich entwickelnden Föten und sehr kleinen Kindern besteht besonders die Gefahr von Entwicklungsstörungen, wenn sie den Chemikalien früh ausgesetzt werden.

Schwangere Frauen sind deshalb ein besonders wichtiges Anliegen, da die sichere Entwicklung des Fötus (in seiner empfindlichsten Phase) gefährdet ist, wenn die Körperbelastung einer Frau zu hoch ist. Aktuelle Studien der medizinischen Universitäten Amsterdam, Groningen und Leiden in

den Niederlanden zeigen, dass in den Niederlanden jedes Jahr 10.000 bis 20.000 Kinder (das sind 5-10% der gesamten Geburten pro Jahr) aufgrund hoher Belastungen während der pränatalen Entwicklung mit einem so hohen Level an toxischen Chemikalien geboren werden, dass die akzeptablen Sicherheitsstandards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) überschritten werden. Es besteht das große Risiko, dass sie unter nachteiligen Folgen für die geistige oder körperliche Gesundheit leiden werden. Diese Studien deuten ebenfalls an, dass als Folge daraus das allgemeine Intelligenzlevel sinkt.

### Toxische Chemikalien wirken bei Frauen anders als bei Männern

Aufgrund ihrer unterschiedlichen physiologischen Charakteristika, wirken toxische Chemikalien bei Frauen und Männern unterschiedlich. Frauen neigen dazu, mehr Fett im Körper zu lagern und manche Chemikalien lagern sich im Fettgewebe ab. Frauen haben andere Ent-



wicklungsphasen und Ausscheidungsprozesse. Frauen geben auch die angelagerte ‚Körperbelastung‘ an ihre Nachkommen weiter.

Es ist nachgewiesen, dass der Anstieg von Krankheiten wie Brustkrebs und Endometriose in den letzten 40 Jahren mit hohen Chemikalienbelastungen in Verbindung steht. Ermittelte Risikofaktoren wie Alterung, frühe Menarche, späte Menopause, späte Geburten, erbliche Faktoren und der Einfluss ionisierter Strahlung können nur 25-50% der Brustkrebsfälle erklären. Es bleiben die anderen 50-75% der Fälle, die keine bekannte Ursache haben. Verschiedene Chemikalien, denen wir derzeit im täglichen Leben ausgesetzt sind, sind als Karzinogene bekannt und werden mit der Schwächung des Immunsystems in Verbindung gebracht.

Männer sind ebenfalls auf eine bestimmte Art und Weise betroffen. Es gibt immer mehr Beweise, dass die steigende Hypospadie-Rate (eine angeborene Fehlbildung der Harnröhre), Hodenkrebs und sinkende Spermienzahlen mit dem hohen Anteil synthetischer Chemikalien im Körper zusammenhängen. Dies gilt besonders, wenn Föten giftigen Chemikalien ausgesetzt werden.

### Ein weltweites Experiment

Wir alle sind also einer großen Vielzahl verschiedener gefährlicher Chemikalien ausgesetzt, einem „Chemiecocktail“ des täglichen Lebens. Wir begegnen ihnen in unserem Essen, in unserem Zuhause und bei der Arbeit und in Produkten und Artikeln, die wir benutzen. Wie genau diese Chemikalien untereinander und mit unseren Körpern reagieren ist bisher noch unklar. Unglücklicherweise ignorieren Sicherheitsstandards normalerweise diese Mehrfachbelastungen ebenso wie bereits existierende Körperbelastungen. Wie es der Vorsitzende der britischen Royal Commission on Environmental Pollution ausdrückte, als er eine aktuelle Studie zu Chemikalien in Produkten herausgab: „Wir alle sind Versuchskaninchen in einem weltweiten Experiment“.<sup>4</sup>

### Was fordern wir von Politikern?

□ dass sie die Chemikalienpolitik stärken und den vollständigen Schutz gefährdeter Gruppen sicherstellen, so dass unsere Kinder frei von giftigen Chemikalien geboren werden können.

- dass sie den Schutz der Gesundheit der Menschen an die Spitze ihrer Prioritätenliste setzten – noch vor die Sorge um die Profite der Industrie;
- dass sie die Substituierung gefährlicher Chemikalien mit sichereren Alternativen durchsetzen;
- dass sie für importierte Produkte die gleichen Standards fordern, wie für in Europa hergestellte;
- dass sie ausreichend Informationen zu Chemikalien öffentlich zugänglich machen, so dass Händler und Konsumenten herausfinden können, welche Chemikalien in den Produkten enthalten sind, die sie erwerben, damit sie so ihre eigenes Urteil bezüglich der Risiken fällen können

### Mehr Vorbeugung

Familien können ihre Kinder nur in Maßen beschützen und das auch nur, wenn den Eltern genügend Informationen zur Verfügung stehen um bewusste Entscheidungen zu treffen. Aber den Kontakt mit giftigen Chemikalien durch unsere Luft, unser Wasser, den Boden und Haushaltsgüter haben wir nicht vollständig unter Kontrolle. Daher müssen unsere Politiker sicherstellen, dass die Industrie die denkbar sichersten Alternativen zur Verfügung stellt.

Wie viele Kinder werden durch giftige Chemikalien so subtil beeinträchtigt, dass es schwierig ist, eine bestimmte Quelle auszumachen. Wie können wir Kinder beschützen, wenn sie mehreren unbekanntem Quellen ausgesetzt sind? Was wir brauchen ist ein vorbeugender Ansatz im Chemikalienmanagement.

### Kosten einer Reform der Chemikalienpolitik

Die Vorteile einer Reform der Chemikalienpolitik überragen ihre Kosten bei weitem. Verschiedene Stakeholder und die Europäische Kommission haben die direkten Kosten berechnet und obwohl sie zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, kommen sie alle auf ein Maximum von 9,3% des jährlichen Umsatzes der Chemieindustrie. Diese Summe wird durch die Einsparungen in anderen Bereichen wie Gesundheit und Umwelt mehr als ausgeglichen.<sup>5</sup>

Anstatt weiter die Auswirkungen einer solchen Politik auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und deren Gewinne zu

untersuchen, fordern wir die Politiker auf, Studien über die lang- und kurzfristigen Folgen anzufordern, die eine solchen Politik oder ihr Fehlens auf die menschliche Gesundheit hat.

Die europäische Chemieindustrie kann den Weg in Richtung Nachhaltigkeit anführen. Sie sollte in der Lage sein, die Sicherheit ihrer Produkte nachzuweisen, andernfalls sollten diese Produkte nicht auf den Markt kommen. So einfach ist das. Anstatt sich gegen REACH aufzulehnen, sollte die Chemieindustrie die neue Gesetzgebung akzeptieren. Dies könnte auch das schlechte Image verbessern, das dieser Industriezweig zur Zeit bei der Europäischen Bevölkerung hat. Studien haben gezeigt, dass diejenigen, die Vorreiter auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit sind, oft auch diejenigen sind, die auf lange dieser Rolle profitieren.

### Mitmachen...

WECF arbeitet gemeinsam mit einem großen Netzwerk von Umwelt- und Gesundheitsexperten für eine neue und stärkere EU-Chemikalienpolitik. Die EU überarbeitet zur Zeit ihr Chemikalienrecht und gibt uns eine Riesenchance, auf Regeln hinzuarbeiten, die uns einen Schritt weiter in Richtung einer giftfreien Zukunft bringen. Wir wollen, dass die Verschmutzung unserer Körper und unserer Umwelt aufhört. Wir bitten euch, mitzumachen und euch für eine starke Chemikalienpolitik einzusetzen.

Sylvia Altamira

*Die Autorin ist Netzwerk-Koordinatorin bei WECF. Übersetzung des englischen Artikels: Monika Brinkmöller*

*Mehr Informationen zu REACH oder den Aktivitäten von WECF bezüglich Chemikalien unter [wecf@wecf.org](mailto:wecf@wecf.org) oder bei unsere Büro in München: [Sonja@wecf.org](mailto:Sonja@wecf.org)*

<sup>1</sup> Dorey CN, *Chemical legacy*, 2003, Bericht für Greenpeace UK

<sup>2</sup> *ibid.*

<sup>3</sup> Mehr Informationen über gefährliche Chemikalien gibte es unter [www.wecf.org](http://www.wecf.org) / [www.wen.org.uk](http://www.wen.org.uk) / [www.beuc.org](http://www.beuc.org). In der Geschäftsstelle des WECF gibt es eine Liste der Organisationen, die sich mit dem Thema befassen.

<sup>4</sup> Im Juni 2003 veröffentlichte die British Royal Commission for the Environment einen Bericht, in dem Sir Tom Blundell die Art und Weise, wie wir in unserer Gesellschaft mit Chemikalien umgehen als ein „riesiges Experiment“ und „vollkommen unakzeptabel“ bezeichnete.

<sup>5</sup> Fact sheet 1:04, International Chemical Secretariat, [www.chemsec.org](http://www.chemsec.org), Februar 2004



## Schauplatz Honduras

### Land in Sicht für die Frauen vom „CURLA-Fall“

**Zweimal haben die Bäuerinnen des CURLA-Falles in Honduras eine juristische Absage auf ihre Forderungen nach Landbesitz erhalten. Gleich mehrere Male sind sie vertrieben, unter Druck gesetzt, körperlich bedroht, eingeschüchtert oder beleidigt worden. Sie haben trotzdem weitergemacht, haben auf ihren Ansprüchen auf ein Stückchen Land in der Nähe der honduranischen Atlantikküste beharrt. Die sich aktuell abzeichnenden Entwicklungen könnten ihren Bemühungen Recht geben. Zumindest wenn sie ein weiteres Mal international unterstützt werden.**

Um was geht es? In den Zeiten als die Agrarreform noch eine signifikante Rolle spielte in Honduras, musste Land eine soziale Funktion erfüllen, sprich es durfte nicht über längere Zeit hinweg brach liegen. Ein Beispiel für solch ungenutztes Land sind die 69 Hektar, die die Universität CURLA<sup>1</sup> 1992 erworben hat. Die ursprünglichen Pläne der Universität, das Gelände zu Bildungs- und Experimentierzwecken zu benutzen, wurden niemals in die Tat umgesetzt, das Gelände liegt seit Jahren brach.

Honduras gilt als das drittärmste Land Lateinamerikas. Besonders groß ist die Armut auf dem Land. Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft. Zwei Drittel der KleinbäuerInnen verfügen über Land, das sich für die Landwirtschaft kaum eignet. Die guten, fruchtbaren und ebenen Böden sind überwiegend in der Hand transnationaler Konzerne, die Bananen, Zitrusfrüchte und Palmöl für den Export produzieren sowie Viehwirtschaft betreiben. Insbesondere für Frauen ist es sehr schwer, Zugang zu eigenem Land zu erhalten. Dabei tragen sie in vielen Fällen die Hauptverantwortung, für die Sicherung der Ernährung ihrer Familien.

#### „Rien ne va plus“

Angesichts der gravierenden Armut und ihrer aussichtslosen Situation, sich und

ihre Familien zu ernähren, machten sich Frauen aus der Umgebung der CURLA-Universität auf die Suche nach einem Ausweg aus ihrer prekären Lage. Ein Zusammenschluss von mehreren Frauengruppen stellte bei der Agrarreformbehörde INA<sup>2</sup> einen Antrag auf Nutzung des Geländes, der ihnen positiv beschieden wurde, da sie effektiv nachweisen konnten, dass das Land nicht genutzt wurde. Die Agrarreformbehörde ordnete mittels einer Entschließung an, dass die Universität das Gelände an die INA zurückgeben sollte, damit diese es an die Frauen umverteilen konnte. Um den Prozess zu beschleunigen besetzten die Frau-



Quelle: FIAN

en das Land im Juni 2001.

Die Universität legte Einspruch gegen die Entschließung der INA ein, worauf ein jahrelanger Rechtsstreit in Gang gesetzt wurde, den die Universität in allen Instanzen gewann. Juristisch ist der Fall für die Landfrauen verloren, da sowohl der Nationale Agrarrat als auch der Oberste Gerichtshof im Sinne der Universität entschied. Heute also stehen die Bäuerinnen vor dem juristischen ‚Aus‘.

#### Das Land denen, die es bebauen !

„Das Land denen, die es bebauen!“ – diese populäre Forderung, die sich Agrarreformbewegungen in vielen Teilen der Erde auf die Fahne geschrieben haben, hat auch heute nichts von ihrer Aktualität und Dringlichkeit verloren. In vielen Ländern werden die ohnehin oftmals bescheidenen Errungenschaften, die im Rahmen von Agrarreformbewegungen erzielt wurden, wieder zunichte gemacht. Vielerorts ist eine erneute Konzentration von Landbesitz sowie seine weiter voranschreitende Merkantilisierung zu beob-

achten. Obwohl die Forderung nach Zugang zu Land vollauf berechtigt ist, wurde vielerorts versäumt, nach Zielgruppen zu differenzieren – wie zum Beispiel, ein Auge auf die traditionell besonders von Landbesitz ausgeschlossenen Frauen zu werfen.

#### Das Land denen, die es bebauen ! Auch den Frauen !

Denn ist die Situation schon insgesamt prekär, befinden sich Frauen in einer oftmals ungleich schwierigeren Situation. In Honduras zum Beispiel waren Landfrauen während des genderblinden Agrarreformprozesses zwischen 1961 und 1991

unabhängigen Studien zufolge nur in 4% der Fälle die direkt Begünstigten. Gemeinsamer Landbesitz, die sogenannte Co-Propiedad, war ein Fremdwort, das Land wurde in aller Regel auf die männlichen Haushaltsvorstände eingetragen – auch wenn die Realität in den Familien oftmals ganz anders aussah. Nachdem der Agrarreformprozess durch das Agrarmodernisierungsgesetz von 1992 faktisch zum Erliegen gekommen ist, ist es fast nicht mehr möglich, Land im Rahmen von Umverteilungs-

maßnahmen zu erhalten. Von den wenigen Landtiteln, die seit 1992 durch Titulierungsmaßnahmen vergeben wurden, konnten Frauen zwar in 26% der Fälle direkt profitieren, allerdings ist der Landzugang insgesamt massiv eingeschränkt worden und nun insbesondere für die ärmsten Teile der Landbevölkerung verstellt. Zudem hat eine massive Rekonzentration des Landbesitzes eingesetzt: viele KleinbäuerInnen sahen sich aufgrund der verschärften Produktionsbedingungen, des Preisverfalls für heimische Agrarprodukte und aufgrund von Naturkatastrophen wie Mitch (1998), gezwungen, ihr im Rahmen der Agrarreform erhaltenes Land wieder zu verkaufen.

Honduras ist kein Einzelfall: Fehlender Landzugang und Landrechte von Frauen gehören zu den wichtigsten Ursachen für die schnellere Zunahme der Armutsrate der weiblichen Landbevölkerung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Trotz der hohen Beteiligung von Frauen an der landwirtschaftlichen Produktion verfügen sie in der Mehrzahl der Fälle nicht über





## Der FIAN Arbeitskreis Frauen und Ernährungs- sicherung

setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Geschlechtergerechtigkeit bei der FIAN-Arbeit zum Recht auf Nahrung beachtet wird. Dabei konzentriert der Arbeitskreis seine Aktivitäten zunehmend auf die thematischen Schwerpunkte von FIAN, wie beispielsweise die Agrarreform- und Blumenkampagne, um diese hinsichtlich der frauenspezifischen Menschenrechtsverletzungen zu analysieren und Schritte zu deren Berücksichtigung in der FIAN-Arbeit aufzuzeigen. Die Sensibilisierung für die Benachteiligung von Frauen bei denjenigen, die für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte wirken, ist das Ziel des Engagements des Arbeitskreises.

Engagieren Sie sich mit uns, damit das Menschenrecht sich zu ernähren auch für Frauen zur Wirklichkeit wird!

Kontakt: Britta Schweighöfer,  
b.schweighoef@fian.de

## Seminar: Menschenrecht auf Nahrung - Realität für Frauen (Genderdimensionen des Zugangs zu Ressourcen)

**Termin:** 12.-14. November 2004

**Ort:** Frankfurt

**weitere Informationen:** FIAN-Deutschland,  
Britta Schweighöfer, b.schweighoef@fian.de

Von den 840 Millionen Menschen, die weltweit an Hunger leiden, leben etwa 75% auf dem Land, zwei Drittel von ihnen als KleinbäuerInnen. Ist in vielen Ländern des Südens die Landbevölkerung im Allgemeinen in ihrem Menschenrecht auf Nahrung gefährdet, gilt dies insbesondere für Frauen und Mädchen.

Gleichzeitig ist in der Entwicklungszusammenarbeit die Erkenntnis nicht neu, dass Frauen in vielen Regionen einen Großteil der Nahrung produzieren und Motor der Entwicklung sind.

Trotzdem scheinen viele Fragen offen geblieben zu sein: Haben die vielfältigen Mainstreaming-Ansätze tatsächlich dazu geführt, dass gendersensible Daten zur Verfügung stehen und damit die Situation von Frauen und Männern differenziert wahrgenommen werden kann? Haben Frauenförderung und Mainstreaming die Situation von Frauen in nachhaltiger Weise verbessert? Schafft Gleichbehandlung allein schon Gleichheit?

Im Seminar wollen wir diesen und anderen Fragen nachgehen und vor allem die Genderdimensionen des Zugangs zu produktiven Ressourcen im ländlichen Raum sichtbar machen. Ausgangspunkt ist die These, dass nur durch einen nachhaltigen und rechtlich abgesicherten Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut und Einkommen, das Menschenrecht auf Nahrung für Männer und Frauen Wirklichkeit werden kann.

eigenes Land. Auch das Erbschaftsrecht bzw. die Erbschaftspraxis begünstigt in vielen Ländern statt der Witwen die männlichen Familienmitglieder. Da der Zugang zu anderen Ressourcen (Kredite, Saatgut, Mitbestimmung in Organisationen, Fortbildung) oft vom Landbesitz abhängig ist, kann Armut und Hunger von Landfrauen schlechter überwunden werden. Schon gar nicht, wenn das politische, soziale und rechtliche Umfeld nicht mitspielt.

### „Ohne Eure Unterstützung wären wir längst vertrieben worden“

Zurück nach Honduras: Die Frauen auf dem CURLA-Land, die genau wissen, dass ihnen und ihren Familien ohne eigenen Landbesitz kaum eine Chance zum ökonomischen Überleben bleibt, haben nicht aufgegeben. Sie befinden sich immer noch auf dem Gelände und versuchen eine außergerichtliche Lösung zu erreichen. Unterstützt werden sie dabei von der Nationalen LandarbeiterInnengewerkschaft CNTC und von der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN<sup>3</sup>. FIAN ist es durch eine Kombination aus Lobbyar-

beit vor Ort und internationalem Druck gelungen, den Forderungen der Frauen Gehör zu verschaffen. Durch internationale Interventionen im April 2002 sowie im Januar, April, September und Oktober 2003 sorgte FIAN dafür, dass der Fall nicht in Vergessenheit geriet und weite Wellen schlug. Nicht ohne Wirkung, vorsichtig darf auf eine baldige Lösung gehofft werden. Nach der letzten Einmischung von FIAN im Juli 2004 wurde beschlossen, eine gemeinsame Kommission zu bilden, um zu einer Einigung zu kommen. Unter anderem soll untersucht werden, ob das Agrarreforminstitut das Land kauft oder gegen ein anderes Gelände tauschen kann. Den Frauen wurde zugesichert, dass sie für den Zeitraum der Verhandlungen keinen weiteren Bedrohungen und tätlichen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sind.

### Und es bewegt sich doch etwas

Es besteht also berechtigter Anlass zur Hoffnung, dass der Fall bald gelöst werden kann. Allerdings ist diese Hoffnung noch eine wackelige und bedarf weiter-

hin der internationalen Aufmerksamkeit, damit die Frauen, die weiter auf dem Gelände ausharren, auch glaubhaft machen können, dass sie nicht alleine sind in ihrem Kampf um Land und Würde. Mitte Oktober 2004 werden FIAN AktivistInnen weltweit den Fall in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zum Internationalen Landfrauentag (15. Oktober) und zum Welt Ernährungstag (16. Oktober) stellen. Mitmachen lohnt sich!

An einem möglichen Erfolg des CURLA-Falls zeigt sich dreierlei: wie effektiv eine Kombination von lokalen Forderungen und internationalem Druck sein kann, wie wichtig es ist, dass Frauen sich organisieren, um ihre Rechte einzufordern und wie notwendig, auch im Einsatz für das Recht auf Nahrung und für den Zugang zu produktiven Ressourcen nach Genderkriterien zu differenzieren.

*Renate Schüssler*

*Die Autorin ist Mitarbeiterin bei FIAN International.*

(1) Centro Universitario Regional del Litoral Atlántico, Regionaluniversität an der Atlantikküste.

(2) Instituto Nacional Agrario.

(3) FoodFirst Information and Action Network.



## Aus den Arbeitsgruppen

AG Wasser

# Multistakeholder Review von Privatisierungserfahrungen im Wassersektor

**Am 23. und 24. Juni fand ein erster internationaler Workshop in Berlin statt, um über das Vorhaben eines globalen Multistakeholder Review von Privatisierungserfahrungen im Wassersektor zu beraten. Ausgangspunkt war die Internationale Süßwasserkonferenz in Bonn im Dezember 2001. Dort war es zu heftigen Kontroversen über die Rolle des Privatsektors bei der Wasserver- und entsorgung der Zukunft und für die Erreichung der Millenniumsziele gekommen.**

Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul regte im Zusammenhang mit der Bonner Süßwasserkonferenz einen Multistakeholder Review der bisherigen Privatisierungserfahrungen im Wasserbereich an und sagte dafür die Unterstützung der deutschen Regierung zu. Die Initiative zur Umsetzung dieses Review-Vorschlags ergriff im Anschluss eine fünfköpfige inter-

nationale Arbeitsgruppe, der die britische Nichtregierungsorganisation Water Aid, der brasilianische Verband kommunaler Wasserwerke ASSEMAE, der internationale Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften PSI (Public Services International), der deutsche Konzern RWE-Thames Water sowie Consumers International angehörten. Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) organisierte diese Arbeitsgruppe den Vorlaufprozess, der schließlich in die Beratungen des Workshops in Berlin mündete. Kernstück dieser Phase war eine internationale Umfrage zum Thema. Über 300 GesprächspartnerInnen von Basisgruppen, NRO, Gewerkschaften, lokalen und nationalen Regierungen, multilateralen Organisationen und Geberländern wurden über ihre Ansichten zu Sinn und Unsinn eines Multistakeholder Reviews, zu möglichen Schwerpunkten, methodischen Präferenzen und Teilnahmespektrum befragt. Mit

der Durchführung und Auswertung der Studie beauftragte die Arbeitsgruppe die Britin Deborah Moore, die am Prozess der World Commission on Dams beteiligt war, sowie die südafrikanische Beraterin Penny Urquardt. Die Ergebnisse der Befragung und die daraus entwickelten Vorschlagsalternativen für einen Referenzrahmen und die Methodik eines möglichen Multistakeholder Review waren der Gegenstand der Beratungen des Berliner Treffens im Juni.

### TeilnehmerInnen

Mehr als 70 Personen unterschiedlichster Interessensgruppen nahmen teil. Vertreten waren transnationale Unternehmen wie Suez und RWE, lokales Kleingewerbe zum Beispiel aus Uganda und den Philippinen, NRO und soziale Organisationen aus Afrika, Lateinamerika und Europa, u.a. die Anti-Privatisierungskomitees aus Südafrika oder die Bewegung gegen den Narmada-Staudamm in Indien, akademische Einrichtungen, Gewerkschaften, die

## Grosse Anstrengungen für kleine Beiträge?

Aus dem Eröffnungs-Statement der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung:

„Die Annahme der Vorstudie, dass der Zweck eines Review-Prozesses sein sollte heraus zu finden, ob der Privatsektor einschließlich transnationaler Unternehmen zur Erreichung der Millenniumsziele beitragen kann, ist überholt und würde indirekt die Ergebnisse eines solchen Review prädeterninieren. Um die Frage nach der Verwirklichung der Millenniumsziele beantworten zu können, was wir als Frage nach der Erreichung der Ärmsten verstehen wollen, muss ein Review woanders hin schauen als auf Privatsektorbeteiligung, nämlich in erster Linie auf das Reformpotential der öffentlichen Versorgungssysteme und nicht-kommerzieller Alternativen, und Vorschläge zu deren Verbesserung entwickeln. Ausgehend von einer solchen

Prioritätensetzung kann auch die begrenzte Rolle privater Versorger oder Unternehmen betrachtet werden, wobei es dabei in erster Linie um lokale und nationale Unternehmen gehen sollte.“

„In diesem Zusammenhang erscheint es uns dringend erforderlich, eine genauere und angemessenere Definition von „Privatsektorbeteiligung“ zu entwickeln. Es führt in die Irre und ist unseriös, wenn transnationale Unternehmen und lokale Kleinstunternehmer beide unterschiedslos als „Privatsektor“ bezeichnet werden und in der Vorstudie und deren Vorschlägen nicht klar unterschieden werden. Beide folgen verschiedenen Logiken und Regeln und repräsentieren völlig verschiedene Risiken und Möglichkeiten. Die bisher weitgehend ignorierte Rolle und möglichen Beiträge lokaler Klein- und Mittelunternehmen darf nicht zur Verschleierung der von transnationalen Unternehmen an-

gemeldeten Ansprüche für vermehrte Risikoabsicherung ihrer internationalen Unternehmungen missbraucht werden. In diesem selben Zusammenhang, muß der MSR das Risiko wahrnehmen und ausschließen, für die Wiederherstellung verlorener Akzeptanz von Privatsektorbeteiligung instrumentalisiert zu werden.“

„Den kleinsten gemeinsamen Nenner für Privatsektorbeteiligung einschließlich transnationaler Konzerne zu suchen, bringt nicht weiter. Wir benötigen einen Review-Prozess, der geleitet von den Geboten des Menschenrechts auf Wasser die Lehren aus den lokalen öffentlichen und privaten Erfahrungen zieht, die sich als geeignet erwiesen haben, die Armen zu erreichen, und dies in ausgewählten Ländern im Kontext internationaler Kooperationsbeziehungen und nationaler Wasserpolitik tut.“



Weltbank, kommunale und nationale Regierungsvertreter aus Südafrika, Brasilien oder Jordanien.

### Ziele

Wichtigstes Ziel des Treffens war es, eine grundsätzliche Meinungsbildung über einen möglichen Multistakeholder Review herbei zu führen und im positiven Fall Empfehlungen über Inhalte, Leitfragen, Methodik und Finanzierung eines solchen abzugeben.

Am Ende zweitägiger lebendiger und offener Diskussionen wurde ein positives Votum für die Durchführung eines Review und die gemeinsame Formulierung der allgemeinen Zielsetzung dafür, das sogenannte Mission Statement, erreicht. Zu konkreteren Ergebnissen kam es nicht, da der Diskussionsbedarf über grundlegenden Fragestellungen offensichtlich stärker als erwartet war und mehr Raum einnahm. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage des zentralen Fokus eines möglichen Review.

### Hilfe für die Ärmsten

Eine Gruppe zivilgesellschaftlicher VertreterInnen, darunter des AK Wasser des Forum Umwelt und Entwicklung, stellte die ursprüngliche Zielsetzung des Review in Frage. Seit Dezember 2001 habe es verschiedene Entwicklungen gegeben, die berücksichtigt werden müssten. So habe eine Reihe von Studien und Untersuchungen gezeigt, dass der transnational agierende Privatsektor, wenn überhaupt, mit seinen Aktivitäten nur in unbedeutendem Maße die Armen erreiche, wie die Weltbank und die Wasserkonzerne selbst bestätigten. Das Momentum für eine breit angelegte Studie über die mögliche Rolle des Privatsektors sei deshalb vorbei. Die wichtige Frage sei nicht, ob und was der global operierende Privatsektor beitragen könne, sondern welche Reform- und Investitionsansätze vor allem auf lokaler Ebene am besten die Ärmsten erreichten. Ebenfalls forderten sie das Menschenrecht auf Wasser und die grundsätzlich öffentliche Verantwortung für dessen Realisierung in den Referenzrahmen eines möglichen Review aufzunehmen. Beides konnte weitgehend erreicht werden. Nach Einschätzung dieser Gruppe<sup>1</sup> sollte das Potential des Prozesses durch Monitoring und aktive Beiträge in der nächsten Phase der Methodendefinition ausgelotet

werden, die den weiteren Prozess entscheidend ausrichten wird. Dabei wollen sie dazu beitragen, dass „Themen wie die Kommerzialisierung als Grundausrichtung aller Weltbank-gesteuerten Reformprozesse“ thematisiert werden, um die Engführung bisheriger Reformdiskussionen überwinden zu können.

Die nächsten Schritte liegen weiterhin in der Verantwortung der multisektoralen Arbeitsgruppe, die den Workshop in Berlin organisierte. Ob es zu dem angestrebten internationalen, partizipativen, von der lokalen Ebene ausgehenden Multistakeholder Review kommen wird, hängt nicht zuletzt von den Finanzierungsmöglichkeiten ab. Von den BMZ-VertreterIn-

nen in Berlin war zu hören, dass eine weitere finanzielle Unterstützung des Prozesses nur gemeinsam mit anderen Gebern in Frage käme.

Danuta Sacher/ Monika Scheffler

*Danuta Sacher ist Advocacy-Referentin bei Brot für die Welt; Monika Scheffler arbeitet für KOSA (Koordinati-*

*on Südliches Afrika)*  
Deutsche NRO-Anlaufstelle für den weiteren Prozess ist die AG Wasser des Forum Umwelt und Entwicklung, [wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de)

<sup>1</sup> Ein Bericht der Gruppe, der u.a. Rudolf N. Amenga-Etego von CAP Ghana; Shripad Dharmadhikary von MAK India; Maj Fiil-Flynn von Public Citizen USA; Richard Mokolo, Anti-Privatization Forum South Africa und Rene Orellana von Agua Sustentable Bolivia angehört, ist abzurufen unter [www.menschen-recht-wasser.de/Wasser-Politik/MultistakeholderDialogue](http://www.menschen-recht-wasser.de/Wasser-Politik/MultistakeholderDialogue).

## AG Landwirtschaft & Ernährung/ AG Biologische Vielfalt

# Wie sicher ist die Biosicherheit?

### Was Sie immer schon einmal über Positionen von Südpartnern zur Agro-Gentechnik wissen wollten, können Sie bei diesem Anlass erfahren:

Die AG Landwirtschaft & Ernährung und die AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt und Entwicklung planen gemeinsam eine Tagesveranstaltung am Samstag, d. 30.10.04 in Bonn, zu der alle herzlich eingeladen sind. Es geht um das sog. „Cartagena Protokoll“, die internationale Konvention zur Biosicherheit. Mitveranstalter werden sein: Genethisches Netzwerk und BUND. Die Veranstaltung findet von 10.00 bis 16.30 Uhr in dem Haus der Evang. Kirche in der Adenauerallee statt. Anmeldung bitte an das Forum ([info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)) oder an den Autor ([r.buntzel@gkke.org](mailto:r.buntzel@gkke.org)).

Die Veranstaltung wurde angesetzt, weil sich gerade zu dem Zeitpunkt rd. 20 prominente Vertreter von gentechnisch-kritischen NGOs aus dem Süden in Bonn befinden. Unsere Südpartner werden die Hauptreferenten sein. Mit ihnen gilt es sich an diesem Tag auseinander zu setzen. Es sollen reichlich Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. 15 von ihnen wurden vom EED eingeladen, die anderen kommen auf eigene Faust, weil sie schon lange den Prozess der Verhandlung

gen beim Zustandekommen und Umsetzung des Cartagena-Protokolls begleiten. Es werden so wichtige Süd-NGOs zugegen sein wie das Third World Network, PAN-Asia/Pacific, AS-PTA (Brasilien), DDS (Indien), Navdanya (Indien), PACSA (Südafrika), Consumers International Africa, Pelum (Tansania), UBINIG (Bangladesh), SIBAT (Philippinen), Tebtebba, GEA (Mexiko), u.a.

Warum kommen die alle nach Bonn? Weil dort vom 1.-3.11.04 auf Einladung der Bundesregierung und der Vertragsstaatenkonferenz des Cartagena-Protokolls eine wichtige Regierungstagung stattfindet. Bei ihr geht es um eine Auseinandersetzung um den Artikel 18 der Konvention zur Biosicherheit (KBS). Bevor die sog. „open ended Technical Working Group“ zu tagen beginnt, um Vorschläge zu unterbreiten, wie dieser Artikel im internationalen Recht umgesetzt werden kann, sollen auf dieser Tagung erst einmal Ideen gesammelt werden. Diese Arbeitsgruppe wurde von der Vertragsstaatenkonferenz im Februar in Kuala Lumpur eingesetzt. Sie behandelt deutlich die politischste aller Fragen der internationalen Gentechnikpolitik. Es geht im Grunde um die Frage, wie gentechnisch veränderte Ware im internationalen Verkehr kenntlich gemacht und ausgezeichnet werden muss.





## Entwicklungspolitische Bedeutung des Cartagena-Protokolls

Wer weiß schon was Genaueres über das Cartagena-Protokoll? Das war bisher nur ein Thema von einigen wenigen Spezialisten. Selbst unter GVO<sup>1</sup>-Aktivisten bei uns ist die internationale Dimension der Gentechnikpolitik sehr unterbelichtet. Auch entwicklungspolitisch interessierte Kreise haben die entwicklungspolitische Bedeutung des Cartagena-Protokoll noch kaum wahrgenommen. Deshalb dient dieser Tag dazu, die globalen Regulierungsmechanismen von Gentechnik in das Bewusstsein derjenigen zu bringen, die es eigentlich besser wissen sollten.

Denn wie können wir hier bei uns für gentechnikfreie Zonen und Nahrungsmittel kämpfen, und gleichzeitig zulassen, wie über laxer internationale Regeln eine gentechnikfrei Option für den Rest der Welt verbaut wird? Denn wie können sich Entwicklungsorganisationen für die Hungerbekämpfung einsetzen, und gleichzeitig zulassen, dass die Grüne Gentechnik ihren Alleinvertretungsanspruch in einem angeblichen Siegeszug gegen den Hunger durchsetzt?

Sicherlich, das Cartagena Protokoll ist nicht die Rettung der Welt vor dieser Risikotechnologie. Aber es ist das einzige völkerrechtlich anerkannte Vertragswerk, das die Gentechnik reguliert. Es ist ein Bollwerk gegen die WTO, denn die Klage der USA u.a. gegen die EU vor der WTO demonstriert deutlich, warum es den Handelsinteressen geht: Im Namen der Wissenschaftlichkeit soll die nationale Souveränität über Gentechnik zu Fall gebracht werden und das Vorsorgeprinzip ausgehebelt werden. Jede zu strenge Regelung wird dann kurzum als technisches Handelshemmnis gebrandmarkt und zu Fall gebracht. Dagegen steht die KBS in der Tradition vom Umweltgipfel von Rio. Hier zählt das Vorsorgeprinzip, also das Recht auch beim Fehlen klarer wissenschaftlicher Beweise eines Risikos vorbeugende Maßnahmen zu treffen.

## Regelungen der KBS

So sind die Haupterrungenschaft der KBS die Anerkennung, dass jeder Staat das Recht hat, sein eigenes angemessenes Schutzniveau sicher zu stellen (Artikel 1), dass er das Recht hat, alle lebenden veränderten Organismen einer Risikobeurtei-

lung zu unterziehen (Artikel 5), dass kein Handel mit GVO stattfinden darf, ohne die vorherige Zustimmung des Importlandes in Kenntnis der Sachlage (Artikel 7) und dass unzureichende einschlägige wissenschaftlichen Daten und Kenntnisse des Umfangs möglicher nachteiliger Auswirkungen ein Land nicht daran hindern darf die Nachteile zu verhindern oder zu beschränken (Artikel 11/8).

Diese und noch viele andere Regelungen, wie z.B. zur Partizipation der Bevölkerung, Kapazitätsaufbau, Risikobewertung, Informationsaustausch, Haftung usw. geben die Konturen ab für den Rahmen, innerhalb dessen Länder ihre eigenen Gentechnikgesetze konzipieren können. Das ist besonders für Entwicklungsländer wichtig, denn die meisten haben noch keinerlei eigene Gesetze, Regelungen oder Regulierungsinstanzen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die KBS dadurch auszeichnet, dass sie der einzige internationale Umweltvertrag ist, bei dem die Entwicklungsländer für höhere Standards plädiert haben.

Die KBS ist für die USA und einige ihrer Adlatenstaaten (sog. Miami-Gruppe: Kanada, Mexiko, Argentinien) ein großes Ärgernis. Sie sind auch selbst nicht Mitglied geworden.

## Begleitunterlagen für GVO-Ware

Worum geht es nun bei der Konferenz, zu der die Bundesregierung alle Vertragsstaaten bezüglich Artikel 18 eingeladen hat? Es geht um die Frage der sog. „Begleitunterlagen“: Welche Dokumente und Informationen müssen mit dem internationalen Verkehr von GVO-Ware ausgetauscht werden, damit das Importland eine Entscheidung in Kenntnis der Sachlage treffen kann? Im Grunde ist diese Frage so etwas wie eine Kennzeichnungsvorschrift für Schiffsloadungen im internationalen Handel. Ohne die Information kann auch die Kennzeichnung im Inland auf der Einzelhandelsebene kaum sinnvoll vorgenommen werden.

Dabei macht die KBS eine Unterscheidung zwischen 1.) GVO-Ware, die zum Verzehr (und nicht zur Aussaat) bestimmt ist, 2.) GVO, die für die Anwendung in geschlossenen Systemen bestimmt sind und 3.) GVO, die zur absichtlichen Einbringung in die Umwelt bestimmt sind. Bei den letzten gelten die schärfsten Informationspflichten: die Identität, die wichtigsten

Merkmale, die Eigenschaften, die Erfordernisse für den sicheren Umgang, die Kontaktstellen im Exportland, usw. Es gibt einen großen Spielraum für die Art, wie diese Regeln umgesetzt werden können. Z.B. ist entscheidend, ob jedes einzelne transgene Erzeugnis für sich getrennt zu identifizieren ist, oder ob es z.B. ausreicht zu sagen, in dieser Schiffsladung von Mais können 10 verschiedene zugelassene GV-Maissorten enthalten sein. Würde jede Ware für sich identifizierbar werden müssen, dann hätte das die Konsequenz, dass auch im Exportland ein Trennungsverfahren durchgeführt werden muss bis hinunter auf die Ebene des Anbaubetriebes. Eine solche Trennung würde die Staaten, die schon viel Gentechnik einsetzen, in die allgrößten Schwierigkeiten bringen. Durch die Unterscheidbarkeit der einzelnen GV-Sorten untereinander würde eine automatische Trennung erzwungen, die auch ein Trennung von GVO und nicht-GVO-Nahrungsmitteln nach sich ziehen würde; denn zu dieser Trennung und der dann folgenden Kennzeichnung wäre es nur noch ein kleiner Schritt. Das soll nur andeuten, wie sich hinter anscheinend technischen Details große Konsequenzen verbergen, die die gesamte weltweite Gentechnikdiskussion zentral beeinflussen kann.

## Themen der Tagesveranstaltung

Wir wollen auf diesem Tag nicht zu sehr in die einzelnen Verästelungen von komplizierten Regelungen eintreten, sondern uns eher grundsätzlich politisch darüber auseinandersetzen, welchen Stellenwert die gesamte Regulierungsdiskussion eigentlich haben kann, ob es wirklich ein sicheres Management der Gentechnik global geben kann, wie die internationalen Konfliktlinien verlaufen, was rechtlich auf dem Spiel steht und wie wir unsere politischen Engagements globalisieren und besser international aufeinander beziehen können.

Wir hoffen auf ein möglichst rege Teilnahme. Für die Veranstalter:  
Rudolf Buntzel-Cano, Hartmut Meyer,  
Christine von Weizsäcker, Christoph Potthoff, Frank Augsten

*Rudolf Buntzel-Cano*

Der Autor ist Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und Koordinator der AG Landwirtschaft & Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung.

(1) GVO = Gentechnisch veränderte Organismen



AG Biologische Vielfalt

## Biologische Vielfalt und Welternährung

**Am 16. Oktober 2004 ist Welt-ernährungstag. Das diesjährige von der FAO ausgewählte Thema „Biodiversity for Food Security“, das recht unverdächtig daher kommt, birgt politischen Sprengstoff.**

Zunächst zur Sachlage: Die Biologische Vielfalt steht nicht nur für Regenwälder, tropische Pflanzen und wilde Tiere, sondern auch für Kulturpflanzen, Sorten und Nutztier-Rassen. In Nord wie Süd lässt sich beobachten, dass die Menschen sich von immer weniger Nahrungspflanzen ernähren. Von den bekannten mehr als 10.000 essbaren Pflanzen werden nur noch rund 150 für die menschliche Nahrung verwendet. Reis, Weizen, Mais und Kartoffeln decken allein rund 60 Prozent des Nahrungsbedarfs ab. Darüber hinaus ist uns ein großer Teil der genetischen Vielfalt, also viele Sorten und Tierrassen einzelner Arten verloren gegangen.

Zur Zerstörung der biologischen Vielfalt tragen viele Faktoren bei. Dazu gehören Verstädterung, Abholzung von Wäldern und Umweltverschmutzung. Gerade die moderne Landwirtschaft mit dem Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngern hat andere Lebewesen von den Feldern verdrängt. Allein auf einem Reisfeld können sich ohne Chemieinsatz bis zu 700 Lebewesen befinden, von denen einige, wie z.B. Fische, Krebse und Kräuter, ein zusätzliches wichtiges Lebensmittel für die Bauern darstellen und andere für fruchtbaren Boden sorgen.

### Bio- und Gentechnologie

Diese Erkenntnisse führen bisher leider nicht zu einer Rückbesinnung auf das Potential einer Landwirtschaft, die auf Vielfalt setzt. Im Gegenteil: immer noch lassen sich FAO, Agrarforschung und Industrie von technologischen Ansätzen leiten, die die Welternährung drastisch verbessern sollen. Es werden die gleichen Lösungsansätze gewählt, die bestehende Probleme schufen. Nur so ist zu erklären, dass eine kürzlich veröffentlichte FAO-Studie den Einsatz von Bio- und Gentechnologie in der Landwirtschaft empfiehlt. Gerade mit Blick auf das Thema des Welternährungstages ist es verwunderlich, dass gleichzeitig ein neuer technologischer Ansatz propagiert wird, der die biologische Vielfalt weiter einschränkt

und zum Teil sogar gefährdet.

### Saatgutmarkt

Es darf schließlich nicht ignoriert werden, dass in den Entwicklungsländern eine starke Marktkonzentration im Bereich der Saatgut- und Absatzmärkte zu beobachten ist. Der weltweite Saatgutmarkt wird auf 45 Mrd. US Dollar geschätzt. Bei einem Drittel handelt es sich um kommerzielles Saatgut. Etwa 10 Unternehmen kontrollieren 40% des kommerziellen Saatguts. Bezogen auf einzelne Produkte wie Baumwolle und Soja umfasst die Marktmacht Monsanto's z.B. sogar 85%. Die anderen zwei Drittel des Saatgutmarktes teilen sich mit abnehmender Tendenz staatliche Stellen und Bauern (Hofsorten). Die Zahlen schwanken von Land zu Land erheblich, in einigen Ländern sind es noch bis zu 80% Hofsorten, die einen wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt und Ernährungssicherung liefern.<sup>1</sup>

Auf ihre Marktanteile richtet sich das Interesse der Industrie. Anbieten will sie den Bauern nun auch gentechnisch verändertes Saatgut. Da diese Sorten patentrechtlich geschützt sind, erhält die Industrie ein zusätzliches Instrument zur Ausweitung ihrer Marktmacht. Damit kann sie den Zugang zu Saatgut, die Wiederaussaat und die Forschung Dritter stark einschränken.

### Innovation und Vielfalt

Die Kombination der Faktoren Einschränkung der Nutzpflanzenvielfalt und Einschränkung des Zugangs zu diesen durch Patentschutz birgt große Risiken. Der freie Zugang zu den genetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft ist auch heute noch der Grundpfeiler der Züchtung und Ernährungssicherung. Bauern weltweit tauschen ihr Saatgut und tragen damit zu Innovationen und Vielfalt bei. Der Nachbau erlaubt ihnen die kostengünstige Verfügbarkeit von Saatgut, was sie vor Verschuldung bewahrt. Auch der freie Zugang zu Saatgutbanken spielt eine bedeutende Rolle. Die Züchter nutzen die Saatgutbanken, um Sorten lokal anzupassen und zu optimieren. Patente auf Saatgut gefährden dieses System. Daran ändert auch der neue Saatgutvertrag der FAO, der im Juni in Kraft trat, wenig. Er untersagt zwar die Einschränkung des Zugangs zu den genetischen Ressourcen, schränkt aber ein, dass dies

nur für die Form gelte, in der der Empfänger das Saatgut erhielt. Damit können Unternehmen ihr weiter entwickeltes Saatgut schützen lassen. Die Bauern, die das Saatgut einst treuhänderisch den Agrarforschern gaben und damit allen freien Zugang zu ihrem Saatgut gewährten, müssen nun Nachbaugebühren für Saatgut zahlen, das auf ihren Leistungen basiert.

Da 97% der Patente „Erfinder“ aus Industrieländern halten, während über 90% der genetischen Ressourcen aus Entwicklungsländern stammen, ist eine faire Regelung des Zugangs zu und der Beteiligung an Gewinnen aus der Nutzung dieser Ressourcen ein wichtiges Ziel. Der Saatgutvertrag der FAO, der den Zugang zu den Saatgutbanken regelt, hat die Gewinnbeteiligung über einen Fond realisiert. Im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt, die sich auf die biologischen Ressourcen in der Natur bezieht, steht eine konkrete Regelung noch aus. Diese soll in den nächsten zwei Jahren ausgearbeitet werden. Die AG Biodiversität des Forums, EED, Misereor und die Schweizer Erklärung von Bern werden die Verhandlungen kritisch begleiten. Deutschland könnte in dieser Frage bereits diesen Herbst ein Zeichen setzen, indem - wie in der Schweiz geplant - die Bundesregierung im Rahmen ihres neuen Gesetzes zum Schutz biotechnologischer Erfindungen die Erteilung von Patenten an eine Herkunftsangabe sowie die vorherige Zustimmung des Herkunftslandes inkl. Gewinnbeteiligung bindet.

Schließlich bleibt noch die Verantwortung der Konsumenten. So tragen Nahrungsmittel aus biologischem Anbau und aus fairem Handel erheblich zum Erhalt der Vielfalt bei. Wer 365 Tage des Jahres alle Gemüse- und Obstsorten verfügbar haben möchte, fördert eine Landwirtschaft, die sich von der Natur entfremdet und alle zur Verfügung stehenden Mittel - bis hin zur Gentechnik - ausschöpft, um die Nachfrage zu befriedigen. Die biologische Vielfalt und nachhaltige Landwirtschaft bleiben dabei auf der Strecke.

Bernd Nilles

Der Autor ist Referent für Entwicklungspolitik bei MISEREOR.

Veranstaltungshinweise zum Thema im Serviceteil

<sup>1</sup> vgl. Deutscher Bundestag Drucksache 14/9200 (2002), S. 289; Murphy (1999)



AG Wälder

## Der illegale Holzhandel geht weiter – EU, Bundesregierung und Holzhandel versagen

**Im Juli hat die Europäische Kommission (EC) die Einrichtung eines freiwilligen Genehmigungssystems für Holzeinfuhren in die Europäische Gemeinschaft vorgeschlagen. Ob damit die Importe illegaler Hölzer wirksam bekämpft werden können, ist mehr als fraglich. Unterdessen floriert der illegale Holzhandel, zumal weder von Seiten des Holzhandels, noch von der Bundesregierung konkrete Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.**

Die EC hatte bereits im Mai 2003 den FLEGT-Aktionsplan zur Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor verabschiedet (Forest Law Enforcement, Governance and Trade). Das Europäische Parlament, der Europarat und zahlreiche NGOs hatten die EC daraufhin aufgefordert, neben der Ausgestaltung von Partnerschaftsabkommen auch gesetzliche Maßnahmen zu prüfen und zu entwickeln, um den Handel mit sämtlichen Holzprodukten illegaler Herkunft wirksam zu unterbinden. Letzteres ist bislang noch nicht erfolgt bzw. abgeschlossen.

Im Rahmen der jetzt vorgeschlagenen Verordnung wollen sich zunächst drei Länder, Indonesien, Malaysia und Ghana dazu verpflichten, ein Nachweissystem für legal geschlagene und transportierte Hölzer zu entwickeln. Sobald das System funktioniert, dürften aus diesen Ländern nur noch als legal gekennzeichnete Hölzer in die EU importiert werden. Als legal sollen Hölzer gelten, die im Einklang mit der „relevanten nationalen Gesetzgebung“ gewonnen wurden.

### Schwächen des Planes

Der Plan hat mehrere Schwächen und könnte sogar die örtliche Bevölkerung und den Waldschutz benachteiligen. Die Kennzeichnungspflicht soll nur für Rund- und Schnittholz, sowie für Sperrholz gelten. Sämtliche anderen Holzprodukte, ob Zellstoff, Papier oder Gartenmöbel, sind davon ausgenommen. Doch in Indonesi-

en ist insbesondere die Zellstoff- und Papierindustrie an illegalem Holzeinschlag beteiligt und verantwortlich für die Zerstörung riesiger Waldgebiete.

Die Definition des Begriffes „relevante nationale Gesetzgebung“ ist unzureichend und damit ist der Plan nicht dafür geeignet, ökologische und soziale Schäden durch den Holzeinschlag zu vermeiden. Denn viele Forstgesetze sind widersprüchlich, andere ungerecht, wenn zum Beispiel die traditionellen Land- und Nutzungsrechte der Bevölkerung missachtet werden. Es könnte sogar so weit kommen, dass Waldanwohner und Dorfgemeinschaften hart dafür bestraft werden, wenn sie in ihrem Wald Bäume fällen.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission wird entgegen der Empfehlung des Europaparlamentes und gesellschaftlicher Interessengruppen im Rahmen der Artikel 133 (Wirtschaftspolitik) des Vertrages von Nizza verhandelt. Das Parlament hätte demnach keine Mitwirkungsmöglichkeit an der Ausgestaltung der Verordnung. Auch das ursprüngliche Ziel des FLEGT-Aktionsplanes, unter anderem den Schutz der Umwelt und die Förderung nachhaltiger Waldnutzung voranzubringen, könnte verfehlt werden.

Die Teilnahme von nur drei wichtigen Exportländern an den Maßnahmen bedeutet, dass der Löwenanteil der illegalen Holzimporte in die EU fortbestehen werden. Aus Russland allein importiert die EU mehr illegales Holz, als aus allen Tropenländern zusammen.

### „Appell für Maßnahmen gegen illegalen Holzhandel“

Im Oktober 2003 hatten zahlreiche NGOs die Bundesregierung mit dem „Appell für Maßnahmen gegen illegalen Holzhandel“ aufgefordert, den Import und Handel illegaler Hölzer gesetzlich zu verbieten und unter Strafe zu stellen (siehe Bericht im Rundbrief 3/2003). Sowohl die Bundesregierung als auch Vertreter des Holzhandels sprachen sich seinerzeit für freiwillige Selbstverpflichtungen des Handels aus, obwohl Umweltverbände derartige Maßnahme als untaugliches Mittel kritisiert hatten.

Das Verbraucherschutzministerium hat kürzlich darüber informiert, dass der illegale Holzhandel auch heute schon im

Rahmen des Geldwäschegesetzes bekämpft werden könnte - vorausgesetzt es lägen Beweise für eine solche Straftat vor. Ob dieses Instrument wenigstens einen kleinen Beitrag zur Bekämpfung illegalen Holzhandels leisten kann, wird sich zeigen.

Um den illegalen Holzimport effektiv zu bekämpfen, müssten die EU-Zollbehörden in die Lage versetzt werden, illegale Holzprodukte zu beschlagnahmen und strafrechtlich gegen die Verantwortlichen vorzugehen. Dazu müsste illegaler Holzimport gesetzlich verboten werden. Das Ressort von Bundesministerin Renate Künast scheint da allerdings anderer Ansicht zu sein. Anfang September hat das BMVEL gemeinsam mit Verbänden der Forst- und Holzwirtschaft die Holz-Charta veröffentlicht, in der zum Thema illegale Holzimporte folgendes verlautbart wird: „Darüber hinaus baut die Bundesregierung auf die Selbstverpflichtung der Importwirtschaft, Holz aus nachhaltiger Waldwirtschaft und kein illegal geschlagenes Holz einzuführen.“

### Freiwillige Selbstverpflichtung

Dass dies pure Verbrauchertäuschung ist, müsste die Ministerin selbst am besten wissen, denn das BMVEL moderiert seit Monaten Gespräche mit der Holzimportwirtschaft mit dem Ziel, eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ zu entwerfen. Bislang allerdings ohne Erfolg: Der Holzhandel hat bis heute nicht einmal eine Selbstverpflichtung zustande gebracht.

Angesichts der Untätigkeit der Bundesregierung und des Holzhandels kann man den VerbraucherInnen nur dazu raten, im Zweifel keine Holzprodukte zu kaufen, die wahrscheinlich aus illegalem Einschlag stammen. Darunter fallen insbesondere die Tropenhölzer, denn hier liegt das Risiko, daß man beim Kauf von Parkett oder Gartenmöbel zur Fehlerware greift, bei etwa 50 Prozent!

László Maráz

*Der Autor ist Mitarbeiter von Pro REGENWALD und Koordinator der AG Wälder des Forums Umwelt und Entwicklung.*

*Hintergrundinfos unter: [www.wald.org/was\\_tun](http://www.wald.org/was_tun)*





## Weitere Berichte

# Aktionswoche für globale Gerechtigkeit vom 09.-16. April 2005

Auf einem internationalen Treffen von über 100 handelspolitisch Aktiven aus 50 Ländern wurde im November 2003 in Neu Delhi die Idee einer internationalen Aktionswoche (Global Week of Action) für das Frühjahr 2005 entwickelt. Auf dem Weltsozialforum in Bombay wurde dieser Vorschlag auf einer Veranstaltung von über 500 Aktivisten vorgestellt. Der Gedanke, dass weltweit viele Gruppen und Organisationen zur gleichen Zeit mit vielfältigen Aktionen für eine gerechte Welthandelsstruktur eintreten, fand breite Zustimmung. Vertreter von Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne waren an diesem internationalen Prozess beteiligt und möchten nun gemeinsam mit vielen weiteren Gruppen und Bewegungen (einschließlich Gewerkschaften, Initiativen und Organisationen aus dem entwicklungspolitischen, kirchlichen und Umweltbereich) auch hierzulande möglichst viele Menschen gewinnen, sich aktiv für eine andere Außenwirtschaftspolitik Deutschlands und Europas einzusetzen.

Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne umfasst ein breites gesellschaftliches Spektrum von inzwischen über 30 Mitträgerorganisationen aus den Bereichen Kirche, Umwelt und Entwicklung, Gewerkschaften und Menschenrechten. Dies ist eine große Chance, Menschen aus verschiedenen Bereichen

anzusprechen. Insbesondere die letzte Aktion zu den Wahlen zum Europäischen Parlament hat gezeigt, dass politisch interessierten Menschen konkrete Anregungen für Aktivitäten sehr willkommen sind, mit denen sie ihren Protest und ihren Einsatz für eine gerechten Handelspolitik zum Ausdruck bringen können.

Auf den Erfolg der Europa-Aktion wollen wir aufbauen. In der Woche vom 09. bis 16. April 2005 wollen wir ebenso wie in vielen anderen Ländern auch in Deutschland für einen gerechten Welt-handel aktiv werden. Wir wollen den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft sowie den BürgerInnen und VerbraucherInnen verdeutlichen, dass eine Umkehr der vorherrschenden neoliberalen Handelspolitik im Sinne der Menschenrechte und Armutsbekämpfung dringend erforderlich ist. Mit Hintergrundinformationen und einem Ideen-Set für mögliche Aktionen wollen wir Anregungen für dezentrale Aktivitäten geben, durch die der Themenkomplex Armutsbekämpfung, Menschenrechte und Freihandel einer breiten Öffentlichkeit näher gebracht werden soll. Die Aktionswoche soll durch eine gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Aktion in Berlin abgeschlossen werden.

Zur intensiven Vorbereitung der Aktionswoche organisiert das Kampagnenbüro vom 12.-13. November 2004 eine

Tagung in Bielefeld. Hier sollen die dezentrale Aktionsformen weiterentwickelt und die Ideen für eine Abschlussaktion in Berlin konkret ausgestaltet werden. Informationen zur Tagungsteilnahme sind im Kampagnenbüro unter 0228-368 10 10 erhältlich.

Mehr Informationen zur Aktionswoche können bald im Internet abgerufen werden: [www.gerechtigkeit-jetzt.de](http://www.gerechtigkeit-jetzt.de).

Einblick in die Vorbereitungen im internationalen Kontext: [www.april2005.org](http://www.april2005.org). Auf dieser Seite wird sich ab Anfang November eine Auflistung der Aktionen finden lassen, die weltweit geplant sind.

*Antje Schultheis*

Die Autorin ist Koordinatorin von Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne.

## Materialien

zu bestellen bei Gerechtigkeit-jetzt!\*

- Hintergrundfaltblatt zu Problemen des Agrarhandelns „Recht auf Nahrung“
- Selbstdarstellungsflyer „Handeln für Gerechtigkeit“
- Infaltblatt zum Thema „ZUCKER“ im Welthandel - „Europa mauert sich ein“
- Infaltblatt zum Thema „BAUMWOLLE“ - „Wie Subventionen Armut schaffen“
- Dossier: Gerechtigkeit jetzt in den WTO Agrarverhandlungen „Analyse - Bewertung - Forderungen post Cancún“ hrsg. Von Fian, Germanwatch, Weltladendachverband (Din A 4)
- Logoaufkleber Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne
- „In Cancún gestrandet?“ Infoheft zur Welthandelspolitik im Nord-Süd-Konflikt; hrsg. vom EED & Forum Umwelt und Entwicklung (Din A4)

\*Die Materialien sind kostenlos. Bei Portokosten über 1,- Euro werden diese in Rechnung gestellt. Bestellungen bitte an [info@gerechtigkeit-jetzt.de](mailto:info@gerechtigkeit-jetzt.de)

## Nach der Europa-Aktion: Handeln Abgeordnete nun gerechter?

Im Rahmen der Aktion der Welthandelskampagne zur Europawahl wurden 43 von den 90 EuropakandidatInnen, die eine Selbstverpflichtung unterschrieben haben, ins europäische Parlament gewählt. Wie diese Politiker und PolitikerInnen ihre Erklärung für einen Einsatz für gerechteren Welthandel nun konkret ausgestalten wollen, werden wir in persönlichen Gesprächen erfragen.

Zudem werden wir den über 500 AktionsteilnehmerInnen einen Musterbrief mit Fragebogen bereitstellen, mit dem sie an „ihre“ Abgeordneten, die sie für eine Unterzeichnung gewonnen haben, noch einmal herantreten können. Ziel ist zu erfahren, was die Abgeordneten - vor allem diejenigen in den relevanten Fachausschüssen - für eine faire Ausgestaltung der EU-Außenhandelspolitik unternehmen wollen. Dieses kritische Nachhaken soll anlässlich der Neubesetzung der EU-Kommission im Herbst geschehe



## Kein Sieg für den Multilateralismus! Die WTO lebt und wandelt sich - ein bisschen

**Nicht dumm, die Herren (und – wenigen – Damen) der WTO. Mit den im Sommerloch luden sie Ende Juli nach Genf um unter Ausschluss der Öffentlichkeit doch noch das hinzubekommen, was im mexikanischen Cancún im September 2003 so spektakulär misslang: einen Fahrplan für die weiteren Welthandelsverhandlungen festzulegen.**

Um es vorweg zu nehmen: Der Trick war erfolgreich. Nicht nur war die Zivilgesellschaft, die in Cancún vor, im und um das Konferenzgebäude herum lautstark gegen die Ausweitung der Macht der WTO protestiert hatte, diesmal vom WTO-Gebäude komplett ausgeschlossen. In der Sommerzeit macht auch der Widerstand Urlaub. Gerade mal 20 bis 25 NichtregierungsvertreterInnen waren in Genf (die meisten davon von den Genfer Büros der großen Entwicklungsverbände, wie Oxfam oder ActionAid). Ungeachtet dessen, behandelte die Schweizer Polizei uns Einsame, als seien wir die Vorhut eines drohenden Volksaufstandes. Sie ließ z.B. unsere Personalien aufnehmen, als wir uns anmaßten, nach einer Pressekonferenz im Park neben der WTO noch einen Kaffee zu trinken ... Der „Standard“ war da realistischer als die Schweizer Polizei: Dieses Mal, so bemerkten die Österreicher zurecht, beschränkte sich die Zivilgesellschaft darauf, schriftlich den Prozess und das Ergebnis zu kritisieren<sup>1</sup>. Aus Deutschland war meine Wenigkeit der einzige Nichtregierungsvertreter vor Ort.

### Bedeutung des Treffens herausgestellt

Auch schlau: zum Treffen waren offiziell keine Minister eingeladen worden. Trotzdem war im Vorfeld die Bedeutung des Treffens gebetsmühlenartig betont worden – sogar der drohende Tod der WTO wurde als Teufel an die Wand gemalt. Und so kam es, dass über 30 Minister sich in Genf tummelten. Die meisten davon kamen (natürlich?) aus Industrieländern (darunter zum Ende auch Wolfgang Clement) und einigen großen Schwellenländern. Afrikanische Minister waren Mangelware. Und die Scharen afrikanischer Abgeordneter, die in Cancún ihre Regierungen noch lautstark zum hart bleiben aufgefordert hatten - die

fehlten auch. Mit den bekannten Folgen (siehe unten).

Trotzdem bewies das absurde Theater der Verhandlungen in Genf, dass Cancún die Welthandelspolitik verändert hat. Zunächst wurde in einer exklusiven Fünfergruppe (den sogenannten „Five Interested Parties“, FIP) über das ewige Streitthema Landwirtschaft verhandelt. Indien und Brasilien durften diesmal beim Geschacher von Anfang an der EU, der USA und Australien (für die sogenannte Cairns-Gruppe, den großen Agrarexporteur) Paroli bieten. Zwar protestierten viele lautstark, das nicht nur diese 5er-Gruppe, „interested parties“ seien, sondern alle Länder ein Interesse am Ausgang der Landwirtschaftsverhandlungen hätten. Aber viele, z.B. der sambische Botschafter, der den intransparenten Prozess scharf und öffentlich kritisierte, erkannten positiv an, dass immerhin Entwicklungsländer diesmal überhaupt im „inner circle“ vertreten waren. Das deutsche Wirtschaftsministerium gab zu Protokoll: „Die FIP haben in Genf den Quad (EU, US, Japan, Kanada) ersetzt.“ Das ist nicht Multilateralismus, also das kooperative Handeln von Staaten im Interesse aller. Das ist auch nicht Demokratie - denn die Mehrheit der Länder saß abwartend vor der Tür. Aber es ist doch mehr als vor Cancún je bei der WTO denkbar schien.

### Neuer Text vorgelegt

Gerade deshalb rieben sich viele entsetzt die Augen, als nach drei Tagen Verhandlungen am Freitag dem 30. Juli ein neuer Text vorgelegt wurde. Nicht nur kam dieser Text viel später als angekündigt, so dass für die Länder, deren Minister nicht vor Ort waren, keine effektive Abstimmung mit ihren Hauptstädten mehr möglich war. Der Text berücksichtigte Entwicklungsländerinteressen auch noch weniger als der Ursprungstext<sup>2</sup>! Vor Cancún hätten EU und USA, unterstützt z.B. durch Japan und das WTO-Sekretariat, diesen Text vielleicht noch durchpeitschen können. Diesmal nicht! Die Entwicklungsländer sagten zu diesem Text geschlossen und unmissverständlich NEIN. Der indische Außenminister war schon abgereist; als er von diesem neuen Text hörte, kam er sofort nach Genf zurück!

Die Verhandlungen wurden um einen Tag verlängert - obwohl dies vorher im-

mer wieder kategorisch ausgeschlossen worden war und der Vorsitzende der Verhandlungen noch am morgen des 30. Juli verkündet hatte, es würden keine substantiellen Veränderungen am Text zugelassen. Der Kreis der Verhandlenden wurde erweitert, so dass nun plötzlich z.B. die Schweiz, für die Agrarimporteure, die „Gruppe der 10“, aber in der Tat auch einige afrikanische Länder mitreden durften. Sicher, besonders kritische Länder wie Kenia wurden immer noch von den Verhandlungen ferngehalten. Aber am Schluss gab es doch noch einen Deal – mit einigen für Entwicklungsländer positiven Veränderungen im Vergleich zum letzten Entwurf<sup>4</sup>.

Klar, WTO Generalsekretär Supachai nannte das Ergebnis „historisch“ (O-Ton) und alle Regierungen gratulierten sich zu ihrem Erfolg. Dieses euphorische Echo, von der Presse in Deutschland meist unkritisch übernommen, überrascht. Der „Economist“ merkt zu recht an, dass die Realität „weniger dramatisch“ ist als die Rhetorik der Verhandlenden. Schwierige Punkte, konkrete Zusagen, Zahlen und Zeitvorgaben – all diese Dinge wurden in Genf vertagt<sup>5</sup>.

### Erzwungene Deals

Aber: auch durch die Drohung des Todes der WTO wurde ein Deal erzwungen. Nach dem Rückschlag von Cancún wurde damit die 2001 begonnene Welthandelsrunde zu neuem Leben erweckt. Darauf allein waren die Hauptprotagonisten, EU-Kommissar Lamy, US-Unterhändler Zoellick und Generalsekretär Supachai schon mächtig stolz. Die Bundesregierung – inklusive Grüne – gab ihnen Recht und erklärte die Einigung zu einem Sieg für den Multilateralismus.

Der endgültige Deal enthält in der Tat einige für die Entwicklungsländer besonders unfaire Bestimmungen nicht mehr. So darf zum Beispiel Indien weiterhin armen Bauern Hilfefzahlungen zukommen lassen und die am wenigsten entwickelten Länder müssen ihre Dienstleistungssektoren erstmal nicht öffnen. Außerdem sind zumindest drei der in Cancún noch heftig umstrittenen „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerb und Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen) nicht mehr Teil der gegenwärtigen Verhandlungsrunde. Gemessen an den Maßstäben der WTO-Geschichte ist nachvoll-



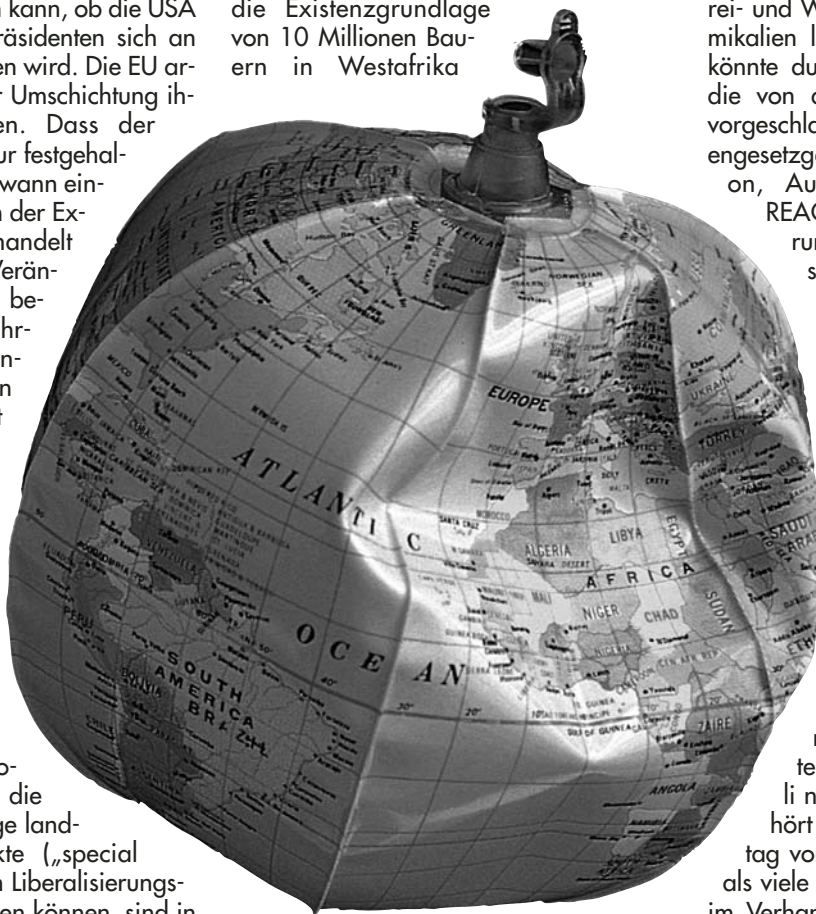
ziehbar, dass Brasilien und Indien diese Zugeständnisse als Erfolge feiern<sup>6</sup>. Insbesondere da auch stimmt, dass die EU und die USA mehr denn je anerkannt haben, dass sie ihre Agrar-Subventionszahlungen ändern müssen und vor allem ihr „Dumping“ von Überschüssen in Ländern des Südens beenden sollten.

Aber eben immer noch nur konjunktiv: sollten. Die Zusagen von EU und USA sind extrem vage, ganz abgesehen davon, dass keiner wissen kann, ob die USA unter dem nächsten Präsidenten sich an diese Absprachen halten wird. Die EU arbeitet sowieso an einer Umschichtung ihrer Agrarsubventionen. Dass der Genfer Deal, in dem nur festgehalten ist, dass nun irgendwann einmal über ein Enddatum der Exportsubventionen verhandelt werden wird, weitere Veränderungen in der EU bedingt, ist extrem unwahrscheinlich. Der Vorsitzende des amerikanischen Finanzausschusses hat bereits zu Protokoll gegeben, dass die Subventionen „umgeschichtet aber nicht abgebaut werden“, während Zollick dem Demokratenführer Daschle zusichert, dass die Subventionen bleiben<sup>7</sup>. Einige für die Entwicklungsländer positive Dinge, wie z.B. die Tatsache, dass sie einige landwirtschaftliche Produkte („special products“) vor weiteren Liberalisierungsschritten erstmal schützen können, sind in Wirklichkeit nur das Resultat von Konzessionen gegenüber reichen Ländern wie der Schweiz und Japan. Diese Länder boxten durch, dass sie für diese Länder wichtige landwirtschaftliche Produkte – so genannte „specialized products“ – nicht der Marktöffnung opfern mussten (in der Schweiz Milch, in Japan Reis). Diese Sonderregelung wurde dann auch den Entwicklungsländern (und ihren „specialized products“) zugestanden.

#### Entwicklungsländer zahlen hohen Preis

Der Preis, den die Entwicklungsländer für die Rücknahme der größten Unver-

schämtheiten und die vagen Zusagen im Landwirtschaftsbereich bezahlten, war hoch. So ist Teil des Landwirtschaftskompromisses, dass die USA den WTO-Seigen für ihre „Farm Bill“ erhält (im Fachjargon nennt sich das „erweiterte Blue Box“; die Blue Box umfasst die nationalen Subventionen). Die „Farm Bill“ ist aber nichts anderes als eine weitere Erhöhung der Zahlungen gerade an reiche Bauern in den USA! Die „Baumwollfrage“, an der die Existenzgrundlage von 10 Millionen Bauern in Westafrika



hängt, wurde in eine Arbeitsgruppe abgeschoben. Dieses Thema war seit der Vorbereitung auf Cancún zu einem Test dafür geworden, wie ernst die WTO Entwicklungsfragen nimmt. Fazit: Nicht so ernst, wie die amerikanische Präsidentschaftswahl. Denn der Genfer Deal stellt vor allem sicher, dass sich die USA mindestens bis zum 2. November politisch zu nichts verpflichten muss. Für den Bereich der sogenannten „nicht-landwirtschaftlichen Güter“ wurde ein Text als Grundlage für die weiteren Verhandlungen durchgesetzt, den die Entwicklungs-

länder in Cancún (zurecht) abgelehnt hatten. Auch wenn der erste Absatz dieses Textes neu ist und einige Punkte aufzählt, die im Rahmen der weiteren Verhandlungen noch geklärt werden müssen: diese Verhandlungsgrundlage wird der Deindustrialisierung der am wenigsten entwickelten Länder Vorschub leisten. Gleichzeitig ist dieser Text auch eine Gefahr für die Umwelt. Als Teil des Deals sollen unter anderem der Handel mit Fischerei- und Waldprodukten, so wie mit Chemikalien liberalisiert werden. Die WTO könnte durch diese Verhandlungen z.B. die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene europäische Chemikaliengesetzgebung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals – REACH) untergraben<sup>8</sup>. Liberalisierungsschritte im Wald- und Fischereibereich könnten Schutzmechanismen aushebeln und ein weiteres unnachhaltiges Wachstum in diesen Sektoren forcieren. Außerdem sollen Länder nun bis Mai 2005 neue Angebote zur Liberalisierung ihres Dienstleistungssektors vorlegen. Dabei sind keine Sektoren ausgeschlossen – eine weitere Privatisierungswelle für essentielle Dienstleistungen wie Wasser oder Bildung droht. Das Datum für die Dienstleistungsliberalisierungsangebote war interessanter Weise am morgen des 30. Juli noch nicht im Text; es wurde, so hört man, in der Nacht zum Samstag von EU und USA vorgeschlagen, als viele Delegationen schon nicht mehr im Verhandlungsraum waren. Schockierend? Nicht laut dem BMWA: „Was macht es für einen Unterschied wer im Raum war und wer nicht. Es gilt der angenommene, schriftliche Text“. Formal sogar richtig. Meinem Verständnis von Multilateralismus – oder gar Demokratie – entspricht diese Haltung nicht.

#### Ergebnis von Genf

Unterm Strich ist das Ergebnis von Genf ein Schlechtes. Unklaren Versprechungen der Industrieländer stehen weitgehende und gefährliche Konzessionen der Entwicklungsländer gegenüber. Dieses Ergebnis war nur möglich, da kein Land für ei-





ne Wiederholung von Cancún verantwortlich sein wollte. Der Druck auf die Entwicklungsländer war extrem.<sup>9</sup> War es zum Beispiel Zufall, dass dem kritischen Kenia eine Woche vor den Verhandlungen in Genf 60 Millionen Dollar Entwicklungshilfe von der EU gestrichen wurden? Wurde da nicht auch ein Beispiel geschaffen?

Gerade auch die ärmsten Länder wurden extrem unter Druck gesetzt. Länder, die von den USA Lebensmittelhilfe erhalten, wurden in einem Brief offen aufgefordert, die USA zu unterstützen und sicherzustellen, dass amerikanische Lebensmittelhilfen weiter in Naturalien geliefert werden können, auch wenn das die lokalen Märkte zerstört. Um den Baumwolle-Deal durchzubekommen, luden die USA die Minister der westafrikanischen Staaten vor Genf nach Washington und stellten eine bessere Zusammenarbeit z.B. bei Biotechnologievorhaben in Aussicht. Als dies als „Kaufpreis“ noch nicht ausreichte, wurden die westafrikanischen Unterhändler in Genf am 29. Juli von drei Uhr nachmittags bis vier Uhr morgens – angeblich ohne Pause – „bearbeitet“. Am nächsten Morgen feierten müde Afrikaner die Einrichtung einer Baumwoll-Arbeitsgruppe dann plötzlich als Erfolg ...

Diese Art von Druck war vor allem deshalb so effektiv, da die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfanden. Dadurch konnten unfaire Verhandlungstaktiken nicht effektiv in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Das Ergebnis von Genf ist also ein Sieg des politischen Drucks – nicht des Multilateralismus.

Der Multilateralismus aus zwei weiteren Gründen nicht der Sieger von Genf. Erstens wird auch das Genfer Ergebnis den Trend zu mehr bilateralen Handelsabkommen nicht brechen. Diese Entwicklung begann schon vor Cancún. Dass er sich fortsetzen wird, haben einige Länder bereits angekündigt.<sup>10</sup> Zweitens blieben viele grundsätzliche Fragen, wie zum Beispiel die Frage des Verhältnisses zwischen WTO-Regeln und multilateralen Umweltabkommen in Genf völlig ausgeklammert. Der Status Quo ist also unverändert: Die WTO stellt eine akute Bedrohung für multilaterale Umweltabkommen dar. Dies zeigt nicht zuletzt die Klage der USA gegen die Gentechnik-Restriktionen der EU. Diese Klage zielt auch darauf, Länder davor zu warnen, von ihrem im Cartagena-Protokoll der Vereinten Nationen festgelegten Recht, Gentechnikimporte aus Sorge um Gesundheits- und Umweltfolgen zu stoppen, Gebrauch zu machen.<sup>11</sup> Dass die Verhandlungen über das Verhältnis von WTO-Regeln und multilateralen Umweltabkommen ausgerechnet in der WTO stattfinden, verspricht nichts Gutes.<sup>12</sup>

Gewiss ist: Die eigentlichen harten Verhandlungen beginnen erst jetzt. Viele der schwierigen Themen wurden in Genf vertagt. Deswegen wird die Vorbereitungszeit auf die im Dezember 2005 in Hong Kong stattfindende nächste WTO-Ministerkonferenz entscheidend. Deswegen ist es aber auch unbedingt notwendig, dass die Zivilgesellschaft so schnell wie möglich aus ihrem Sommerschlaf erwacht. Denn wir können uns Mobilisierungswellen – wie zuletzt vor Cancún – sparen, wenn wir danach sang- und klanglos in der Versenkung verschwinden. Die Doha-

Runde lebt. Lebt auch der Widerstand gegen das Modell der neoliberalen Globalisierung für das diese Runde steht?

Daniel Mittler

Der Autor leitet die Welthandelsarbeit bei Greenpeace International.  
Kontakt: [daniel.mittler@int.greenpeace.org](mailto:daniel.mittler@int.greenpeace.org)

Dieser Text ist die überarbeitete Version eines Beitrages, der in Ausgabe 90 der Politischen Ökologie erscheint, [www.politische-oekologie.de](http://www.politische-oekologie.de).

Hintergrundinfos zur WTO: Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.), 2004: In Cancún gestrandet? Die WTO nach dem Scheitern der 5. Ministerkonferenz.

<sup>1</sup> Der Standard, Die WTO hat ihr Gesicht gewahrt, 2. August 2004

<sup>2</sup> Post-Genf Briefing des Bundesministeriums fuer Arbeit und Wirtschaft, Berlin, 11. August 2004

<sup>3</sup> Third World Network, TWN Info Service on WTO Issues (July04/27), 30. Juli 2004; [www.twinside.org.sg](http://www.twinside.org.sg)

<sup>4</sup> Third World Network, TWN Info Service on WTO Issues (Aug04/1), 6. August 2004; [www.twinside.org.sg](http://www.twinside.org.sg)

<sup>5</sup> The Economist, 7. August 2004, A step forward, but the Doha round of trade talks is far from finished

<sup>6</sup> Celso Amorin, The new dynamic in world trade is multipolar, Financial Times, 4. August 2004

<sup>7</sup> Rugaber, Grassley Sees Shifts in U.S. Farm Subsidies, Rather Than Reductions, BNA Report, 9. August 2004; Zoellick Denies WTO Deal Would Cut Farm Programs, National Journal's CongressDaily, 5. August 2004

<sup>8</sup> Zu REACH, siehe Politische Ökologie, Nr. 86

<sup>9</sup> ActionAid, Divide and Rule: The EU and US response to developing country alliances at the WTO, London, 2004 [www.actionaid.org.uk](http://www.actionaid.org.uk); und Aileen Kwa, Arm-Twisting, Divide and Rule Tactics and Exclusion Corrupted WTO Talks, Focus on the Global South, 1 August 2004

<sup>10</sup> Christoph Niesche, WTO Progress Won't Stop Bilateral Trade Deals,

Dow Jones Newswires, 6. August 2004

<sup>11</sup> Greenpeace, The US War on Biosafety, siehe [http://www.greenpeace.org/international\\_en/multimedia/download/1/300568/0/wto\\_brief\\_final.pdf](http://www.greenpeace.org/international_en/multimedia/download/1/300568/0/wto_brief_final.pdf) und [www.genug-wto.de](http://www.genug-wto.de)

<sup>12</sup> Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Friends of the Earth Europe, The new EU approach to the WTO negotiations related to MEAs (Para 31 (i) DDA), global governance and the need to address the MEA-trade linkage in the UN-System, Discussion Paper, July 2004



## Vierzig Jahre und kein bisschen leise

### Gelungener Abschluss der 11. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung

**Das vierzigjährige Jubiläum ist gelungen: UNCTAD hat allen Unkenrufen und Kleinreden zum Trotz die Daseinsberechtigung und Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Entwicklungsländer konnten ihre Positionen zum globalen Handel wie zum Handel untereinander stärken. Dieses Fazit ziehen die meisten Beobachter der 11. UNCTAD-Konferenz, die vom 13.- 18. Juni in Sao Paulo stattfand und mit der Verabschiedung des „Sao Paulo Konsens“, dem Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre, und der politischen Erklärung „Geist von Sao Paulo“ zu Ende ging.**

UNCTAD? Trotz betagten Alters ist UNCTAD, die „United Nation Conference on Trade and Development“, vielen kein Begriff. Bekannter ist dagegen schon die Welthandelsorganisation (WTO). Doch im Vergleich zur WTO ist UNCTAD Bestandteil der UN-Familie und hat mit 192 zu 144 deutlich mehr Mitgliedsstaaten. Die Arbeit von UNCTAD konzentriert sich auf die Entwicklungsländer, in den letzten Jahren wurde die UN-Organisation zunehmend auf die Rolle der Analyse, der Beratung und technischen Unterstützung sowie des Dialoges zu Handelsfragen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern reduziert. Die eigentlichen Handelsverhandlungen finden seit 1995 in der WTO statt. Dennoch diente die UNCTAD-Konferenz in Sao Paulo direkt und indirekt als Forum für die Fortführung der stockenden WTO-Verhandlungen. Denn es gehört zur Ironie der Geschichte, dass der vierjährige UNCTAD-Konferenzrhythmus dazu führt, dass in den letzten Jahren UNCTAD-Konferenzen nach gescheiterten WTO-Konferenzen stattfanden (UNCTAD X in Bangkok im Januar 2000 nach dem Scheitern der WTO in Seattle im Dezember 1999, UNCTAD XI nach dem Scheitern der WTO im September 2003 in Cancún). So trafen sich einen Tag vor dem Konferenzbeginn am 12. Juni in Sao Paulo die USA, die Europäische Union, Australien, Indien und der Gastgeber Brasilien, um einen weiteren Versuch zu starten, ihre Differenzen bei den Agrarverhandlungen in der WTO beizulegen.

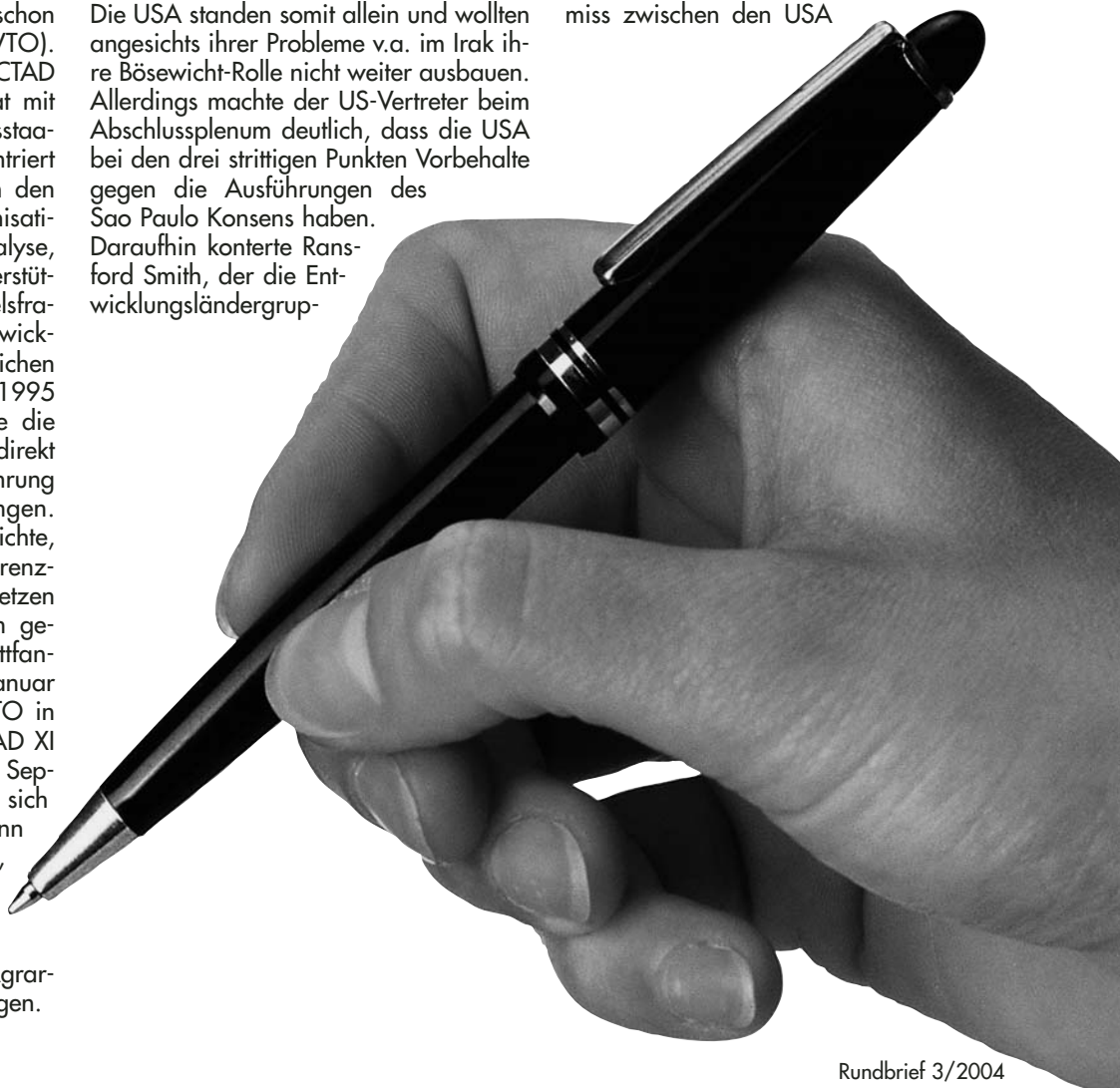
#### Politische Großwetterlage

Dass auf der UNCTAD-Konferenz bei den bis zu letzt strittigen Punkten wie „Gestaltungsspielraum“ („Policy Space“), „Good Governance“ (Good Governance umfasst die politischen Rahmenbedingungen auf nationaler wie internationaler Ebene, Rechtsstaatlichkeit und einen verantwortungsvollen Umgang mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen) und innovative Finanzinstrumente weitgehend die Entwicklungsländer und nicht die Europäische Union bzw. die USA ihre Sicht durchsetzen konnten bzw. Kompromisse gefunden wurden, ist vor allem der derzeitigen politischen Großwetterlage geschuldet. „Focus on the Global South“, eine der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen zu Handels- und Globalisierungsfragen, vermutet, dass die nachgebende Position der EU dem Agrartreffen am 12. Juni geschuldet ist. Die USA standen somit allein und wollten angesichts ihrer Probleme v.a. im Irak ihre Bösewicht-Rolle nicht weiter ausbauen. Allerdings machte der US-Vertreter beim Abschlussplenum deutlich, dass die USA bei den drei strittigen Punkten Vorbehalte gegen die Ausführungen des Sao Paulo Konsens haben. Daraufhin konterte Ransford Smith, der die Entwicklungsländergrup-

perierung G-77 vertrat, dass die Entwicklungsländer mit deutlich höheren Erwartungen nicht nur hinsichtlich der drei oben genannten Punkte sondern auch zu den Themen Konzernverantwortung, Rohstoffhandel, Investitionen, Entschuldung, Entwicklungshilfe, innovative Finanzierungsmechanismen und Handel nach Sao Paulo gekommen seien.

#### Chancen für Entwicklungsländer?

Um was ging es nun im einzelnen? Welchen Gestaltungsspielraum haben die Entwicklungsländer bei der Entwicklung einer eigenständigen Handels-, Investitions- und Industriepolitik angesichts der Vorgaben der WTO-Abkommen, der Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie der Bedingungen des globalen Marktes? Um die Frage von Policy Space und der Sonderrechte für Entwicklungsländer wurde lange gerungen. Als Kompromiss zwischen den USA





und der G-77 wurde schließlich eine Formulierung gefunden, die jedem Land das Recht zubilligt, die Balance zwischen nationalen Handlungsspielräumen und internationalen Verpflichtungen selbst zu finden. Dieser Punkt wird von vielen Nichtregierungsorganisationen weltweit, so auch von Germanwatch, als das wichtigste Ergebnis der 11. UNCTAD-Konferenz angesehen.

Eigentlich ist es eine Frechheit, dass die Industrieländer ihre Sicht einer Good Governance den Entwicklungsländern aufzwingen wollten. Würden z.B. die G-8 Staaten Deutschland, die USA, Frankreich, Großbritannien, Russland, Italien, Japan und Kanada hinsichtlich Korruption, Wahlbetrug, Rechtsbeugung, Gleichberechtigung oder Menschenrechtsverletzungen bewertet werden, so fielen die Urteile für die meisten dieser Länder nicht gerade positiv aus. Was nicht ausschließt, dass es bei den aufgeführten Punkten auch Probleme bei den Entwicklungsländern gibt. Der Sao Paulo Konsens erkennt nun Transparenz im internationalen Finanz- und Handelssystem und die vollständige und wirksame Beteiligung der Entwicklungsländer an der Entscheidungsfindung als Grundvoraussetzungen für eine Good Governance an. Der Text benennt aber auch die von den Industrieländern geforderten Punkte Freiheit, Frieden und Sicherheit, innere Stabilität, Respekt der Menschenrechte (einschließlich des Rechts auf Entwicklung), Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichheit, marktorientierte Wirtschaftspolitik und die Verpflichtung zu einer gerechten und demokratischen Gesellschaft als wesentlich für eine gute Regierungsführung. Die Entwicklungsländer verhinderten, dass Good Governance – wie von den Industriestaaten gewünscht – ausschließlich auf die nationale Ebene beschränkt wurde.

Unter der Überschrift „innovative Finanzierungsinstrumente“ werden neue Wege und Mittel zusammengefasst, um die für den Kampf gegen Armut, Hunger, Aids und Umweltzerstörung nötigen Gelder zu bekommen. Neu sind vieler dieser Ideen zwar nicht, dennoch sind sie bisher nie umgesetzt worden. Der brasilianische Staatspräsident Lula stellte in Sao Paulo seine Initiative zur Bekämpfung des weltweiten Hungers vor, die v.a. Rüstungsexporte besteuern will. Auch Großbritanni-

en und Frankreich beteiligen sich an der Ideenbörse, dennoch war die EU-Kommission zurückhaltend. Blockierer waren erneut die USA, dennoch weist die politische Abschlusserklärung auf die Notwendigkeit hin, innovative Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung von Hunger und Armut zu entwickeln.

Für heftige Diskussionen sorgte auch die Frage der Rechenschafts- und Haftungspflicht von multinationalen Unternehmen. „Vor knapp zwei Jahren, auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, beschlossen die Regierungen, verpflichtende Regeln zur Unternehmenshaftung zu entwickeln. Durch den massiven Druck der USA konnte die UNCTAD-Konferenz diese Verpflichtung nicht vorantreiben. Auch die EU hat, um den Konflikt mit den USA zu vermeiden, Johannesburg nicht ernst genommen“, bedauert Greenpeace in seiner Presseerklärung vom 18. Juni 2004.

In Sao Paulo beschlossen die Entwicklungsländer ferner, im Rahmen der UNCTAD eine neue Runde für ein Allgemeines Handelspräferenzsystem zu starten. Dieses gilt nur für Entwicklungsländer und soll durch den Abbau von Zöllen den Süd-Süd-Handel fördern. Mit dem Präferenzsystem zeigen die Entwicklungsländer, dass sie nicht die Blockierer in Handelsfragen sind, wie die Industrieländer immer behaupten. Die Entwicklungsländer beabsichtigen, Solidarität mit den schwächeren Handelspartnern unter ihnen zu üben. „Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung muss auch von diesem System erfüllt werden“ fordert Greenpeace in seiner Presseerklärung.

Ein besonderes Problem für Entwicklungsländer ist der zunehmende Rohstoffpreisverfall. Dieses Thema wurde in vielen Beiträgen der Konferenz und im Abschlussdokument angesprochen und es wurde beschlossen, eine „Task Force“ zum Thema einzusetzen. Ebenfalls eine „Task Force“ soll für Gender-Fragen eingerichtet werden. Dieses Thema hatte allerdings keine hohe Priorität auf der UNCTAD-Konferenz.

Zu kritisieren ist die unklare Definition von Kohärenz im Sao Paulo Konsens, die eher auf das Zusammenspiel von Handels- und Finanzsystem ausgerichtet ist als auf eine wirklich umfassende Kohärenz von Handels- und Entwicklungs-

politik mit dem Ziel der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie von der Zivilgesellschaft gefordert wurde.

### Zivilgesellschaft

Erfreulich war die gute Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Während der gesamten Konferenzdauer fand ein Parallelprogramm der Zivilgesellschaft statt, an dem auch viele Regierungsdelegierte teilnahmen, und im offiziellen Programmteil der UNCTAD wurden einige Sprecher/innen der Zivilgesellschaft berücksichtigt. Sowohl der UNCTAD-Generalsekretär Rubens Ricupero als auch der UN-Generalsekretär Kofi Annan und der brasilianische Staatspräsident Luiz Inacio Lula da Silva führten gesonderte Gespräche mit den anwesenden Vertreter/innen der Zivilgesellschaft. Beide Abschlussdokumente, der Sao Paulo Konsens und der Spirit of Sao Paulo, erwähnen die Bereitschaft der UNCTAD, stärker mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

Gelungen war auch das Experiment zweier Delegierter des Forums Umwelt und Entwicklung, als Mitglied der deutschen Regierungsdelegation an der Konferenz teilzunehmen. Dies eröffnete die Möglichkeit, an den Delegationsbesprechungen teilzunehmen und damit sowohl mehr Informationen zu erhalten als auch die eigenen Anliegen besser zu Gehör zu bringen, anregende Diskussionen und Erörterungen der anstehenden Themen inbegriffen. Außerdem war natürlich der Zugang zu wichtigen Veranstaltungen leichter.

Nach den WTO-Beschlüssen Ende Juli (siehe den Beitrag von Daniel Mittler in dieser Ausgabe) stellt sich jedoch die Frage, wie nachhaltige die vom brasilianischen Präsidenten Lula, seinem Außenminister Amorim und vom UNCTAD Generaldirektor Ricupero in Sao Paulo ohne Unterlass beschworene: „Neue Geografie des Handels“ tatsächlich ist.

Jürgen Knirsch/Brigitta Herrmann

Der Autor ist bei Greenpeace zuständig für den Bereich Meere/Wälder/Artenvielfalt und einer der Koordinatoren der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung; Die Autorin ist Referentin für Welthandel und Welternährung und Mitglied der AG Handel.





# Russland und Erneuerbare Energien

## Die Sichtweise eines Insiders

**Eine offizielle russische Delegation war auf der internationalen Konferenz „renewables 2004“ in Bonn nicht anwesend. Beamte in Moskau suchen nach angemessenen Entschuldigungen, um das Kyoto-Protokoll nicht zu ratifizieren. Sie sind nicht am Einsatz erneuerbarer Energien oder an der Steigerung von Energieeffizienz interessiert. Was passiert zur Zeit in Russland? Was können wir in naher Zukunft erwarten?**

### Kurzer historischer Abriss

In der Energiebilanz der ehemaligen UDSSR betrug der Anteil erneuerbarer Energien fast 20%. In der Stromproduktion übertraf der Anteil der Wasserkraft den der Atomkraft. Der Anteil von Brennholz wurde in der Energiebilanz nicht exakt berechnet. Trotzdem lieferte Holz aber einen beachtlichen Beitrag zur Wärmeenergiegewinnung – nicht nur in ländlichen Gebieten sondern auch in vielen kleinen Städten überall im Land. In abgelegenen Gebieten gab es Bestrebungen, kleine Windgeneratoren zu installieren. Es wurde versucht, ein Gezeitenkraftwerk zu bauen (das Kislogubskaya-Kraftwerk auf der Kola-Halbinsel) und Geothermie zu nutzen (das Mutnovskaya-Kraftwerk auf der Kamchatka-Halbinsel). In Zentralasien gab es Erfahrungen mit dem Einsatz von Solarenergie. Wasserstoff wurde für das Space-Shuttle „Buran“ genutzt. Systeme für Wellenkraftwerke wurden getestet. Auf einigen großen landwirtschaftlichen Betrieben wurde Biogas aus Dung erzeugt. Ebenso gab es Projekte zur Herstellung von Holzpellets aus Abfällen der Holzindustrie.

Allgemein gesagt wurden also in der russischen Wissenschaft aber auch in der Praxis wichtige Erfahrungen im Einsatz erneuerbarer Energiequellen gesammelt. Das Hauptinteresse der Bosse im Energiesektor lag jedoch bei Kohle, Öl, Erdgas und Atomenergie – zu stark waren die sowjetischen Traditionen und die Macht der Atomlobby.

Zu Beginn von „Perestrojka“ entwickelte sich ein großes Interesse an erneuerbaren Energiequellen. Viel Hoffnung wurde auf die Windenergie gesetzt. 1989 wurde sogar ein Programm zur Herstellung

von nationalen Windrad-Prototypen mit einer installierten Kapazität von 10 - 150 Kilowatt (kW) verabschiedet. Nach dem Zusammenbruch der UDSSR, lag die russische Wirtschaft für die nächsten 15 Jahre in Trümmern. Erneuerbare Energien rückten in weite Ferne und waren nur noch ein Tummelplatz für Einzelkämpfer, Aktivisten und kleine NGOs...

### Das moderne Russland

Im modernen Russland interessieren sich vor allem NGOs für den Einsatz erneuerbarer Energien, manchmal aber auch Einzelpersonen, Wissenschaftler, Geschäftsleute und ein extrem kleiner Kreis von eher progressiven Beamten aus verschiedenen Ministerien. Eigentlich hat Russland ein riesiges Potenzial für erneuerbare Energien. Leider wird aber die Unterstützung für einzelne Technologien durch fehlende finanzielle Ressourcen und politische Unterstützung zunichte gemacht.

Gesetzliche Rahmenbedingungen in diesem Bereich existieren nicht, da es keine angemessene Lobby in der russischen Staatsduma gibt. Finanzierungsmöglichkeiten von Forschungsvorhaben zu erneuerbaren Technologien sind praktisch nicht vorhanden. Forschung findet meist durch Enthusiasmus einiger Spezialisten statt oder wird in bescheidenem Rahmen durch Stiftungen gefördert.

Derzeit kann man sagen, dass es in Russland vier Gruppierungen gibt, die Interesse an der Entwicklung und dem Einsatz erneuerbarer Energien haben:

- Andere Länder, internationale Finanz- und Nichtregierungsorganisationen die am „Perestrojka“- Prozess, also am Wiederaufbau der Energiesysteme mit breitem Einsatz erneuerbarer (weniger verschmutzender) Energien interessiert sind (GEF, Weltbank, British Council, WWF etc.)
- Russische staatliche Organisationen - allen voran das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, zuständig für die Entwicklung von Demonstrationsprojekten im Bereich erneuerbarer Energien und für die Bildung eines Informations- und Bildungsnetzwerkes; gefolgt vom Ministerium für Natürliche Ressourcen, dem Ministerium für Wirtschaft und Entwicklung sowie dem Energieministerium;

- Russische Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen, die traditionell in die Entwicklung von Projekten und Technologien aus dem Bereich erneuerbare Energien eingebunden sind;
- Kleine russische NGOs und Einzelpersonen, die sich für den breiten Einsatz erneuerbarer Energien interessieren und einsetzen.

### Das russische Programm zur Entwicklung erneuerbarer Energien

Russland hat also durchaus eine Tradition im Einsatz erneuerbarer Energien. Angepasste Technologien wurden entwickelt oder können beschafft werden. Wissenschaftliches und industrielles Potenzial könnte schnell auf den Einsatz erneuerbarer Energien umgestellt und genutzt werden. Im Land arbeiten qualifizierte Spezialisten mit entsprechender Erfahrung. Was allerdings fehlt sind zwei wichtige Dinge: die politische Bereitschaft zur Veränderung von Seiten der Entscheidungsträger und daraus resultierend, die Unterstützung für Forschung und Umsetzung, Finanzierung und Gesetzesinitiativen, etc.

Die noch laufenden Verhandlungen zwischen GEF (Global Environmental Facility) und der russischen Regierung bereiten das Pilotprojekt „Russian Program for Development of Renewable Energy Sources“ (RPDRES) vor. Von russischer Seite nehmen an den Verhandlungen das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, das Ministerium für natürliche Ressourcen, das Ministerium für Wirtschaft und Entwicklung sowie das Ministerium für Energie teil. Die Kosten des Projekts betragen 80 Mio. US-Dollar. Die Hälfte dieser Summe wird von GEF getragen, die andere Hälfte von der russischen Föderation. Zur Zeit laufen die letzten Koordinations- und Abstimmungsgespräche. Dies nimmt viel Zeit in Anspruch, da zur Zeit ein großer Teil der offiziellen Aktivitäten in Russland durch eine „Verwaltungsreform“ blockiert wird. Informierte Experten erwarten jedoch, dass die notwendigen Unterschriften nicht später als Dezember 2004 vorliegen werden. Ungefähr 150 Organisationen aus Russland und aus dem Ausland haben bereits eine Teilnahme an RPDRES beantragt, der Anmeldeprozess ist aber noch nicht beendet und neue Bewerbungen sind noch willkommen.



Quelle: Vladislav Larin

Traditionelle Windmühle aus dem Norden Russlands, Region Archangelsk/Weißes Meer

Nach der Meinung von Experten wird das russische Programm auch für Weltbankprojekte geeignet sein, unter anderem wegen seiner klimarelevanten Ausrichtung. RPDRES zeigt die Vorteile ökologischer und ökonomischer Effizienz bei der Anwendung von Erneuerbaren Energien in Russland. Dieses Programm wird das Klima für Investitionen im russischen Energiesektor ändern, die Entwicklung von Regionen fördern und teilweise das Problem der Energieversorgung von Menschen in entlegenen Regionen und Naturschutzgebieten lösen.

### Russisches „renewables 2004“ in Rybinsk

Ende Juli - kurz nach der Bonner Konferenz „renewables 2004“ fand in der kleinen russischen Stadt Rybinsk (Region Yaroslavl) ein Seminar statt, bei dem sich potentielle Teilnehmer von RPDRES trafen. Das Seminar wurde organisiert vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft, GEF, der Weltbank, einem Rybinsker Unternehmen und dem WWF. Unterstützt wurde das Seminar durch das Programm für kleine Umweltprojekte (SEPS) vom British Council und dem britischen Amt für

Umwelt, Ernährung und ländlichen Raum (UK - Department for Environment, Food and Rural Affairs - DEFRA)

Zu Sowjetzeiten hatte das Rybinsker Unternehmen Anlagen und Ausrüstung für das Verteidigungsministerium, sowie Rüstungsgüter im allgemeinen hergestellt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor das Unternehmen die meisten Aufträge, überlebte aber den Bankrott und begann, der Nachfrage entsprechend, Anlagen zu produzieren, wie z.B. kleine Windräder zur Stromgewinnung oder Wasserpumpen, Systeme zum Einsatz energieeffizienter Technologien usw. Die meisten Errungenschaften des Unternehmens sind dem Generaldirektor Nicolay Krundishev zu verdanken.

Die Teilnehmer des Seminars waren überwiegend russische und ausländische Partner des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft und des WWF-Russland: Wissenschaftler, Praktiker, Unternehmer, Experten von Weltbank, GEF und UNESCO sowie die Leiter des Russischen Programms zur Organisation von Investitionen in den Umweltschutz, das seit 1995 zum Ministerium für Wirtschaft und Entwicklung gehört, die auch RPDRES koordinieren.

Das Seminar in Rybinsk diskutierte ein wichtiges Problem der Projektaktivitäten in Russland. In Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten Spezialisten, die viele Jahre damit verbracht haben, verschiedene Bereiche der Theorie und Praxis erneuerbarer Energien zu erforschen. Zu Sowjetzeiten bekamen sie ein Gehalt von der Regierung, das mehr oder weniger die Forschung und Umsetzung ermöglichte. Die neuen Regierungsmitglieder und Entscheidungsträger sind an diesen Dingen nicht interessiert und unterstützen diese Arbeit nicht. Nur wenige Forscher beherrschen oder kennen Fundraising und sind so oft von bescheidenen Unterstützungen durch russische Stiftungen abhängig. Wissenschaftliche Theorie und Praxis kennen sie gut, die praktische Umsetzung ist ihnen aber meist unbekannt. Sie sind es nicht gewohnt,

Geschäfts- oder Finanzpläne zu schreiben, nach Partnern zu suchen usw. Dies ist jedoch eine Voraussetzung für die meisten großen internationalen Projekte.

### Kurze Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

Dieser kurze Artikel erlaubt keine detaillierte Übersicht über alle Themen und Errungenschaften aus dem Bereich erneuerbarer Energien in Russland. Ich möchte hier jedoch kurz einige Schlussfolgerungen und Empfehlungen für potenzielle Sponsoren und Investoren zusammenfassen:

- In Russland gibt es eine Tradition und die entsprechenden Technologien für den Einsatz erneuerbarer Energien;
  - In vielen Regionen wurden bereits Anlagen für die Energieproduktion aus erneuerbaren Rohstoffen errichtet;
  - Viele Anwendungsformen erneuerbarer Energien werden durch die vergleichsweise niedrigen Kosten für Kohle, Öl und Gas verhindert.
- Weitere wichtige und dringende Hinweise und Handlungsbedarf für die internationale Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung im Bereich erneuerbare Energien:
- Informations- und Bildungsaktivitäten (regelmäßige Vorbereitung von Materialien für die Presse über den Stand der Erneuerbaren und über technische Errungenschaften auf diesem Gebiet, Entwicklung einer Datenbank zu potenziellen Teilnehmern und Partnern in Russland und im Ausland) wären nötig;
  - Untersuchungen der Gesetzgebung zur Unterstützung erneuerbarer Energien in verschiedenen Regionen der Welt müssten eingeleitet und eine angemessene Gesetzgebung in Russland vorbereitet werden;
  - Pilot- und Demonstrationsprojekte müssten organisiert und durchgeführt werden;
  - Die Ausbildung und zunehmende Qualifizierung von Managern für die Umsetzung großer internationaler Projekte und für die internationaler Zusammenarbeit müsste angestrebt werden.

Vladislav Larin

Der Autor ist CURES-Coordinator in Russland, Leiter des Projekts „New Russian Energy“ im Programm „Leadership for Environment and Development for CIS countries (LEAD-CIS)“; Kontakt: vlarin@online.ru



# CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung

## Ein Beitrag zum Klimaschutz?

**Die Abscheidung und Lagerung von CO<sub>2</sub> (CO<sub>2</sub>-Capture and Storage - CCS), zunehmend als Option im Rahmen einer Klimaschutzstrategie ins Spiel gebracht, wird im deutschen Sprachraum bisher noch kaum behandelt. Das Thema der CCS steht im Spannungsfeld zwischen anspruchsvollen Klimazielen, der Sicherung der Energieversorgung, der Zukunft fossiler Energieträger im Wettbewerb mit erneuerbaren Energien und einer preiswerten Energiedarbietung. Eine Diskussion in der deutschen Zivilgesellschaft darüber ist überfällig.**

Längst ist sich die internationale Wissenschaftsgemeinde darüber einig, dass der weitgehend menschengemachte Klimawandel bereits im Gange ist. Kohlendioxid, das vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl oder Erdgas entsteht, stellt sich dabei anteilmäßig als das klimaschädlichste Treibhausgas dar.

Unter den Nichtregierungsorganisationen weltweit herrscht Konsens darüber, dass die Probleme der Klimaänderung bei den Ursachen aufgegriffen werden müssen. Erste Priorität hat für die Klimapolitik auf jeden Fall die Verminderung der Treibhausgasemissionen, insbesondere durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung erneuerbarer und der Einsatz kohlenstoffärmerer Energieträger. Die Wahl klimaverträglicherer Lebensstile spielt gleichfalls eine wichtige Rolle.

### CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung

Prinzipiell kann Kohlendioxid mittels heute verfügbarer Techniken bei der Verbrennung dieser Energieträger abgeschieden werden<sup>1</sup>, was allerdings mit einem deutlich erhöhten Energieverbrauch einhergeht. Das abgeschiedene CO<sub>2</sub> muss dann sicher und weitgehend leckagefrei gelagert werden. In jüngster Zeit wird die Option CCS zunehmend als potentielle Methode zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ins Spiel gebracht, um das in der Klimakonvention formulierte Ziel zu erreichen, gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Von der Wissenschaft hören wir, dass die Schäden durch

die Klimaänderung bei einer Erwärmung über 2 Grad Celsius ein Niveau erreichen, das unter keinen Umständen akzeptiert werden darf. Dazu ist eine Stabilisierung der atmosphärischen CO<sub>2</sub>-Konzentration unterhalb 450 ppm anzustreben.

Unter den Nichtregierungsorganisationen weltweit wird diskutiert, ob Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien allein dieses Ziel noch sicherstellen können. Eine Begrenzung des Temperaturanstiegs unter den geforderten 2°C ist möglicherweise ohne CCS nicht mehr erreichbar. Auch wenn CCS unter Ressourcengesichtspunkten und anderen Aspekten der Nachhaltigkeit als fragwürdig erscheint, kann eine vorbehaltlose Prüfung dieser Möglichkeit nicht ausbleiben.

Die Diskussion über CCS im internationalen Rahmen wird in der Wissenschaft und in der Politik vornehmlich durch die Arbeiten des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gebündelt, der im Jahr 2005 einen Sonderbericht zu CCS vorlegen wird. In Deutschland wurde CCS bisher meist nur am Rande behandelt. Hier mag das Gutachten des Nachhaltigkeitsrates zu „Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft“ (2003) den Beginn einer Debatte zur Einschätzung von CCS bilden. Das geweckte Interesse der Politik, verbunden mit starken Interessen der Industrie, machen einen partizipatorischen Dialog aller beteiligten Akteure unabdingbar, damit nicht Entscheidungen ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft gefällt werden. Dies gilt besonders für den Gesichtspunkt der Risikobewertung und die Umsetzung anspruchsvoller Klimaziele.

### CCS - eine zukünftige Brückentechnologie?

Der Nachhaltigkeitsrat sieht CCS als eine Brückentechnologie. Um CCS als Brückentechnologie akzeptieren zu können, stellen sich für die Zivilgesellschaft wie auch für die Politik mehrere Fragen:

- Welche Risiken werden akzeptiert?
- Welche Garantien zur Langzeitsicherheit der Speicherung existieren?
- Welches zeitliche Ausstiegsszenario aus der CCS-Technologie ist anzuwenden, sofern diese lediglich als Brückentechnologie fungieren soll?

- Wie ist die Wirtschaftlichkeit von CCS im Vergleich mit den anderen Möglichkeiten der Emissionsreduktion unter Einbezug potentieller externer Kosten - auch im Hinblick auf die Gewährung der Langzeitsicherheit der Lagerung des CO<sub>2</sub>?

### Der Reiz von CCS

CCS kommt demnach vielleicht als eine Methode im Gesamtportfolio „Strategien zum Klimaschutz“ in Frage. Dabei ist festzustellen, dass CCS für praktisch alle Interessengruppen (auch) positive Aspekte bietet. Für die fossile Industrie hat CCS den Reiz, die Fortführung eines Business-as-usual zu versprechen, wenn die Kosten von CCS hinreichend gesenkt werden können. Für einige Klimaschützer mag es den einzigen als realistisch einzuschätzenden Weg darstellen, der zur Umsetzung anspruchsvoller globaler Klimaziele führt. Die Anwendung von CCS in Verbindung mit Biomassenutzung ermöglicht sogar, der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen und damit prinzipiell gesehen die CO<sub>2</sub>-Treibhausgaskonzentration vermindern zu können. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Klimaänderung wegen dramatischer Folgen eine drastische Emissionsminderung weltweit erfordert, wäre CCS ein denkbarer (wenn nicht sogar unverzichtbarer) Bestandteil einer Klimaschutzstrategie, die das Schlimmste abwendet.

Dabei ist festzuhalten, dass die meisten CCS-Techniken noch mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden sind. Solange nicht das Verfahren der Verbrennung mit reinem Sauerstoff eingesetzt wird, sind die Abgase aus Kohlekraftwerken auch nach einer CO<sub>2</sub>-Abscheidung nicht CO<sub>2</sub>-frei, sondern enthalten 70 bis über 100 g CO<sub>2</sub>/kWh. Auch bei Gaskraftwerken würden nach der Abscheidung noch 40 g CO<sub>2</sub>/kWh frei werden.

Die Speicherung von Kohlendioxid in geologischen Formationen wird derzeit anhand dreier Möglichkeiten diskutiert: 1. in stillgelegten Öl- und Gasfeldern, 2. in salinen Aquiferen sowie 3. in unzugänglichen Kohleschichten. Denkbar ist auch die Injektion von CO<sub>2</sub> in ozeanische Gewässer, was allerdings mit so hohen ökologischen Risiken verbunden ist, dies für uns völlig unakzeptabel ist.

Die relevante Größenordnung von zu speicherndem CO<sub>2</sub>, die einen Beitrag zur





Verminderung der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen liefert - also im Bereich vieler Milliarden Tonnen -, stellt auch bei der geologischen Lagerung ein bisher noch nicht gekanntes Großexperiment mit dem Ökosystem Erde dar. Dies gilt ebenso für bisher ungeklärte Fragen der Sicherheit des gespeicherten Kohlendioxids und die möglichen Einwirkungen auf Mensch und Umwelt im Falle von Leckagen. Der Ausgang dieses Experiments kann derzeit schließlich wissenschaftlich nicht seriös prognostiziert werden.

### Erste Gesamtbewertung der CCS-Technologie

Dieser Beitrag soll unterstützen, dass über CCS auch jenseits wissenschaftlicher Fachzirkel diskutiert wird. Denn bald sind Grundsatzentscheidungen dazu erforderlich, wozu auch die Position der Zivilgesellschaft einbezogen werden sollte. Eine Gesamtbewertung erfolgt hier anhand einiger Thesen. Diese sollen eine erste Richtungsweisung auf die Frage geben, ob die Abscheidung von CO<sub>2</sub> mit nachfolgender Speicherung eine ernsthafte Handlungsoption im Gesamtportfolio des Klimaschutzes darstellt.

1. Mit CCS kommt eine neue, noch unerprobte potentielle Klimaschutz-Technik in die Debatte. Angesichts der wachsenden Dramatik der mittel- und langfristigen Klimawandel-Szenarien scheint es sinnvoll, jeden Vorschlag unvoreingenommen zu prüfen, der einen möglichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.
2. Prinzipiell lässt sich festhalten: CCS ist eine typische End-of-Pipe-Technologie, die die Systemkosten für Energie deutlich erhöhen würde. Aus ökologischen Gründen ist generell problematisch, dass die Abtrennung energieaufwendig ist und auf diesem Weg der Energiefluss gesteigert wird.
3. Schon aus diesen prinzipiellen Gründen kann diese Technologie allenfalls eine ergänzende Rolle zu einer Strategie spielen, die auf massiven Ausbau

von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energieträgern setzt.

4. Es ist absehbar, dass die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung eine Konkurrenz zu einer großmaßstäblichen weltweiten Nutzung Erneuerbarer Energieträger werden kann. Wenn die Kosten für CCS sinken, bevor die Kosten für Erneuerbare Energien deutlich gesunken sind, kann die neue Option den Pfad in Richtung des solaren Zeitalters verbauen. Dies wäre kontraproduktiv. Gerade soweit es um den Einsatz öffentlicher Gelder geht, plädieren wir entschieden dafür, bei dieser Abwägung der Innovation und schnellen Diffusion Erneuerbarer Energieträger eindeutig den Vorrang zu geben.
5. Es ist unklar, ob die Diffusion von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien schnell genug vorangehen wird, um die notwendigen Einschnitte im Ausstoß von CO<sub>2</sub> auf diesem Wege allein zu erreichen. Es verdichten sich außerdem die wissenschaftlichen Anzeichen dafür, dass das Klima durch die vom Mensch ausgestoßenen Treibhausgase in eine derart instabile Lage gestossen werden könnte, dass im Rahmen eines „Notfallplans“ erhebliche Mengen CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entfernt werden müssen (letzteres könnte durch den Einsatz von Biomasse kombiniert mit CCS erfolgen). Für diese Fälle könnte CCS als eine technische Option in Form einer „Brückentechnologie“ in Erwägung gezogen werden. Eine Entscheidung pro CCS darf allerdings nicht dazu führen, Anstrengungen der Forschung und Entwicklung zu einseitig auf diese End-of-Pipe-Technologie zu konzentrieren.
6. Die Kostenabschätzungen der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und des Transportes von CO<sub>2</sub> sind - im Gegensatz zur Lagerung und zu vielen anderen neuen Technologien (wie z.B. Photovoltaik) - wegen des Rückgriffs auf bekannte technische Verfahren nicht mit großen Unsicherheiten behaftet. Denn Industrieanlagen

mit vergleichbaren Komponenten sind bereits marktgängig und vielfach im Einsatz.

7. Im strengen Sinn sind naturwissenschaftliche Aussagen über die Langzeitsicherheit der CO<sub>2</sub>-Speicherung nicht möglich, da die diesbezüglichen Aussagen nicht falsifizierbar sind - ein hartes Kriterium für wissenschaftliche Aussagen. Die Sequestrierung von CO<sub>2</sub> in größerem Ausmaß ist in diesem Sinne ein großräumiges Experiment mit ungewissem Ausgang.
8. Allerdings gibt es je nach Lagerort erhebliche Unterschiede in der Unsicherheit über die Langzeitsicherheit. Die Unsicherheiten und die ökologischen Risiken der marinen CO<sub>2</sub>-Lagerung sind so groß, dass wir sie für völlig unakzeptabel halten. Falls sich CCS als notwendig erweisen sollte, käme dafür nach gegenwärtigem Kenntnisstand alleine die geologische Speicherung in Frage.
9. Nur als sicher geltende Lagerstätten sind generell Option für eine Lagerung. Die dennoch bestehende Unsicherheit über die Langzeitsicherheit der Lagerung kann am besten über eine von der Versicherungsbranche gewährleisteteste Haftungsregelung aufgefangen werden. Ohne dieses Preissignal in Richtung Verminderung der Unsicherheit können die Risiken und wahren Kosten einer Sequestrierungsstrategie leicht unübersehbar werden. Auf diesen starken Anreiz, dass tatsächlich die sichersten Lagerstätten genutzt werden, sollte nicht verzichtet werden.

Manfred Treber/Renate Duckat

*Manfred Treber ist Koordinator der AG Klima & Energie des Forums Umwelt und Entwicklung und Klima- und Verkehrsreferent RioKonkret bei Germanwatch, Renate Duckat ist Research Assistant bei Germanwatch.*

<sup>1</sup> zur Darstellung der technischen Möglichkeiten und Verfahren vgl. „CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung als Beitrag zum Klimaschutz?“, [www.germanwatch.org/rio/ccs04.htm](http://www.germanwatch.org/rio/ccs04.htm)



## Veranstaltungen/Termine

### Rote Listen - Barometer der Biodiversität

*Symposium*  
06. - 08. Oktober 2004  
Würzburg, Festung Marienberg  
Die Roten Listen haben Geschichte und Entwicklungen im Naturschutz innerhalb der letzten 30 Jahre entscheidend mitgeprägt. Bilanzierte Naturbeobachtungsdaten und damit quantitativ orientierte Maßstäbe und Werte ergänzen seither die qualitativen Entscheidungskriterien. Das dreitägige Symposium widmet sich den „Roten Listen“ in einem sehr umfassenden Sinne. Aufgearbeitet werden sowohl die fachwissenschaftliche als auch die historische Dimension bezogen auf den gesamten deutschsprachigen Raum mit Deutschland (BRD und DDR), Österreich und der Schweiz. Des Weiteren wird auch auf den Stand der aktuellen Diskussionen sowie zukünftige Anforderungen und Entwicklungen eingegangen.  
*Informationen:*  
Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege  
Seethalerstr. 6  
83410 Laufen  
Tel.: 08682-89630  
Fax: 08682-896317/16  
E-Mail: [anmeldung@anl.bayern.de](mailto:anmeldung@anl.bayern.de)  
[www.anl.bayern.de](http://www.anl.bayern.de)  
[www.naturschutzgeschichte.de](http://www.naturschutzgeschichte.de)

### Recht auf Nahrung von Landfrauen in Lateinamerika als entwicklungspolitische Herausforderung

*Seminar*  
06. - 08. Oktober 2004  
Bonn  
Das Seminar ist eine Kooperationsveranstaltung von FIAN, GTZ und der AG Landrechte Zentralamerika. Ziel ist, im Austausch zwischen Fachfrauen aus Lateinamerika und VertreterInnen aus der deutschen staatlichen und nicht staatlichen Kooperation, Vorschläge für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu erarbeiten. Die eingeladenen Expertinnen kommen aus Guate-

mala, Brasilien und Honduras. Im Rahmen einer anschließenden Rundreise sollen Ergebnisse vorgestellt und mit politischen EntscheidungsträgerInnen diskutiert werden. Eingeladen werden zu dem Seminar u.a. VertreterInnen aus den Institutionen der staatlichen EZ sowie der an diesem Thema interessierten Einzelpersonen und NGOs.

*Informationen:*  
FIAN International  
Renate Schüssler/Martin Wolpold-Bosien  
Tel.: 06221 - 65300-43/-41  
E-Mail: [schuessler@fian.org](mailto:schuessler@fian.org);  
[wolpold@fian.org](mailto:wolpold@fian.org);

### Wasser - Grundrecht oder Handelsware

*Seminar*  
07. Oktober 2004  
Hannover  
In vielen Regionen der Welt gilt das Wasser als heilig. Es ist die Grundlage jeglichen Lebens. Die Wasserversorgung ist seit Jahrtausenden in nahezu allen Kulturen gemeinschaftlich geregelt. Die öffentliche Daseinsvorsorge durch die Kommunen soll nun u.U. über das Dienstleistungsabkommen GATS der WTO für private Anbieter geöffnet werden. Die EU führt diese Verhandlungen im Rahmen der Liberalisierung des Binnenmarktes bei der WTO.  
Doch: Was genau sind die Folgen einer solchen Privatisierung? Gibt es positive oder negative Beispiele privatisierter Daseinsvorsorge? Welche internationalen Entwicklungen zeichnen sich ab? Wie gestaltet sich die Rolle der EU? Was kommt auf niedersächsische Kommunen zu und welche Vor- bzw. Nachteile hat eine Liberalisierung und die damit einhergehende Privatisierung der Wasserversorgung lokal und global?  
*Informationen:*  
Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen  
Husarenstr. 27  
30163 Hannover  
Tel.: 0511-39088980  
Fax: 0511-391675  
E-Mail: [Hannover@ven-nds.de](mailto:Hannover@ven-nds.de)

### Eine-Welt-Tag 2004: ENERGIE - MACHT - ENTWICKLUNG

*Abschlussveranstaltung*  
10. Oktober 2004  
Bonn  
Auch in diesem Herbst wird das Eine-Welt-Forum Bonn wieder eine Serie von Veranstaltungen durchführen, die mit dem traditionellen Eine-Welt-Tag auf dem Bonner Marktplatz am 10. Oktober enden wird. Im Zentrum der diesjährigen Diskussionen steht die Frage nach den Ursachen für eine Weltenergieordnung, in der 20 % der Weltbevölkerung über 80% der Energieressourcen verbrauchen; ein Drittel der Menschheit überhaupt keinen Zugang zur Energieversorgung hat; Öl nicht nur Quelle von Armut, sondern auch von Kriegen sein kann; „fossiles“ Denken immer noch die globale Energiewirtschaft beherrscht; die internationale Atomlobby sich auch für die Zukunft gute Geschäfte verspricht; dezentrale Energieversorgung einen schweren Stand hat. Es soll aber auch nachgezeichnet werden, wie sich die gesamte Alltagskultur, wie sich Produktions- und Konsumweisen durch die zunehmende Abhängigkeit von stets wachsender äußerer Energiezufuhr geändert hat und ändert. Kaum eine Lebensäußerung mehr ist hierzu ohne den Zugriff auf den berühmten „Saft aus der Dose“ denkbar.  
Nicht die Suche nach Möglichkeiten des weiteren ungehinderten Wachstums steht dabei im Vordergrund, sondern die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit einer alternativen Energieordnung, die sowohl umwelt- als auch menschengerechte Chancen einer globalen friedlichen Entwicklung bietet. Die lokale Entwicklung vor Ort soll dabei natürlich nicht zu kurz kommen.  
*Informationen:*  
Eine-Welt-Forum Bonn  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228-7668873  
E-Mail: [info@ewf-bonn.de](mailto:info@ewf-bonn.de)

### Bildung für nachhaltige Entwicklung - neuer Bildungsauftrag für ErzieherInnen und LehrerInnen

*Workshop*  
21. Oktober 2004  
München  
Die Bildungsreform kommt allmählich in Gang, der Transfer des BLK Programm 21 ist beschlossen und die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung steht bevor. Um die Erfahrungen aus der PISA-Studie und dem BLK Programm bundesweit umzusetzen, bedarf es auch dringend einer Reform der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen. Wie eine reformierte Ausbildung aussehen muss und welche Schritte notwendig sind, das soll Diskussionsthema des Workshops werden. Als Referenten sind u.a. angefragt: Vertreter der OECD, der UNESCO, des BLK Programm 21 und des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik. Als Referenten sind weiterhin vorgesehen: Dr. Norbert Reichel, KMK und Ministerium für Schule Jugend Kinder NRW sowie Marianne Demmer, Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Klaus Hübner, Präsidium Deutscher Naturschutzring. Der Workshop ist Teil eines gemeinsamen Projektes mit BUND und NABU „Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation“.  
*Informationen:*  
Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.  
Projekt Nachhaltigkeitsstrategie  
Annette Littmeier  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin  
Tel.: 030-44339188  
Fax: 030-44339180  
E-Mail: [annette.littmeier@dnr.de](mailto:annette.littmeier@dnr.de)  
[www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Naturparke - Eine Perspektive für ländliche Räume

*Fachtagung*  
29. Oktober 2004  
Leipzig  
Durch die Verabschiedung der Agrarreform im Bundesrat Anfang Juli 2004 sind die Chancen einer nachhaltigen ländlichen Ent-



wicklung gerade in strukturschwachen Gebieten gestiegen. Als besonders geeignet erweisen sich die mehr als 90 Naturparke in Deutschland, die fast ein Viertel der Fläche Deutschlands bedecken. Dort sind etablierte Organisationsstrukturen auf gesetzlicher Basis vorhanden, die schon heute eine erfolgreiche Kooperation zwischen Kommunen, Naturschutz, Landwirtschaft und weiteren regionalen Akteuren vorweisen können. Naturparke bewahren und entwickeln Natur und Landschaft mit den Menschen und für den Menschen. Sie fördern eine nachhaltige Regionalentwicklung, unterstützen einen naturverträglichen Tourismus und entwickeln Angebote zur Umweltbildung und zur Öffentlichkeitsarbeit.

*Informationen:*

*Ulrich Köster*

*Verband Deutscher Naturparke e.V.*

*Dahlmannstraße 5-7*

*53113 Bonn*

*Tel.: 0228-921286-0*

*Fax: 0228-921286-9*

*E-Mail info@naturparke.de*

*www.naturparke.de*

### **Ethno-logisch im Tourismus - Chancen, Perspektiven und Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit**

*Konferenz*

*05. - 06. November 2004*

*Berlin*

Der Ferntourismus in die sogenannten Entwicklungsländer steigt an. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass das stetige Wachstum des Tourismus speziell in den Ländern des Südens häufig ethische, soziale und kulturelle Veränderungsprozesse mit Langzeitwirkung verursacht, die wesentlich das Aufgabenfeld der Ethnologie tangieren. Seit geraumer Zeit besteht - bedingt durch die rasante Tourismusedwicklung - eine ständig steigende Nachfrage nach „Social Know-How“, die u.a. von Seiten der Reiseveranstalter, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt von touristischen Destinationen des Südens selbst

an die Ethnologie und verwandte Disziplinen herangetragen wird. Auch bei vielen Studenten sozialwissenschaftlicher Fächer ist ein stetig wachsendes Interesse an künftigen Tätigkeiten im Tourismusbereich zu beobachten.

Die Konferenz in Berlin knüpft an eine Tagung des AK Ethnologie und Tourismus in München im Dezember 2003 an. Sie soll einen intensiven Dialog über die künftigen Ausbildungsziele, beruflichen Perspektiven und Einsatzfelder sowie Forschungsmöglichkeiten und -schwerpunkte der Ethnologie im Bereich Tourismus fördern. Die erfolgreiche Verknüpfung von Theorie und Praxis kann dabei nur gelingen, wenn im Vorhinein auch Ethnologie-externe Akteure mit in die Diskussion integriert und deren Erwartungen und Anforderungen an die Ethnologie berücksichtigt werden.

Eingeladen sind Wissenschaftler und Studierende, die sich mit dem Thema Tourismus auseinandersetzen (wollen), Reiseveranstalter, die die Arbeitsfelder der Ethnologen und verwandter Disziplinen kennen lernen und künftig für sich nutzen möchten, z.B. zur Entwicklung von Sozialkriterien für Reiseprodukte, Reiseleiter, die ihre praktischen Erfahrungen einbringen können, Nichtregierungsorganisationen (NRO), die sich mit sozialverträglichem Tourismus auseinandersetzen und u.a. bildungspolitisch aktiv sind und Vertreter von Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, die sozial- und umweltverträgliche Tourismusprojekte in sog. Entwicklungsländern durchführen.

*Informationen:*

*Konferenz-Koordination GATE e.V.*

*Susanne Schmitz*

*Okerstraße 15*

*12049 Berlin*

*Tel: 030-63413357*

*E-Mail: gate-konferenz@gmx.de*

*www.gate-tourismus.de*

### **Welternährung und biologische Vielfalt**

*Podiumsgespräch und Ausstellungseröffnung*

*07. November 2004*

*Oberhausen*

Die biologischen Ressourcen der Entwicklungsländer werden hier im Norden v. a. als Medikamente, Saatgut und Nahrungsmittel genutzt. Sie sind zudem Gegenstand der „Grünen Gen- und Biotechnologie“, die zur Zeit Einzug in die deutsche Landwirtschaft hält. In diesem Zusammenhang erfolgt seit Ende der achtziger Jahre die Patentierung genetischer Ressourcen bis hin zu Pflanzen und Tieren. D.h., der „Erfinder“ erhält geistige Eigentumsrechte an der Ressource und kann andere von der Nutzung ausschließen. 97 % der Patente halten „Erfinder“ aus Industrieländern, während über 90 % der genetischen Ressourcen aus Entwicklungsländern stammen. Dieser Patentierungstrend nimmt seit Mitte der 90er Jahre stark zu. Der freie Zugang zu den genetischen Ressourcen jedoch ist ein für die Welternährung zentrales Gut. Diesen einzuschränken ist ein gefährlicher Schritt, der auch ethisch höchst zweifelhaft ist.

Darüber hinaus ist in Nord wie Süd zu beobachten, dass die Menschen sich von immer weniger Nahrungspflanzen ernähren. Von den bekannten mehr als 10.000 essbaren Pflanzen werden nur noch rund 150 für die menschliche Nahrung verwendet. Reis, Weizen, Mais und Kartoffeln decken allein rund 60 Prozent des Nahrungsbedarfs ab. Die FAO schätzt, dass seit Anfang des letzten Jahrhunderts rund drei Viertel der genetischen Vielfalt landwirtschaftlich genutzter Pflanzen verloren gegangen sind.

Es ist dringend geboten, den Menschen das wertvolle Gut der biologischen Vielfalt zu vermitteln, aufzuzeigen, wie Menschen in Süd wie Nord davon profitieren und welche Ursachen und Trends die Vielfalt aufs Spiel setzen. Das hat sich die Welternährungsorganisation zum Ziel gesetzt, die den diesjährigen Welternäh-

rungstag (16.10.04) unter das Motto „Welternährung und biologische Vielfalt“ gestellt hat. Und auch MISEREOR möchte dazu beitragen, u. a. mit einer Ausstellung und einer Podiumsdiskussion zum Thema in Oberhausen.

*Informationen:*

*Misereor*

*Tel.: 0241-442168*

*Fax: 0241-442505*

*E-Mail: epol@misereor.de*

*www.misereor.de*

### **Armut und Gesundheit**

*Konferenz*

*03. - 04. Dezember 2004*

*Berlin*

Neue Bewegungen für Gesundheit! - unter diesem Motto findet im Dezember 2004 in Berlin die jährliche Konferenz „Armut und Gesundheit“ der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit Berlin statt. Im Rahmen der Konferenz verantwortet medico international den Themenkomplex „Gesundheit und Globalisierung“. In vier aufeinanderfolgenden Veranstaltungen beschäftigen sich Repräsentanten des internationalen People's Health Movement, Vertreter internationaler Institutionen und Hilfsorganisationen sowie Fachleute für Public Health mit den Folgen neoliberaler Politik für die globale Gesundheitssituation. Debattiert werden die strategischen Optionen einer Gesundheitsbewegung, die nach wie vor an dem Ziel „Gesundheit für alle“ festhält.

*Informationen:*

*medico international*

*Obermainanlage 7*

*60314 Frankfurt*

*Tel.: 069-944380*

*E-Mail: info@medico.de*







## Publikationen



### Die Reform der EU-Zuckermarktverordnung - Eine Einführung aus agrar- und entwicklungspolitischer Sicht

Zucker ist wie kein anderes Agrarprodukt ein Weltmarktprodukt. 150 Jahre wurde die Zuckerrübe in Europa hochgepäpelt. Seit 1968 besteht die EU-Zuckermarktordnung, die den EU-Erzeugern einen hohen Zollschutz und garantierte Preise sichert. Inzwischen ist der Rübenanbau zu einer sehr attraktiven und wichtigen Einkommenssäule der Landwirtschaft in einigen europäischen Ländern geworden. Die Preise in Europa sind drei mal so hoch wie die Weltmarktpreise für Zucker. Viele Menschen in den Entwicklungsländern leben von dem Verkauf ihres Zuckers aus dem Zuckerrohr. Weltweit hängen rd. 50 Mio. Arbeitsplätze an dem Zucker. Den Erzeugern dort geht es wegen der extrem niedrigen Weltmarktpreise schlecht. Die Zuckerrohrgebiete waren einst die blühenden Wohlstandsinseln der Dritten Welt. Jetzt grassiert Armut und Elend unter den Rohrschneidern und Zuckerfabrikarbeitern. Dieses komplexe Problemfeld ist ein die Weltagrarpolitik beherrschendes Thema. Es steht stellvertretend für viele Grundsatzfragen von fairem internationalen Handel

und für die harten Auseinandersetzungen um einen neuen Agrarvertrag bei der WTO. Viele Hoffnungen sind mit einer Reform der Zuckerpolitik der Industrieländer verbunden. Jedoch sind viele dieser Hoffnungen entwicklungspolitisch überzogen. Dennoch kann es nicht so bleiben wie es ist.

Der Evangelische Entwicklungsdienst engagiert sich für eine Lösung, die den Rückzug der EU-Zuckerwirtschaft von den Weltmärkten verlangt, aber gleichzeitig den Marktzugang auf unsere Märkte für Entwicklungsländer mit Aspekten der Armutsbekämpfung verbindet. Schritte des Abbaus von extremen Protektionismus mit Augenmaß werden vorgeschlagen, die auch die Existenzberechtigung der gefährdeten Bauern in Europa berücksichtigen.

Das Forum Umwelt und Entwicklung hat den erfolgreichen Versuch unternommen, möglichst alle beteiligten Organisationen innerhalb des Lagers von NRO, die keine Berufsvertretungen sind, zu einer gemeinsamen Initiative und Positionierung zusammenzubringen. Agrar-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen unter Beteiligung der Gewerkschaft und der Verbraucher haben miteinander um eine tragbare Lösung gerungen. Dabei war die Vorlage der Autorin eine gute Einführung, um eine sachliche Ausgangsposition herzustellen. Sie hat mit Erfolg erreicht, die vielen Knoten in dem Verwirrspiel zu lockern, so dass - wer mehr zu diesem Thema wissen will - eine Möglichkeit hat, sich gezielt und schnell einige Grundinformationen anzueignen.

**Bezug:**  
Forum Umwelt & Entwicklung,  
Am Michaelshof 8-10,  
53177 Bonn,  
Tel.: 0228-359704,  
Fax: 0228-92399356,  
E-Mail: info@forumue.de,  
www.forumue.de,  
(Einzelexemplare kostenlos).



### Wir müssen den Aufwind nutzen

Diese Informationsbroschüre zeigt Möglichkeiten zur Armutsreduzierung mit erneuerbaren Energien im Süden auf u.a. anhand praktischer Beispiele. Sie baut auf Erfahrungen von NRO bei ihrer Arbeit in den Ländern des Südens auf und entwickelt entsprechende Perspektiven.

**Bezug:**  
Forum Umwelt & Entwicklung,  
Am Michaelshof 8-10,  
53177 Bonn,  
Tel.: 0228-359704,  
Fax: 0228-92399356,  
E-Mail: info@forumue.de,  
www.forumue.de,  
(Einzelexemplare kostenlos).

### Der Internationale Saatgutvertrag der FAO

Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (PGRFA) sind die Grundlage sämtlicher Züchtungsanstrengungen im Nutzpflanzenbereich und somit Kernelement der Sicherung der Welternährung. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Einsatz der neuen Biotechnologien in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion gewinnt die Verfügung über bzw. der gesicherte Zugang zu diesen Ressourcen in zunehmendem Maße eine strategische Bedeutung. Gleiches gilt jedoch auch weiterhin für konventionelle Züchtungsanstrengungen sowie die Bemühungen der internationalen Agrarforschungszentren, deren Mandat

die Verbesserung des in der Landwirtschaft eingesetzten Nutzpflanzenmaterials zugunsten der Versorgung in Entwicklungsländern ist.

Speziell der schutzrechtliche Umgang mit solchen pflanzengenetischen Ressourcen, bei welchen der gesicherte Zugang für die Aufrechterhaltung züchterischer Tätigkeiten in allen Ländern von zentraler Bedeutung ist, war ein umstrittenes Konfliktfeld bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen des International Seed Treaty der FAO und wird auch die Diskussionen um seine Implementierung dominieren. Dieser Vertrag konnte nach mehr als 7 Jahren intensiver diplomatischer Bemühungen am 03. November 2001 in Rom verabschiedet werden. Er ersetzt das International Undertaking, ein fast 20 Jahre altes, rechtlich aber unverbindliches



Vertragswerk zum Schutz und zur Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen, dessen Bestimmungen in wichtigen Fragen an die Konvention über biologische Vielfalt angepasst werden mussten. Der Int. Seed Treaty soll die Modalitäten für den Zugang sowie die Nutzung der wichtigsten pflanzengenetischen Ressourcen regeln und enthält Bestimmungen, die sowohl die Anerkennung der Leistungen der Farmer betreffen wie auch Ansatzpunkte für einen fairen Vorteilsausgleich. Insbesondere soll ein multilaterales System für den erleichterten Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen für



Landwirtschaft und Ernährung eingerichtet werden, welches sich zunächst auf das Keimplasma von 35 Nahrungs- und 29 Futtermittelpflanzenarten erstreckt, welche in einem Anhang zum Vertrag aufgeführt sind und möglicherweise im Zeitablauf um weitere Nutzpflanzenarten ergänzt werden können.

Die Broschüre versucht eine erste Einschätzung zentraler Vertragsbestandteile und deren entwicklungspolitische Problematisierung zu geben.

**Bezug:**  
Forum Umwelt & Entwicklung,  
Am Michaelshof 8-10,  
53177 Bonn,  
Tel.: 0228-359704,  
Fax: 0228-92399356,  
E-Mail: info@forumue.de,  
www.forumue.de,  
(Einzelexemplare kostenlos).

### Femme global - Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral

Die Autorin Christa Wichterich stellt in ihrer neuen Veröffentlichung der Reihe AttacBasisTexte 7 fest: Der neoliberale Umbau der Wirtschaft und der Politik baut auf der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf und schafft neue soziale Ungleichheiten. Frauen spielen eine wichtige strategische Rolle als Billigarbeitskräfte bei der Exportorientierung und der Informalisierung von Arbeit, während die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den Haushalten erstaunlich stabil bleibt. Die Staaten werden durch den Ausbau zur Wettbewerbs- und Sicherheitsmacht erneut »männlicher«, während die soziale Verantwortung durch den weltweiten Sozialabbau weiter feminisiert wird. Nicht nur beim alltäglichen Kampf gegen die Armut und soziale Unsicherheit, sondern auch beim Widerstand gegen das Lohndumping in der Exportindustrie, gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und gegen Biopiraterie stehen Frauen ganz vorne. Und nicht nur in die konventionelle Politik müssen sich feministische Ansätze hineinkämpfen, auch den neuen sozialen Bewegungen müssen noch Au-

gen und Ohren für Geschlechtergerechtigkeit geöffnet werden. „Frauenorganisationen wollen autonome Positionen entwickeln und sich gleichzeitig in die globalisierungskritischen Bewegungen einmischen - und zwar weder am Rande noch als Fußvolk. Nach neuen theoretischen und praktischen Ansätzen gegen die neoliberale Globalisierung suchend gehen sie vorwärts. Neue Bewegungen, Allianzen und Wege sind notwendig und möglich.“

**Bezug:**  
Attac Deutschland,  
Münchner Str. 48,  
60329 Frankfurt,  
Tel.: 069-900281, Fax: -99, E-Mail: info@attac.de,  
www.attac.de,  
(6,50 €).

### Lass Blumen fair sprechen

Um auch anderenorts die Devise „Global denken - Lokal handeln“ nicht zuletzt beim Blumenkauf konkret werden zu lassen, hat FIAN einen Argumentations- und Handlungsleitfaden „Lass Blumen fair sprechen“ erarbeitet. Er richtet sich vor allem an Gruppen und engagierte Einzelpersonen, die vor Ort dazu beitragen wollen, ihre Stadt oder Gemeinde zum Kauf fair produzierter Blumen zu bewegen. Neben einer Erläuterung der Probleme in der heimischen Blumenindustrie sowie einer knappen Vorstellung des Flower Label Programms (FLP) zeigt die Handreichung lokalpolitische Möglichkeiten auf, den Gedanken der Agenda 21 im Sinne der Blumenkampagne zu nutzen. Zudem bietet sie praktische Arbeitshilfen, darunter Brief- und Beschlussvorlagen, eine Materialliste sowie Kontaktadressen von Personen, die ggf. als ReferentInnen zur Verfügung stehen.

**Bezug:**  
FIAN-Deutschland,  
Overwegstrasse 31,  
44625 Herne,  
Tel.: 02323-490099,  
Fax: 02323-490018,  
E-Mail: fian@fian.de,  
www.fian.de,  
(Brief- und Portokosten).

### Land in Bewegung. Recht auf Nahrung und Agrarreform in Brasilien.

Seit vielen Jahren setzen sich FIAN und Misereor für eine Agrarreform u.a. in Brasilien ein. Dazu gehören konkrete Projekte vor Ort, beispielsweise in den Bereichen Agrarreform, Sicherung von Landrechten, Förderung von Selbsthilfe-Organisationen, Zugang zu Ressourcen, Menschenrechte, Gendergerechtigkeit und Ökologie. Seit der Wahl des Mitbegründers der Arbeiterpartei PT, Luiz Inacio Lula da Silva, zum Staatspräsidenten Ende 2002 ist neue Bewegung in die Agrarreform gekommen. Gleichzeitig tun sich erste Widersprüche in der Regierungspolitik auf. Die Unterstützung der Landlosen und aller gesellschaftlichen Kräfte, die sich für eine Agrarreform einsetzen, ist in dieser Situation dringlicher denn je und stellt eine große Herausforderung dar. Die vorliegende Dokumentation soll einem menschenrechtlich, entwicklungspolitisch und Brasilien-interessierten Publikum als solide Einführung in die Hintergründe der Agrarreform in Brasilien dienen. Um der Vielschichtigkeit des Themas gerecht zu werden, wurden verschiedene AutorInnen aus NROs, sozialen Bewegungen und Wissenschaft eingeladen, aus ihrer Perspektive jeweils verschiedene Dimensionen der Agrarreform zu beleuchten.

**Bezug:**  
FIAN-Deutschland e.V.,  
Overwegstraße 31,  
44625 Herne,  
Tel: 02323-490099,  
Fax: 02323-490018,  
E-Mail: fian@fian.de,  
www.fian.de,  
(4,- € zzgl. VK).

### Das Reiskorn im Schafpelz

Vom Gentech-Reis profitieren Agro-Konzerne auf Kosten von Bauern und Umwelt. Zum Glück gibt es Alternativen. Diese werden in dieser Kurzbroschüre von Greenpeace Schweiz, SWISSAID und der Erklärung von Bern u.a. aufgezeigt. Weiterhin werden im Verlauf der Broschüre Ausschnit-

te aus offenen Briefen von Organisationen an den Agro-Konzern Syngenta zitiert. Im Internationalen Jahr des Reises 2004 haben sich Bauern-, Umwelt- und Indigenenorganisationen aus acht asiatischen Ländern zur »Save Our Rice«-Kampagne zusammengeschlossen. Sie bekämpfen die Einführung von Gentech-Reis. Er bedroht ihre Freiheit zu entscheiden, was sie anbauen und essen wollen.

**Bezug:**  
Erklärung von Bern,  
Postfach, Quellenstr. 25,  
CH-8031 Zürich,  
Tel.: +41-1-2777000,  
E-Mail: info@evb.ch,  
www.evb.ch

### Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse

In diesem Band gehen Christine Katz, Christa Müller und Uta von Winterfeld davon aus, dass der neoliberalen Globalisierung Rationalitätsmuster zugrunde liegen, die weder neu, noch liberal sind. Dies gilt für herrschaftliches Denken über Natur (als Ressource) ebenso wie für den sich verstärkenden Zugriff auf Naturgüter. Gleichzeitig werden reproduktive Potenziale, seien es die der Natur oder die der Menschen ausgeblendet bzw. als stille Ressource ver-, aber nicht bewertet. Mit Blick auf Landnutzung und Livelihood stellen die Autorinnen daher den Absolutheitsanspruch eines weltweit entfesselten Marktes in Frage, weil dieser Möglichkeiten eigener, der Lokalität gemäßer Naturnutzung untergräbt. Sie kommen zu dem Schluss, dass, wenn immer mehr Menschen ihrer ortsgebundenen Produktionsmittel beraubt werden, sich Gesellschaften nicht von innen heraus nachhaltig entwickeln können. Das Papier wird ergänzt mit südafrikanischen Erzählungen von Juliane Grüning, Verena Brinkmann und Tanja Mölders. Es ist auch als Wuppertal Paper 143 erschienen.

**Download:**  
www.wupperinst.org/  
globalisierung



## 60 Jahre IWF und Weltbank: Die Bundesregierung muss Re- formen anstoßen

Vor 60 Jahren trafen sich im abgelegenen Bergort Bretton Woods (New Hampshire) rund 800 Ökonomen und Politiker aus 44 Nationen. Zwischen dem 1. und 22. Juli 1944 beschlossen sie die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Diese beiden Institutionen, deren ursprüngliches Ziel der Schutz von schwachen Staaten in Finanzkrisen und die Hilfe mit günstigen Krediten beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg war, bestimmen mittlerweile weite Teile der Wirtschaftspolitik in nahezu allen Schwellen- und Entwicklungsländern. Wie es zu dieser Entwicklung kam beschreibt ein Hintergrundpapier von SÜDWIND, das auf 24 Seiten in fünf Kapiteln die Entwicklung erläutert: Gründungsgeschichte und ursprüngliche Aufgaben der Institutionen; Der Ausbau der Macht; Derzeitige wirtschaftspolitische Leitsätze und interne Machtverhältnisse; Beispiel Handel: IWF und Weltbank bestimmen die Politik armer Länder; Reform der Institutionen.

Bezug:  
SÜDWIND,  
Lindenstraße 58,  
53721 Siegburg,  
Tel.: 02241-259735,  
Fax: 02241-51308,  
E-Mail: huetz-adams@  
suedwind-institut.de,  
www.suedwind-institut.de/  
downloads/60-jahre-iwf-und-  
wb.pdf

## CD-ROM „Die Nordsee - Eine interaktive Reise rund um das Meer“

Fünf Jahre nach dem ersten Erscheinen der erfolgreichen Nordsee-CD-ROM hat die Aktionskonferenz Nordsee e.V. im Selbstverlag jetzt eine aktualisierte und erweiterte Neufassung aufgelegt. Auf der CD-ROM werden Informationen über Nordsee und Wattenmeer, ihre Schönheit und Bedrohung in Multimedia-Aufarbei-

tung zeitgemäß, unterhaltsam und verständlich vermittelt: Einen Leuchtturm puzzeln, Vogelstimmen spielerisch erkennen oder mal eben eine Spielanleitung für den Strand oder eine Bastelanleitung für eine Möwe ausdrucken. Das sind nur einige Überraschungen, die Menschen zwischen 10 und 99 auf der CD-ROM finden. Die Umwelt kennen lernen, sich mit den Gefährdungen auseinanderzusetzen, um sich dann für den Schutz der Natur zu engagieren.

Um die Attraktivität der CD-ROM für Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene zu steigern, wurden für die Neuauflage weitere Videos und Spiele entwickelt. Zusätzlich kommen noch weitere neue Kapitel hinzu: Die „Hanse-kogge“ bietet Einblicke in die Zeit der Hanse, das „Felswatt“ vermittelt das Leben an der Küste Helgolands und „Kulinarisches“ bietet Originalrezepte von der Nordseeküste. Die bestehenden Kapitel wurden ergänzt um neue Inhalte, aber auch um die neuesten Daten rund um die Nordsee. Die CD ist sowohl für den privaten Gebrauch als auch für die Nutzung im Schulunterricht konzipiert.

Bezug:  
Aktionskonferenz Nordsee e.V.,  
Nadja Ziebarth,  
Kreuzstraße 61,  
28203 Bremen,  
Tel.: 0421-77675,  
Fax 0421-78931,  
E-Mail: aknev@gmx.net,  
www.aknev.org  
(14,90 € zzgl. Porto).

## Zivilgesellschaft & Entwicklung

Zivilgesellschaft und Entwicklung in Afrika: Ein komplexes und teilweise gegensätzliches Bild - nicht nur bedingt durch die Tatsache, dass es nicht ein Afrika gibt. In manchen afrikanischen Staaten kann ein zweistelliges Wirtschaftswachstum verzeichnet werden und trotzdem nimmt die Zahl der extrem armen AfrikanerInnen weiterhin zu. Auf der einen Seite stehen Ausgleich und Wahrheitsfindung nach jahrzehntelanger Apartheid in Südafrika und nach dem Bürgerkrieg in Sierra Leone.

Gleichzeitig prägen gewaltsame Konflikte aber immer noch den Alltag von zu vielen Menschen auf dem Kontinent. Ursachen und Lösungen hierfür sind vielschichtig. Die afrikanische Zivilgesellschaft ist eine neu formierte Kraft, die die dauerhafte Beseitigung der Probleme auf dem Kontinent vorantreiben kann. Die Wirksamkeit dieser Kraft hängt jedoch maßgeblich davon ab, dass Politik und Wirtschaft ihren Teil beitragen.

Bezug:  
VENRO,  
Dr. Werner-Schuster-Haus,  
Kaiserstr. 201,  
53113 Bonn,  
Tel.: 0228-946770,  
Fax: 0228-9467799,  
E-Mail: sekretariat@venro.org,  
www.venro.org

## Zukunft für Kurdistan. Ein Bei- trag zur Bedeutung Nachhalti- ger Entwicklung für Kurden. Von Uwe Rolf und Ekrem Yil- diz.

Die Diskussion um eine zukunfts-fähige Gestaltung des Mittleren und Nahen Ostens wird in diesem Buch am Beispiel der Situation der Kurden in den vier Ländern der Kurdenregion (Türkei, Iran, Irak und Syrien) und auf der Basis der Nachhaltigkeitskriterien, wie Chancengleichheit, Demokratisierung, Partizipation, Zugangsfreiheit und Minderheitenschutz, geführt. Da die Türkei in den Beziehungen zur westlichen Welt im Vergleich zu den drei restlichen Ländern der Kurdenregion eine Sonderrolle spielt, bildet dieses Land und die Situation der Kurden in der Türkei den Schwerpunkt der Publikation. Dabei werden im Anfangskapitel zunächst die Ausgangsbedingungen (Hintergründe und aktuelle Entwicklungen des Kurdenkonflikts) und die Hemmnisse (Nationalismus und Unterentwicklung in Kurdistan) einer zukunfts-fähigen und nachhaltigen Entwicklung für Kurden und Kurdistan dargestellt. Im Kapital „Kurdistan und Kurden diesseits und jenseits der EU-Strategie und ihrer Heimat“ werden Strategien zur Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung und deren Auswirkungen auf Kurdistan und die Kurden diskutiert. Im letzten Abschnitt

werden neue Arbeitsfelder und Perspektiven auf der Basis der genannten Nachhaltigkeitskriterien dargestellt.

Bezug:  
Kurdistan Kultur Zentrum e.V.,  
Rolandsmauer 26,  
49074 Osnabrück,  
Tel./Fax: 0541-29772,  
ISBN 3-935431-00-7  
(14,80 €).

## SÜDWIND Edition Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Bezie- hungen / Band 3: Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan. In- terne und externe Ursachen der Schuldenkrise

Einst eines der reichsten Länder der Erde steckt Argentinien heute in einer tiefen Wirtschafts- und Verschuldungskrise mit dramatischen sozialen Folgen: Dies führte u. a. zu einer sprunghaften Steigerung der Kriminalität, einem sinkenden Bildungsniveau und einer dramatische Zunahme der Auswanderung. Die europäische Presse sprach nicht selten vom „Ende einer Epoche“ und meinte damit das Scheitern der Wirtschaftspolitik der argentinischen Regierung, die auf dem Prinzip der Festbindung der einheimischen Währung an den US-Dollar basierte. Von Korruption der argentinischen Eliten als Ursache der Krise war fast immer die Rede. Die strukturellen Ursachen der Krise liegen aber viel tiefer: Es handelt sich um das Zusammenwirken externer und interner Strukturen. Wer trägt die Verantwortung dafür? Welches könnten die Kernelemente einer geordneten Lösung sein? Was können Kirchen in Deutschland über die Projektarbeit hinaus tun, um einen positiven Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten? Die Broschüre versucht dieser und anderen Fragen mit Grafiken und Fallbeispielen nachzugehen. Sie legt einen Schwerpunkt darauf, anhand eines konkreten Beispiels konstruktive Vorschläge und Handlungsoptionen zu entwickeln.

Bezug: SÜDWIND, Lindenstraße 58, 53721 Siegburg, Fax: 02241-51308





# EU-Zuckermarktverordnung – Grundinformationen gezielt und schnell lesen



## Die Reform der EU-Zuckermarktverordnung

Eine Einführung aus agrar- und entwicklungspolitischer Sicht

Zu bestellen bei  
**Forum Umwelt & Entwicklung,**  
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,  
Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356,  
info@forumue.de,  
**44 S., Einzelexemplare kostenlos**  
Weitere Publikationen finden Sie unter [www.forumue.de](http://www.forumue.de)